

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgelb vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 19003. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

In Stolberg-Schneeberg errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften erläßt einen erneuten Aufruf zur tatkräftigen Unterstützung der schwedischen Kämpfer.

Das sächsische Ministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach alle Wähler aus den Listen zu streichen sind, die bis 15 Jahre zurück einen Steuerrest haben.

Der Reichstagsabgeordnete Schaf versucht sich als ein Opfer sozialdemokratischer Vorgehen hinzustellen.

Im englischen Unterhaus erklärte der Premierminister Asquith, die englische Regierung habe eine Verständigung mit Deutschland zur Einschränkung der Flottenrüstungen eingeleitet.

Der Amerikaner Peary bestreitet, daß Cook den Nordpol erreicht habe.

Zur Charakteristik der englischen Trade-Unions.

Leipzig, den 8. September.

Am Montag trat der 46. Jahrestag der englischen Trade-Unions in der Stadt Ipswich zusammen, der selber die Aufmerksamkeit auf die Eigentümlichkeiten der englischen Gewerkschaftsbewegung lenkt. Gerade die jüngste Pariser Konferenz der Sekretäre der Landeszentralen hat an manchen drastischen Beispielen gezeigt, wie verschieden die Auffassung vom gewerkschaftlichen Kampf bei den englischen und den festländischen Arbeitern ist.

Es gab eine Zeit, wo die englischen Trade-Unions fast mit einer Art Aberglauben betrachtet wurden. Damals steckte die festländische gewerkschaftliche Bewegung in ihren Anfangsstadien und das englische Proletariat galt noch immer als der Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Unsere großen Reister lebten damals in England, und die englischen Trade-Unions boten ihnen das Bild der größten und ersten proletarischen Organisation, an deren Tätigkeit sie die schöpferische Wirkung des modernen Klassenkampfes studierten. Wie gerechtfertigt aber ihre Hochschätzung der Trade-Unions auch war: die Tatsache blieb doch bestehen, daß diese Organi-

tionen in einer Hinsicht eine konterrevolutionäre Einwirkung waren, die dazu dienten, das politische Aufsteigen des englischen Proletariats zu verhindern. Man hat häufig bei Betrachtung des verschiedenartigen Schicksals des Sozialismus in England und auf dem Festlande darauf hingewiesen, daß auf diesem der Sozialismus selbst der Erzieher des Proletariats zum gewerkschaftlichen Kampfe war, während er in England erst auftauchte, als die Trade-Unions bereits eine lange Entwicklungsgeschichte mit festen Traditionen hinter sich hatten. Das stimmt, aber nicht vollständig, denn nicht nur war die englische Arbeiterklasse beim ersten Erscheinen der sozialistischen Bewegung bereits in Trade-Unions organisiert, sondern diese Trade-Unions, wie sie in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren existierten, also zur Zeit, als Marx, Engels und Liebknecht sie studierten, waren tatsächlich an Stelle der politischen Organisation des Proletariats getreten und hatten die Aufgabe, dem politischen Kampfe der Arbeiterklasse Konkurrenz zu machen. Zwar gehen die Formen ihrer Organisation weiter als bis zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts zurück, aber diese Formen waren damals von einem Inhalt erfüllt, indem sie der jungen Arbeiterklasse als Werkzeug dienten, um die ganze Gesellschaftsordnung umzuwerfen. Vor dem Auftreten des Chartismus, also bis etwa zum Ende der dreißiger Jahre, führten sie nicht nur einen gewerkschaftlichen, sondern auch einen sozialen Kampf, und unter der Leitung von Robert Owen waren sie die Hauptträger seines sozialistischen Gedankens, den sie auf dem Wege der „direkten Aktion“ zu verwirklichen suchten. Als aber der Chartismus, die politische Bewegung der Arbeiter- und Kleinbürgerlichen Massen für die Eroberung der politischen Macht, auftauchte, geriet der Syndikalismus in Verfall, um erst nach dem Niedergang des Chartismus in der Gestalt des Trade-Unionismus wieder zu erscheinen. Es war der Kampf um den Jehnstundentag, der den ersten Leitfaden der neuen trade-unionistischen Aktion bildete. Er wurde von den bürgerlichen Reformern unterstützt und geleitet unter der ausgesprochenen Bedingung, daß die betreffenden Arbeitergruppen sich jeglicher Politik enthalten; und sein Sieg wurde als ein Beweis dafür ausgegeben und von den Arbeitern auch aufgefaßt, daß man die materielle Lage der Arbeiterklasse am besten und sichersten unter Aufgabe des selbständigen politischen Kampfes und im Vertrauen auf bürgerliche Reformen verbessern könne. Die Arbeiter bemerkten nicht, daß diese Reform eben vom Chartismus erzwungen worden war, obgleich auf einem indirekten Wege, und sie ließen sich von den bürgerlichen Redensarten fangen und vom politischen Kampfe ablenken. Die Bürgerlichen aber verstanden es ausgezeichnet, diese Situation auszunutzen. Mit den sogenannten christlichen Sozialisten vom Schlage eines Maurice und

Ringsley an der Spitze, strömten die bürgerlichen Reformen zur Arbeiterklasse, wiesen sie auf die angebliche Unfruchtbarkeit der politischen Bewegung des Chartismus hin, flüsterter ihr die Vorteile der rein ökonomischen Aktion in Form des gewerkschaftlichen Kampfes und der Konsumgenossenschaften ins Ohr und halfen ihr kräftig am Ausbau dieser Organisationen. Dann erst begann die englische gewerkschaftliche Bewegung jene Form anzunehmen, die noch bis heute besteht. Die bürgerliche Propaganda allein hätte freilich keinen Erfolg gehabt, wenn sie nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung Englands unterstützt worden wäre. England aber trat zu jener Zeit, nach der Abschaffung der Kornzölle, in die Phase seiner höchsten industriellen Entwicklung ein, und die Kapitalistenklasse war imstande, durch Lohn- und sonstige Zugeständnisse der Propaganda der bürgerlichen Reformen einen Schein der Berechtigung zu verleihen. Enttäuscht durch ihre bisherigen politischen Bestrebungen und begeistert von den Ergebnissen des ökonomischen Kampfes wandten sich die englischen Arbeitermassen den Trade-Unions zu, schlossen jede Politik aus ihrem Betätigungskreise vollständig aus und gaben sich ausschließlich den „praktischen“ Aufgaben der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation hin. Dadurch wurde dem Chartismus der letzte Tobesstoß versetzt, der bürgerlichen Gesellschaft aber eine neue und lange Lebensfrist gegeben.

Es ist dies der konterrevolutionäre Ursprung, der noch bis heute den Trade-Unions wie die Erbsünde anhaftet. Lange Zeit von der Kapitalistenklasse selbst durch verschiedene ökonomische und politische Zugeständnisse unterstützt und gegen jegliche politische Selbstbetätigung abgesperrt, verankert allmählich der Trade-Unionismus in jener Versumpfungsphase des zünftlerischen Egoismus, wo die Zugehörigkeit zur Organisation nicht mehr als eine Pflicht, sondern als ein Privilegium erscheint, das nicht nur den Unternehmern, sondern auch allen Neufommenden gegenüber zu erhalten ist. Es war nicht mehr die Frage, wie die Lage der Arbeiterklasse verbessert, sondern wie die Interessen dieser oder jener Arbeitergruppe am besten bewahrt werden könnten. Sogar als in den sechziger Jahren die Trade-Unions durch Verfolgungen wieder auf den Weg des politischen Kampfes getrieben worden waren, vermochte selbst ein Marx nicht, ihre Auffassung von den Aufgaben dieses Kampfes über der Rahmen ihrer zünftlerischen Interessen dauernd zu erweitern, und er mußte mit ansehen, wie gleich die ersten Anfänge einer selbständigen parlamentarischen Vertretung nicht von den Interessen der Arbeiterklasse als eines Ganzen, sondern von jenen der einzelnen Gewerkschaften diktiert wurden. Seitdem ging es womöglich noch schlimmer, und in den neunziger Jahren erreichten die Trade-Unions den tiefsten Tiefstand ihrer geistigen Entwicklung.

Arbeiter! Seht die Wählerlisten nach!

Seuilleton.

Der Teufel vom Bande.

Erzählung von Hans Hoffmann.

15.) Nachdruck verboten. So begab der Gesandte sich endlich auf die Heimfahrt, ein wenig gedrückt zwar, als er gekommen war, doch ohne daß seine Höflichkeit sich ein Großen und Aergern hätte merken lassen. Seine Diener schieden in weitaus froherer, vielmehr in herzlich jubelnder Stimmung, die ihr Herr alles Erstes den Schnäpschen zuschrieb, die sie in diplomatischer Sendung mit den Fischern genossen hatten. Nicht ohne Mühe, aber doch glücklich vermochte er aus ihnen einige Neugierigen herauszulocken, die sie im Berkehre mit den Teerjaden ans Licht gebracht hatten: daß diese wunderlichen Leute, welche zwar von Natur viel lieber und viel mehr Schnäpse tranken, als sie Wörter redeten, ganz unerschütterlich zu ihrem Herrn und Pfarrer ständen und entschlossen wären, im Notfalle auch Haut und Knochen für ihn dranzugeben. Denn sie trügen einen unbändigen Respekt vor jenem Manne, als welcher unter ihnen recht im Geruche eines großen Heiligen wäre. Das aber hätten die Leutchen vornnehmlich daraus entnommen, daß er zu mehreren Malen vor ihrem (nämlich der Fischer) Angesichte vom Teufel sei heimgeführt worden, welchen Teufel er aber mannhaft und herrlich hinausgedonnert habe, daß derselbe elend in den Wald entwichen sei, woselbst er sein ohnmächtig Zornwesen an den Hirschen und Eichen auslasse, die er in großer Zahl allnächtlich abschlehe.

Auch sei der Herr Pfarrer jeden Tag einer neuen Heimsuchung gewärtig und darauf gerüstet: wie denn der Teufel öfters gesehen werde, daß er mit der Arkeube unter seinem Wagen hervorschlüpfe und dem Walde zuspringe; also sei kein Zweifel, daß er dort müsse gelauert haben, um etwa eine Stunde zu erpähnen, da der geistliche Herr in seiner Frömmigkeit ein wenig nachlasse und er dann besser an ihn könne. Auch würden sie selber, sagten die Fischer, Mut genug haben, dem Höllethunde mit Schuß und Stoß ans Leder zu gehen, nur daß der Pfarrer solches mit großer Strenge untersagt habe; denn der Teufel sei gegen irdische Kugeln und Piken doch gänzlich gefeit, die ihm nur leichtlich die Haut kitzelten. Aber das Kitzeln könne gar wohl in ihm einen Jähzorn erzeugen und er aus Versehen einem unschuldigen Menschen den Hals umdrehen. Zwar vermöge er keinem an der Seele zu schaden, dafür sei er, der Prediger, da; allein um Hals und Genick sei es doch auch schade. So könne denn Satan ungestraft sein Wesen treiben; nur daß ihn der tägliche Aerger über die tapfere Frömmigkeit des Pfarrherrn doch auch schier umbringen müsse.

Solche Dinge hatten die fröhlichen Diener von den Fischern in Erfahrung gebracht. Herr von Luchtemar aber, der ein ausgeleierter Freidenker war, empfand nur im Anfange einen schweren Schauer, so lange er sich auf dem großen Wasser befand, das ihm als einem berlinischen Herrn ein ungeläufiges und unliebsames Element war. Sobald er den Fuß auf festem Boden hatte, ward ihm besser; und er sprach lächelnd zu sich selber: „Sollte Se. Hohewürden etwa nicht bloß ein Schwärmer, sondern auch ein ausbündiger Schalk und Schwerenöter sein?“ Es überkam ihn aber alsbald eine andre Trübung;

denn er vernahm vom Hause her das herzbewegende Fluchen des Herrn v. Kiefow, und von einem Nahe unter den Bäumen her ein Lachen und Zuchern der beiden Mädchen, die sich mit dem Ballspiel vergnügten; und da fiel ihm beschwerend aufs Herz, daß er nicht mit diplomatischem Ruhm belohnt zu ihnen zurückkehre, sondern eher mit einer milden Beschämung vor diesen Schönheiten stehen müsse.

Er trat aber dennoch wacker zu ihnen, und um seine Niederlage, wie ein geschlagener Feldherr pflegt, durch die Stärke des Feindes zu bemänteln, erzählte er ihnen bedachtsam die greulichen Dinge von den höllischen Anfechtungen recht haarklein und mit extra schwerflüchten Farben ins Breite gemalt. „Da wird nichts übrig bleiben,“ so schloß er, um in einem Scherze den letzten Rest von Beschämung verpuffen zu lassen, „als daß eines von den Fräuleins sich entschließt, den gestrengen Heiligen zu heiraten. Denn es ist eine alte Erfahrung: in die Nähe einer tapferen Hausfrau, die ihren Eheherrn in Zucht hat, wagt sich kein Teufel. Und obenein hätten wir den Herrn selber in sicherer Hut, denn sie würde als eine gute neue Brandenburgerin ihm die pommerschen Sondergestülte schon auszutreiben verstehen.“

Zu seinem Erstaunen zeigten die guten Mädchen bei seiner feurigen Schilderung nicht einmal einen Anhauch von Furcht und Grauen, sondern einzig nur eine zunehmende Heiterkeit. Das durfte ihn wundernehmen, so freudentende Lehrmeinungen auch hier ins abgrundtiefste Hinterpommern verbreitet zu finden, da doch sonst überall in dem großen Wirbel widerstreitender Bekenntnisse der Glaube an den Teufel beinahe das einzige feste, felsgegründete Dogma war, das alle Konfessionen gemeinsam

Hat nun wenigstens dieses Verzicht auf irgendwelche Ideale dem gewerkschaftlichen Kampfe große Erfolge gebracht und hat es zum Ausblühen der Trade-Unions selbst bedeutend beigetragen? Man braucht nur einen Blick zu werfen auf das langsame Wachsen der Trade-Unions, auf ihre steigende Anlust, sich den Angriffen der Unternehmer durch Streiks zu widersetzen, und auf den immer wachsenden Anteil, den die Ausgaben für alle andern Zwecke, außer der Unterstützung der Streikenden, absolut und relativ in Anspruch nehmen, um sich zu überzeugen, wie wenig diese Beschränkung auf den wirtschaftlichen Kampf den Trade-Unions geholfen hat. Es ist natürlich schwer, ziffernmäßig nachzuweisen, aber es unterliegt kaum einem Zweifel, daß bei der märchenhaften industriellen Entwicklung Englands binnen der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die Trade-Unions bei anderer Taktik unvergleichlich mehr zu leisten vermocht hätten, als sie tatsächlich geleistet haben. Um ein Beispiel vorzuführen, sei auf die Lage der Eisenbahnangestellten hingewiesen. Diese Lage war bis vor kurzem so traurig, wie es in einem so wichtigen Berufe nur möglich ist. Es wäre kaum eine Liebertreibung, zu sagen, daß binnen der letzten vierzig Jahre die Verdienste und die Arbeitsstunden der Eisenbahner im wesentlichen unverändert geblieben waren. Endlich plagte den Eisenbahner die Geburt. Vor drei Jahren inszenierten sie eine große Bewegung, stellten den Eisenbahnverwaltungen gewisse Forderungen und kündeten einen Generalstreik an. Das gesamte Land wurde in eine noch nie dagewesene Aufregung versetzt. Allein was war das Ende? Man sah sich um und man fand, daß unter den mehreren Hunderttausenden Eisenbahnangestellten kaum 80 000 organisiert und diese außerdem in mehreren Vereinen zersplittert waren, die sich gegenseitig bekämpften. Unter solchen Bedingungen wäre ein Streik an und für sich ein großes Wagnis gewesen, da aber obenhin die Führer liberale Politiker waren, so ging man durch Vermittlung des Handelsministers zu Verhandlungen über und man verständigte sich, daß permanente Schlichtungsgerichte eingesetzt werden sollten, die die Forderungen der Arbeiter zu untersuchen und sie mit den Interessen der Herren Direktoren zu veröhnen hätten. Dabei vergaß man gänzlich, daß der Streik, neben anderem, sich auch um die Frage der Anerkennung des Vereins gedreht hatte, und man ließ die Frage fallen. Das Ergebnis zurzeit ist dieses: die Eisenbahner erhalten allmählich hier und da manche Zugeständnisse in bezug auf den Lohn und Arbeitsstunden, aber die Gewerkschaft ist völlig ausgeschaltet. Es ist klar, wenn die Eisenbahner ihren Verein nicht als eine Organisation der Privilegierten betrachteten hätten, sondern bemüht gewesen wären, die Organisation auf alle bei den Eisenbahnen angestellten Arbeiter auszudehnen, so hätten sie wirklich streiken und sich viel bessere Bedingungen erkämpfen können.

So haben die englischen Trade-Unions zweifelsohne viel zur Verbesserung der Lage der in ihnen organisierten Arbeitergruppen beigetragen, aber bei weitem nicht, was sie hätten erzielen können. Dadurch, daß sie die Arbeitermassen aus dem politischen Kampfe zurückgezogen und sie gelockt haben, sich nur mit sogenannten „nächsten Aufgaben“ zu beschäftigen, haben sie sich selbst zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Schließlich wurden sie so ohnmächtig, daß das Unternehmertum im Jahre 1901 sogar den Versuch zu machen wagte, sie gänzlich zu vernichten, aber dieser Angriff rüttelte die Trade-Unions endlich auf. Seit jenem Jahre kann man unbedingt einen Fortschritt in der geistigen Entwicklung der Trade-Unions bemerken, aber noch immer leiden sie unter dem Fluche ihres konterrevolutionären Ursprungs, der nur langsam abgeschüttelt werden kann. Der politische Kampf ist wieder aufgenommen, die Ziele der gewerkschaftlichen Bewegung werden immer mehr erweitert, aber der Prozeß vollzieht sich mit einer peinlichen Langsamkeit und der Rückschläge sind es leider noch gar zu viele.

Von der deutschen Kolonialpolitik.

Der Gouverneur von Kamerun, Dr. Seitz, hielt in seinem Geburtsort Sessenheim einen Vortrag über das ihm unterstellte Gebiet, in dem er nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung u. a. über die ökonomische Lage der Bevölkerung folgendes ausführte:

Wenn man durch das Schutgebiet reist, so fällt einem auf, wie schlecht genährt die Leute überall sind. Es sind große, aber

hatten. Dagegen bemerkte er, daß sie seinen Scherz vielmehr ein wenig ernsthafter nahmen, als er für nötig befunden hätte, denn sie rümpften die Nasen sehr nachdrücklich, Rathinka erzürte sogar fast beträchtlich und sagte von oben her, doch nicht scherzend:

„Wie sollten wir doch einen solchen Menschen unbekannter Herkunft heiraten können, da wir gut, adeliche Fräuleins sind?“

Herr von Luchtemar lächelte leise, und um sie ein bißchen zu knipsen, sagte er mit neckendem Ernst:

„Das wäre noch das geringere Hindernis. Denn da der Mann Kiedöwer schon heißt, so würde unser Herr Kurfürst auf die Fürsprache eines so reizenden Fräuleins gewiß nicht zögern, seinem guten Namen noch drei winzige Buchstaben lose vorzuschreiben und ihn flugs in einen wohlgeborenen Herrn Vetter zu verwandeln. Weit mehr aber ist zu fürchten, daß er selbst sich solcher Verbindung weigere, als die ihm keine standesgemäße sei: denn ein souveräner Herr, der er ist, kann nicht wohl eine andre Gattin wählen als eine Prinzessin von Geblüt oder zum mindesten, wenn er herabsteigen will, eines reichsunmittelbaren Freiherrn Tochter. An diesem Felsen ahnet mir, daß unsre hohen Pläne sich zerklüften werden.“

Kaum hatte er diese Worte gesprochen, als er auf den Wangen der Schönen ein starkes Feuer sich entzündete und ihre Augen von einem heftigen Jerne blühen und funkelten sah. Sie gaben jedoch nichts zur Erwiderung, sondern hielten nur kurz untereinander eine stumme Zwiesprache mit den Augen, worauf sie sich bei der Hand ergriffen, eine Strecke weit davonliefen und sich unter einer breiten Buche in eine lebhaftere Beratung vertieften. Doch waren sie bald einig, kamen gemessenen Ganges zurück und trugen mit jedem Blicke den kurfürstlichen Gesandten:

„Welchen Lohn dürfen wir uns ausbedingen, wenn wir uns vermaßen, den souveränen Herrn Teufelsbatter mitten aus seiner Festung heraus zu entführen und Ew. Gnade als Gefangenen gebunden vorzubringen?“

blühe und kapperige Gestalten, die da durch den Busch schleichen. Nur im Hochland trifft man stämmigere Leute. Als Nahrung dienen fast ausschließlich Knollengewächse und bei einer Missernte fällt sich der indolente Eingeborene an Unkrautkräuter, die nur einen ganz verschwindenden Nährwert haben. Wild gibt es wegen des vielfach sauren Grafes nur an einzelnen Stellen, und wenn einmal vom Osten, wo große Hinderherden gezogen werden, Fleisch herbeigeschafft wird, so stellt sich das Pfund auf vier Mark, während die Eingeborenen für einen ganzen Kessel Summi nur eine Mark bekommen.

So sieht die „kulturelle Hebung“ Kameruns, die „ökonomische Erschließung“ aus, mit der die begeisterten Prediger der kapitalistischen Kolonialpolitik deren wirkliche Ziele verschleiern — 25 Jahre nachdem die „Kulturmission“ des Deutschen Reiches in Kamerun einsetzte. Man vergleiche diese dünnen Worte mit dem Inhalt der 140 Seiten langen offiziellen Denkschrift über Kamerun vom Jahre 1908, mit den dieser Denkschrift beigefügten Illustrationen, die uns lauber gekleidete Neger, Schulen, Möbelfabriken und ähnlichen Schnitzhinauf vorführen! Was bedeutet angesichts dieser Schilderung die Tatsache, daß die Ausfuhr von Kamerun von 9,9 Mill. Mark im Jahre 1908 auf 15,9 Mill. Mark im Jahre 1907 gestiegen ist. Die Steigerung der Ausfuhr bedeutet unter solchen Umständen nicht die Hebung des Wohlstandes der Eingeborenen, sondern die Steigerung ihrer Ausbeutung.

Es ist interessant, der oben wiedergegebenen Schilderung des Gouverneurs von Kamerun die Worte entgegenzustellen, die wir in der offiziellen Denkschrift über Kamerun im Jahre 1907/08 lesen. Da heißt es auf Seite 8: „Das Verhältnis zu den Eingeborenen kann als ein gutes angesehen werden. Alle Dienststellen sind nach wie vor von dem Bestreben erfüllt, sich immer mehr das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben, und wenn die Fortschritte nicht von einem Jahre zum andern ins Auge treten, so kann ein allmählicher Erfolg doch nicht gelehnet werden.“

Wie hoch klingen diese Phrasen angesichts des Bildes, das Herr Seitz von der Lage der Eingeborenen entworfen hat.

Aber noch ein interessantes Bekenntnis finden wir im Vortrag des Gouverneurs:

In der letzten Zeit seien gerade aus der Pfalz eine Reihe von Anfragen an ihn gerichtet worden, ob es möglich sei, sich in Kamerun als Landwirt, als Bauer niederzulassen. Er habe auf alle diese Fragen ausweichend antworten müssen; denn seiner Ansicht nach sei es noch nicht so weit, daß man einem deutschen Landwirt zuzutraue, auf eigenes Risiko nach Kamerun zu gehen und dort einen landwirtschaftlichen Betrieb zu eröffnen.

Ausgezeichnet! Herr Seitz weiß, daß es für keinen deutschen Landwirt ratsam wäre, auf eigenes Risiko nach Kamerun zu gehen. Er wird als Gouverneur um Auskunft gefragt, und statt den Anfragenden Klipp und klar zu antworten, daß es schade um ihr Geld ist, wenn sie es für Ansiedlungsversuche in unsern „wertvollen“ Kolonien zum Fenster hinauswerfen, antwortet er „ausweichend“. Erst im privaten Vortrag winkert er mit den Augen seinen Landsleuten zu: Laßt euch nicht prellen, die deutsche Kolonialherlichkeit ist für die Kap. Das sollte vor allem dem Kleinbürgertum zeigen, daß die Kolonialpolitik nur im Interesse der Krupp, Boermann und Mendelssohn, der Eisen- und Stahlförger, der großen Lieferanten und Finanzbarone getrieben wird. Dem Proletariat sagte natürlich Herr Seitz nichts neues; aber eine Bestätigung der sozialdemokratischen Behauptungen, daß die Kolonialpolitik nur zur Ausbeutung der Eingeborenen, nicht aber im Interesse der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums getrieben wird, aus dem Munde des Gouverneurs von Kamerun zu hören, ist nicht uninteressant. Wir werden uns die Zugeständnisse des Herrn Dr. Seitz merken.

Aus der Partei.

k. Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. Nach dem soeben erschienenen Bericht, der die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 umfaßt, ging infolge der Wirtschaftskrisis die Mitgliederzahl des Vereins um 176 zurück. Und zwar hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder im Berichtsjahre um 4040 auf 4774 und die Zahl der weiblichen Mitglieder von 385 auf 356 verringert. Ein Vergleich der Altersklassen mit denen des Vorjahres zeigt, daß von der Verringerung ausschließlich die jüngeren Altersklassen betroffen wurden, während die Klassen der reiferen Jahre noch einen Zuwachs erfahren haben. Mitglieder unter 20 Jahren zählt der Verein nur 19 (gegenüber 47 im Vorjahre), Mitglieder von 20—25 Jahren 370 (588 im Vorjahre); 26 bis

„Der allermindeste Lohn,“ versetzte Herr Luchtemar mit einem ungläubigen Lächeln, „den ich mir von Sr. Durchlaucht, dem Herrn Kurfürsten, für zwei so tapfere Fräulein erbitten würde, wäre die Zuweisung von zwei recht frommen und gehorsamen Ehemännern wohlgeprüften Adels. Ich hätte doch wahrlich nicht gehofft, jemals zweiten Fräuleins zu begegnen, welche wagen wollen, erstens mit einem geistlichen Herrn, und zweitens vielleicht mit dem Teufel selber es anzunehmen: mit Worten auch nur, das ist schon der Kühnheit genug, die Tat noch dazu verlangen, würde vermessene und töricht sein.“

Sie lachten verstimmt. „Den Teufel in Ehren!“ sagten sie; „wo wir dessen Fußstapfen wittern, werden wir vorziehen umzukehren. Wir haben aber etliche sichere Spure, daß der Teufel, der diesen Herrn Sandparrer heimzusuchen pflegt, aus einer falschen Hölle stammt. Oder wann hat man jemals gehört, daß der wahrhaftige und echte Teufel sich an Fräulein und Neblin vergeisse, statt an sündigen Seelen? Wir haben aber noch eine besondere Erinnerung aus unseren Kindertagen, die uns auf eine andre Spur verweisen will. Wir haben einmal zu Stolp ein Puppenspiel gesehen, darin der berühmte Doktor Faustus auftrat und mit dem Teufel ein Bündnis schloß. Dieser Teufel aber war erschrecklich anzusehen wie ein Bär mit Bodschwernern, feuerglühenden Augen und einem ellenlangen Schwerte, der an seinem Ende mit lächerlichen Flammen brannte. Doch obwohl es uns bitterlich graute, wagten wir's eines Tages, dreißt in das Innere der Bude zu schleichen und die gräßliche Puppe aus der Nische zu betrachten: und da sahen wir, wie sie zusammengenäht und mit einem schwarzen Katzenfell überzogen war; und der Kopf war ein Kürbis, darin ein Laternen brannte und feurig durch die ausgehöhlten Augenlöcher schimmerte; der Schwanz aber war aus Berg gedreht und tüchtig mit Pech und Teer getränkt.“

Im Sommer, da wir hierher zurückgekehrt waren, machten wir ein Spiel daraus, uns selbst mit ähnlicher

30 Jahre zählten 1003 (1137) und 31—35 Jahre 1177 (1130) Mitglieder. Die übrigen Mitglieder — von den insgesamt 4774 — haben ein Alter von 36 bis über 70 Jahren (über 66 Jahre nur 11 und über 70 Jahre nur 3 Mitglieder). Der Kassenericht zeigt eine Verminderung der Einnahmen gegenüber 1907/08 um 9800,02 M.; die Gesamteinnahmen betragen 23577,00 M. und die Gesamtausgaben 23506,77 M. Das gesamte Parteivermögen beträgt 20058,18 M.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck trat am Sonntag in Wandsbek zusammen. Der Parteitag war von 107 Vertretern besucht, darunter 71 Delegierte der Kreisorganisationen. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Fleg anwesend. Der vom Parteisekretär Bartels erstattete Bericht der Agitationskommission gibt trotz der wirtschaftlichen Krise ein erfreuliches Bild. Die Zahl der Mitglieder der Kreisorganisationen ist von 80 381 auf 88 350 gestiegen. In der Diskussion über den Bericht wurden besonders die Wahlrechtsbewegung und die Malfelder eingehend besprochen. Unter fast einmütiger Anerkennung der prächtigen Wahlrechtsdemonstrationen im letzten Frühjahr wurde doch betont, daß die Demonstrationen Bewegung immer wichtiger werden müsse. Bei der Malfelder vertreten fast alle Redner die Ansicht, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht aufgegeben werden dürfe. Ueber die Möglichkeit der Abmachungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission, die dem Leipziger Parteitag zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollen, waren die Ansichten geteilt. — Der Parteitag nahm dann den von der Agitationskommission aufgestellten und von der Staatskommission durchverordneten Stat an. Der Vorschlag für das künftige Geschäftsjahr schließt mit 20 504 M. ab. Beschlossen wurde, daß die einzelnen Kreisorganisationen wieder wie im Vorjahre 10 Proz. von den erhobenen Mitgliederbeiträgen an die Agitationskommission abliefern sollen.

In den Montagverhandlungen wurde zunächst über die Presse verhandelt und eine Kommission eingesetzt, der die Frage der Kolportage und Berichterstattung überwiesen wurde.

Ueber den Entwurf des Organisationsstatuts für die Gesamtpartei referierte Genosse Fleg, der die auf den Generalversammlungen der einzelnen Kreisorganisationen gestellten Änderungsanträge besprach. In einem Vorschlage ist die Partei der ganzen Provinz einzig, nämlich darin, daß der Beitrag für weibliche Mitglieder monatlich nur 10 Pfg. betragen soll und daß die Gleichheit nicht gratis geliefert wird. Der Parteitag verzichtete auf eine Diskussion und überwies die Ausführungen der Referenten und die auf den einzelnen Kreisgeneralversammlungen beschlossenen Änderungsanträge den aus der Provinz zum Leipziger Parteitag delegierten Genossen zur Berücksichtigung.

Ueber die Landarbeiterorganisation referierte der Parteisekretär Genosse Bartels-Altona. Der Referent und die Diskussionsredner sprachen die Ansicht aus, daß es Aufgabe der Partei sei, die neue Organisation möglichst zu fördern und zu unterstützen. Beschlossen wurde, daß die Agitationskommission in nächster Zeit eine Sitzung mit den Kreisleitern abhalten soll, zu der der Vorsitzende der Landarbeiterorganisation zugezogen wird; dort soll beraten werden, wie die Agitation für den Verband zu betreiben ist.

Unsere Taktik bei den Kommunalwahlen besprach Adler. Beschlossen wurde, den Beschluß eines früheren Parteitages, daß sozialdemokratische Stadtverordnete, die Mitglieder einer Präsentationskommission für die Wahl von Magistratsmitgliedern sind, in der Kommission nicht für einen bürgerlichen Kandidaten eintreten dürfen, aufzuheben. Eine Beteiligung der Parteigenossen an den Magistratswahlen soll zulässig sein, jedoch nur mit gemeinsamer Zustimmung des Ortsvereins, des Kreisvorstandes und der Agitationskommission. Auf Antrag der letzteren wurde beschloffen, in den Kreisorganisationen, wo bisher noch unter 40 Pfg. Monatsbeitrag erhoben wird, bis spätestens 1. April 1910 mindestens den Beitrag von 40 Pfg. monatlich einzuführen. Das soll der Mindestbeitrag in der Provinz sein. — Der Parteitag nahm dann eine Resolution an, in der den spanischen und schwedischen Arbeitern für ihre mutigen Kämpfe die Sympathie des Parteitag ausgeprochen wird.

Als Sitz der Agitationskommission wurde Altona und als Vorsitzender der Kommission und zugleich als Parteisekretär Genosse Fr. Bartels-Altona wiedergewählt. Der nächste Parteitag soll in Dittensen stattfinden.

Die Wahlkreisorganisation von Lübeck beschäftigte sich am Montagabend in einer starkbesuchten Versammlung mit dem zum Leipziger Parteitag gestellten Anträgen. Genosse Schwarz referierte über die Malfelder und die parlamentarischen Anträge. Er sprach sich gegen den Antrag des Parteivorstandes aus, der seines Erachtens weder Fisch noch Fleisch sei. Die Malfelder dürfe nicht vom Gesichtspunkte des Portemonnaies, sondern müsse von idealen Standpunkten aus behandelt werden. Weiter verurteilte er die Folsgrerei der beiden Schwaben. Der zweite Parteitagdelegierte, Genosse Mehlert, referierte über den übrigen Teil der Anträge. Er wünschte, daß der Leipziger Parteitag ein Markstein als Parteitag der Tat in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie werden möge, hob die Wichtigkeit der Beratung der Reichsversicherungsordnung hervor und wünschte, daß die Folgen der Reichsfinanzreform

Kunst als Teufel zu verkleiden; wir fanden dazu etliche große Wolfsfelle im Hause. So setzten wir uns untereinander und noch viel mehr die Knechte und Mägde in Schreden. Es war aber damals ein Knabe mit uns als Spielgefährte, der uns in solchen Streichen treulich und mit Geschick zur Seite stand. — Und dieser Knabe ist jetzt der Prediger drüben im Sande geworden. Er war uns entlaufen, weil er den Mut nicht hatte, zu sagen, welche von uns beiden hübscher sei.“

„Ei, der Tausend,“ rief der Gesandte mit Lachen, „dieser Mut freilich würde auch ich nicht haben, nie und nimmermehr! Und ich bin gewiß, sogar der Teufel hätte ihn nicht, und vielleicht nicht einmal mein Herr Kurfürst selber! Denn es ist etwas Uebermenschliches, einem schönen Weibe zu sagen, daß ein andres noch ein wenig schöner sei.“

„Seit der Zeit,“ fuhr sie fort, „haben wir im Herzen einen heimlichen Spanen mit ihm, und wir wollen ihn uns jetzt wieder holen und zur Rechenschaft ziehen. Dazu bedarf es nur, daß Ew. Gnaden uns drei der schönsten Rappen leihe, die jetzt in unserm Stalle stehen.“

Der Gesandte nickte schnell gewährend.

Und außerdem müssen wir bitten,“ fügten sie hinzu, „unserm Herrn Vater nichts von dem Gefangenen, wenn wir ihn haben, wissen zu lassen. Denn es ist kein Zweifel, er würde ihn kurzerhand aufhaken, und das möchten wir nicht, weil wir ihn vorher noch knipsen und zwicken wollen.“

Herr von Luchtemar versprach dies Schweigen heilig, denn auch ihm lag mehr daran, den sonderbaren Heiligen lebendig zu haben und vielleicht als ein rechtshaffenes hinterpommersches Kuriosum seinem Kurfürsten vorzustellen.

Darauf liefen die starken Mädchen hurtigen Fußes von dannen. —

(Fortsetzung folgt)

ausgiebig erörtert werden. Er verurteilte ebenfalls die Hofgänger in Württemberg, möchte ihr aber nicht allzuviel Bedeutung beimessen. Die Anträge der P. S. bezeichnet er als unzulässig, da die Polen alle deutsch lesen könnten. (1) Von den Anträgen zum Organisationsstatut bezeichnet er die von den Genossen in Geyer vorgelegene Staffelförderung als wünschenswert. Nach einem Referat des Genossen Bromme über die spanischen Greuel, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die die Brutalitäten der spanischen Regierung entsehnen verurteilt, gegen die Lügen und Verleumdungen der bürgerlichen Presse protestiert und den unglücklichen Opfern der spanischen Pflaumenpest die brüderliche Sympathie der Arbeiter auspricht. Die Resolution ist dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel übermittelt worden.

Demonstration gegen den Sebanummel. In Göttingen hatten die Gegner unserer Jugendbewegung, an der Spitze der zweite Bürgermeister der Stadt, eine Sebanummel arrangiert. Die hiesige Mehrzahl in der Stadtverordnetenversammlung hatte dem 750 Mk. aus dem Stadtsäckel bewilligt. Die ganze Veranstaltung nahm aber einen wenig imponierenden Verlauf. Um so imponanter fielen die Kundgebungen unserer Partei gegen den Sebanummel aus. Ein vom Jugendauschuss veranstaltetes Fest wies eine sehr starke Beteiligung auf. Abends fand eine Volksversammlung statt, die von ca. 2000 Personen besucht war. Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Eichhorn.

Gewerkschaftsbewegung. Aufruf zur weiteren Unterstützung der Ausgesperrten u. Streikenden in Schweden.

Der Kampf der schwedischen Arbeiterschaft gegen die Massenaußsperrungspolitik des organisierten Unternehmertums geht nun bereits in die sechste Woche. Mit beispielloser Entschlossenheit und Zähigkeit haben die schwedischen Proletarier ihren großen Kampf geführt. Fünf Wochen lang standen circa 75 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft des Landes im allgemeinen Ausstand ohne reguläre Unterstützung. Nur den Bedürftigsten konnte eine Beihilfe gewährt werden. Selbst die 100 000 Unorganisierten, die sich aus Solidarität dem Kampfe angeschlossen haben, hielten bis auf einzelne Ausnahmen tapfer aus.

Nach klüßlichem Ausstand haben die schwedischen Gewerkschaftsvorstände jetzt beschlossen, eine Frontänderung zu vollziehen. Der Kampf soll im weiteren sich nur gegen den einen großen Unternehmerverband richten, der ihn durch Lohnreduktionen und Massenaußsperrungen heraufbeschworen hat.

Im Organisationsbereich dieses Unternehmerverbandes sind rund 165 000 organisierte Arbeiter der verschiedenen Industriezweige beschäftigt. Diese werden den Kampf weiterführen, bis ein die Arbeiterschaft befriedigender Abschluß zustande kommt.

Dagegen sollen nach dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände circa 100 000 Arbeiter der Maschinenbauindustrie, der Baugewerbe, der Gemeindebetriebe, Straßenbahnen und der Buchdruckereien die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem mit den hier beteiligten Unternehmerorganisationen zufriedenstellende Vereinbarungen getroffen sind. Aber auch diese Wiederaufnahme der Arbeit kann sich nicht überall glatt vollziehen, weil die Gemeindebetriebe und die Straßenbahngesellschaften wie auch zum Teil die Buchdruckereien den Arbeitern entsprechende persönliche Verträge auszuwirken wollen.

Die konservative Regierung Schwedens hat sich völlig in den Dienst des aussperrenden Unternehmertums gestellt. Sie will den Unternehmern zum Siege verhelfen, indem sie alle Rechtsmittel des Klassenstaates in deren Dienst stellt. Die Arbeiterschaft steht daher einem mächtigen Feinde gegenüber, der kein Machtmittel zu ihrer Unterdrückung unversucht läßt.

Durch die beschlossene Frontänderung werden die Gewerkschaften etwa 165 000 Mitglieder im Kampfe behalten. Sie wie ihre Mitglieder sind fest entschlossen, in diesem Umfang den Kampf fortzuführen.

Der Kampf in Schweden ist also keineswegs beendet, wie die bürgerliche Presse glaubhaft machen will, er ist auch nicht im Abflauen begriffen, er ist nur in seinem Umfange eingeschränkt, in seiner Wirkung auf eine der verschiedenen Arbeiterschaften konzentriert. Mehr als 160 000 Arbeiter stehen noch im Ausstand, in der Erwartung, daß ein ehrlicher Friede unter annehmbaren Bedingungen ihren opfervollen Kampf lohnt. Das ist nicht nur der Wunsch der Arbeiter Schwedens, sondern der Arbeiterschaft aller Länder, soweit sie an dem Kampfe der schwedischen Arbeiter Anteil nehmen. Die deutschen Arbeiter insbesondere, die bisher in so rühmlicher Weise die schwedischen Arbeitsgenossen unterstützt haben, werden begreifen, daß es nunmehr gilt, einen mit so beispielloser Einmütigkeit und Disziplin geführten Kampf auch zum glücklichen Siege zu bringen. Wir hoffen daher an unsere Genossen nicht vergebens zu appellieren mit der Aufforderung, die Sammlungen für Schweden mit unverminderter Energie fortzusetzen und nicht eher nachzulassen, als bis sie von der Generalkommission durch öffentlichen Aufruf als beendet erklärt werden.

Die Gewerkschaftspartei werden ersucht, diese Sammlungen durch öffentliche Versammlungen unter Darlegung des derzeitigen Standes der Dinge zu fördern.

Alle Geldsendungen sind nach wie vor nur an die Adresse des Kassierers der Generalkommission, S. Rube, Berlin SO. 16, Engelauer 15, zu richten. Auf dem Postabschnitt ist anzugeben, daß der Betrag für Schweden bestimmt ist.

Mit Gruß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. G. Segen.

Deutsches Reich.

Die Stärke der gelben Vereine im Bäckergewerbe. Dem Verband der Bäcker erhalten wir folgende Zuschrift: Durch die Parteipresse läuft jetzt eine wertvolle Zusammenstellung der Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft in 15 Hauptindustriegruppen. Es sind in jeder zunächst alle Organisationsstellen zusammengefaßt und dann gleich Hundert gestellt: für die einzelnen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen, die anschließend aufgeführt werden, ergibt sich somit der entsprechende Anteil nach Prozenten. Der mit dieser Arbeit

geschaffene Gesamtüberblick füllt erfreulicherweise eine Lücke in der Gewerkschaftsstatistik aus und wird gute Dienste leisten. Für die Zahlen, die für die Nahrungsmittelindustrie angegeben werden, müssen wir aber noch einige Bemerkungen machen. — Das Prozentverhältnis der Gelben wird für diese Gruppe zu 9,1 angegeben, und es heißt in den Erläuterungen weiter noch: „Die Bedeutung der Gelben verschwindet bei dieser Zusammenstellung vollständig, wenn auch gesagt werden kann, daß sie numerisch in einzelnen Industrien recht stark ausfallen, die Umwidmung in prozentuale Verhältnisse zeigt ihre geringe Stärke in richtiger Beleuchtung. Nur im Nahrungsmittelgewerbe erreichen die gelben Bäder eine Quote von fast 10 Prozent.“ Damit diese Angabe von den organisierten Arbeitern der freien Gewerkschaften nicht wirklich als feststehende Tatsache genommen wird, wollen wir hierzu eine Richtigstellung bringen: Es stimmt allerdings, daß der Bund der gelben Bäcker seine Stärke auf 10 000 angegeben hat. Man beachte die beispiellose Dreifachheit, auch die Reichsbühnen mit diesen Angaben hinzuzulegen, so daß sie nun von dort aus in den offiziellen Zusammenstellungen erscheinen; damit werden sie aber noch lange nicht richtig. Zutreffend ist nur folgendes: Der gelbe Bund der Bäcker und Konditoren Deutschlands gab auf seinem Bundeskongreß in Kiel im vorigen Jahre im Kasernenbericht eine Gesamteinnahme von 2547,91 Mark an. Da der Bundesbeitrag pro Kopf und Jahr 60 Pfg. beträgt — einige Ortsgruppen zahlen 80 Pfg. —, so ergibt sich, daß nicht 10 000, sondern nur die Hälfte der Mitglieder in Betracht kommen konnte. Aber in der Gesamteinahme stecken auch noch die ganz beträchtlichen Zuschüsse und Schenkungen, die die Aushälter der gelben Spitze, die Innungen, nachweisbar geleistet haben. Somit ist die Mitgliederzahl des Bundes noch weit geringer. Nach den Ermittlungen, die der Verband der Bäcker anstellte, kommen kaum 2000 gelbe Bäckerfamilien in Betracht. Diese Zahl wurde auch wiederholt im Verbandsorgan veröffentlicht und die Bundesleitung aufgesfordert, ihre gegenteiligen Behauptungen durch Mitgliedsberechnungen nach einzelnen Orten und Beitragsabrechnungen zu belegen. Aber man hat dies auf jener Seite selbstverständlich bleiben lassen. Der Unterschied zwischen 2000 und 10 000 kommt doch wohl für die Bewertung der ganzen Organisationsverhältnisse etwas zu sehr in Betracht, als daß er hier nicht noch besonders hervorgehoben werden sollte. Bei der Verwendung der statistischen Aufmachungen über die Arbeiterorganisationen in den Industriezweigen müssen also diese Ausgaben mit berücksichtigt werden, wenn man zu einem richtigen Bild kommen will.

Tarifverträge in der Brauindustrie.

Nach 1½ Jahr dauernder Lohnbewegung ist ein Tarifvertrag mit den Brauereien im Bezirk Düsseldorf zustande gekommen. Der Brauerarbeiterverband hatte bei dieser Bewegung mit großen Widerwilligkeiten zu kämpfen, wodurch sich die lange Verzögerung erklärt. Der Schuhverband der Brauereien für Rheinland-Westfalen übte die bei ihm so beliebte Verschleppungspolitik. Unterstützt wurde er dabei durch das Verhalten der Leitung des jetzt selbigen entschlossenen christlichen Brauerarbeiterverbandes und des gelben Brauerbundes. Die Gelben erklärten, an einen Streik wäre bei ihnen nicht zu denken, das müßten sie anderen überlassen. Und die Leitung des christlichen Verbandes berief inmitten der Bewegung eine Versammlung ein und rief in Rücksicht auf die Krise zur Vertagung der Bewegung. Dabei machte sich die Krise schon bei Beginn der Bewegung ebenso geltend wie zu dieser Zeit. Bei den letzten entscheidenden Versammlungen trieben die Christen Alotria in den Brauerbetrieben, um die Bewegung vor dem Unternehmertum lächerlich zu machen. Trotz alledem wurde ein annehmbarer Tarifvertrag erreicht. Die Lohnreduktion beträgt 1,50 Mk. bis 2,50 Mk. pro Woche, die Vergütung der Wochentagsarbeit wurde um 1 Mk. erhöht, die der Sonntagsarbeit um 10 Pfg. pro Stunde.

Mit der Aktienbrauerei G. L. S. schloß der Brauerarbeiterverband ebenfalls einen Tarifvertrag ab, nach dem für die dort beschäftigten Brauerarbeiter eine Lohnreduktion von 3 Mk. pro Woche eintritt. Ferner wurden die Ueberstundenlöhne um 10 Pfg. erhöht, bei Krankheit wird vom zweiten Tage ab die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gewährt, bei Schmutzarbeiten, wie Kesselreinigen, wird den Arbeitern pro Tag 2 Mk. Zuschlag gewährt. Auch stellt die Firma Anglie hierzu.

Bruderkrieg unter den süddeutschen Eisenbahnern.

Vor dem Schöffengericht in Nürnberg wurde ein Verleumdungsprozeß des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten R. H. Haupter in München gegen zwei Mitglieder des süddeutschen Eisenbahnerverbandes namens Schmolli und Müllbacher verhandelt. Die beiden hatten in einer Beschwörung an die in Karlsruhe tagende Generalversammlung des süddeutschen Eisenbahnerverbandes dem Genossen Haupter als Sekretär des Verbandes den Vorwurf gemacht, er habe die Betriebsarbeiter der Eisenbahn schwer beschimpft und sich dadurch besonders in seiner Eigenschaft als Arbeitervertreter schwer vergangen. Die Verhandlung ergab die völlige Falschheit der aufgestellten Behauptungen, die auf Querzweckereien eines gewissen Neubauer zurückzuführen sind, der an Stelle des Genossen Haupter als Verbandssekretär angestellt werden wollte. Neubauer hat neuerdings eine Sonderorganisation der Eisenbahner gegründet. Die beiden Beklagten wurden zu je 20 Mk. Strafe und Zahlung sämtlicher Kosten verurteilt, nachdem sie nicht den Mut hatten, eine dem Ergebnis der Verhandlung entsprechende Erklärung abzugeben, mit der sich Haupter, der an einer Bestrafung der Beklagten kein Interesse hatte, zufriedengeben hätte.

Die Holzarbeiter in Ludenwalde stehen in einer Lohnbewegung. Ihre wesentlichsten Forderungen sind: Einführung der neunhündigsten Arbeitszeit an Stelle der neunzehnhündigsten, Erhöhung der Löhne um fünf Pfennige für die Stunde und der Akkordpreise um zehn Prozent, Sicherung des Durchschnittsverdienstes der letzten drei Monate bei Anfertigung neuer Muster, Festsetzung des Stundenlohnes für die einzelnen Branchen im Verträge. Ludenwalde gehört zu den Städten, in denen die Unternehmer den Leipziger Schiedspruch vom vorigen Jahre nicht anerkannt haben, und für die darum seither eine vertragslose Zeit gewesen ist.

Ausland.

Maßregelung des Petersburger Gewerkschaftsböten. Der Petersburger Stadthauptmann hat dem Redakteur des Gewerkschaftsböten wegen eines in der letzten Nummer enthaltenen Artikels über den Generalstreik in Schweden eine Geldstrafe von 500 Rubel auferlegt. Die Exzess des Blattes dürfte dadurch auf einige Zeit lahmgelegt worden sein.

Kongreß der englischen Gewerkschaften.

a. k. Der Eröffnung des Gewerkschaftskongresses ging am Sonnabend die Einweihung des neuen Arbeiterheims in Ipswich voraus. Die Ortsgruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei, der das Lokal gehört, besteht noch keine vier Jahre. Sie ist aber so angewachsen, daß sie nun schon das dritte Gebäude beziehen muß. Am Sonntag wurde der Kongreß mit feierlichem Gottesdienst in einer Kirche eröffnet. Auch in mehreren andern Kirchen, freien und staatskirchlichen, war die Predigt dem Kongreß gewidmet. Dieses Verhältnis von Kirche und Gewerkschaft ist für beide kennzeichnend, wenngleich für uns kaum verständlich. Am Nachmittag und Abend fanden öffentliche

Massenversammlungen statt. Am Abend präsierte die Genossin Gräfin Warwick. Sie forderte kraftvolles Eintreten der Arbeiterabgeordneten für ärztliche Beaufsichtigung der Kinder. Redner waren einige Arbeiterabgeordnete und die Genossin Bridget Adams.

In der Nachmittagsversammlung war Genosse Reir Gardie Redner. Er betonte, daß die Gewerkschaften heute rund drei Millionen Mitglieder zählten, daß aber 14 Millionen Arbeiter da seien. Von den Ausgaben würden 75 Prozent verwandt für Zwecke, die ein zivilisierter Staat selbst erfüllen müßte: Versicherung gegen Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterfraktion im Parlament bedeute nicht nur einen Erfolg der Zahl nach, sie habe auch kräftig und erfolgreich gearbeitet. Das Verdienst an den Fortschritten der Gesetzgebung habe die Gewerkschaftsbewegung, die gezeigt habe, daß sie sich nicht mehr mit Worten und Versprechungen abgeben lasse. Das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften sei die einzige Gewähr für die Befreiung der Arbeiterklasse. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten über die künftige Gesellschaftsordnung beständen, so seien doch alle darin einig, daß nur durch die Erhebung der Macht im Parlament und Gemeinderäten die Interessen der Arbeiter im Staate gewahrt werden können. Eine Forderung der Partei ist die Bergesellschaftung des Bodens. Die Grundsteuer treffe nicht die Besitzer, sondern den Wert, den die Arbeiter geschaffen haben. Mit freudigem Humor begrüßte Gardie die Ausführungen des konservativen Führers Balfour: „Warum wollt ihr gerade den unverdienten Bodenertrag besteuern? Ist nicht der Kapitalertrag ebenso unverdient?“ Das sei sehr sozialistisch gedacht. Er hätte Lust, Balfour zu fragen, wann er in die Partei eintreten wolle. Kapitalprofit wie Bodenertrag seien die Frucht der Herrschaft über Dinge des allgemeinen Bedarfs. „Etwas wird gegeben für nichts. Profit und Rente machen im Vereinigten Königreich jährlich 850 Millionen Pfund (17½ Milliarden Mark) aus, auf den Kopf über 400 Mark. Was leisten die Besitzer dafür?“ Gardie bekämpfte dann die Barbarei des Kriegs und forderte gleiche Ausbildung für alle Kinder. Nicht die Lords seien das Hindernis des Sozialismus; die Arbeiterklasse selbst sei es, die sich im Wege sehe. In ihr den Geist der Empörung zu wecken, der in jedem rechten Manne schlummert, das sei die Aufgabe der Arbeiterpartei. Das nächste Parlament werde 65 bis 75 Arbeiterabgeordnete zählen, möge die Wahl kommen, wann sie wolle. Inzwischen gelte es, die Reihen der Arbeiter zu einer kämpfenden Einheit aufzumenschen.

Ipswich, 7. September. Der heutige Verhandlungstag brachte einen scharfen Angriff wider den liberalen, der Arbeiterpartei nicht angehörenden Arbeiterabgeordneten Richard Bell (Vertreter der Eisenbahner) wegen seiner Haltung im Parlament. Nach langer Debatte akzeptierte der Kongreß eine Erklärung Bells, worin er bedauert, nicht im Einvernehmen mit der Arbeiterpartei gehandelt zu haben.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Der Streik der Steinseger und Hammer in Dresden, der am 21. April begann, ist am Sonnabend mit Erfolg für die Streikenden durch Verhandlungen beendet. Es wurde ein Tarifvertrag bis zum Jahre 1914 mit stufenweiser Lohnreduktion abgeschlossen. Der Stundenlohn beträgt im letzten Vertragsjahre 90 Pfg. für Steinseger.

Die Zigarrenarbeiter in Westfalen befinden sich im Streik bei den Firmen Mensch & Co., Werrher; Wilhelmmann & Polte, Dünnebrock; Eiß Durgmann; Koch, Dersford. Differenzen bestehen bei Rabader, Lemgo (Tipp); Rosenheim, Billale Brate, Sippe; Alchmann & Co., Westbeck bei Wübbede, (Westfalen).

Stellung, Püher und Stultateure! Wegen des Streiks der Bauarbeiter in Forchheim wird dringend ersucht, Arbeit nach Forchheim nicht anzunehmen.

Verband der Stultateure, Pipser und verw. Berufsgenossen (Billale Erlangen).

Die Fliesenleger Breslau befinden sich seit dem 1. September im Streik. Die Unternehmer kündigten am 27. Juli d. J. den Tarif und sandten zugleich einen Musterarif ein, der 20 bis 30 Proz. Lohnreduzierung vorläßt.

Soziale Rundschau.

Nach dem Unglück — Sicherheitsvorkehrungen.

Der hereinbruch von Gesteinsmassen hat auf Schacht Joachim, bei Effen sechs Bergleuten den Tod gebracht. Der Schacht, der seit Februar nicht mehr zur Kohlenförderung benutzt wurde, stand circa 8 m aus dem Lot und war, wie viele alte Schächte, mit Holz ausgebaut. Der Kubbau mit Mauerwerk wurde nun von unten her ausgefüllt. Der hereinbruch der Gesteinsmassen erfolgte dicht unter einer Förderbohle, wo der Gebirgsdruck und damit die Gefahr eines hereinbruchs erfahrungsgemäß am größten ist. Die Bergleute sind der Ansicht, daß das Unglück wahrscheinlich vermieden wäre, wenn zunächst an den gefährdeten Stellen starke eiserne Träger eingebaut worden wären. Das wäre um so mehr angebracht gewesen, als der Förderkorb immer mit schweren Materiallasten den Schacht befahren mußte. Jetzt, nach dem Unglück, werden zunächst eiserne Träger eingebaut, um die Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhüten! Die Tagespresse wird natürlich gern bereit sein, nachzuweisen, daß es sich bei diesem Unglück um ein „unabwendbares“ gehandelt habe.

Krankenkassen und Ärzte.

In Frankfurt a. M. scheint es zu einem Konflikt zwischen den Ärzten und den Krankenkassen zu kommen. Die Vorstände und Funktionäre der vereinigten Krankenkassen beschützten sich in einer Versammlung mit der Erhöhung des Arzt Honorars. Es wurde eine Resolution angenommen, in der mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Kassen die Erhöhung abgelehnt wird. Sollten die Ärzte trotzdem darauf bestehen und weiter verlangen, daß bei Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungordnung der Vertrag außer Kraft treten soll, so sollen die Kassenvorstände verpflichtet sein, sofort die Ärzte stellen öffentlich auszuschreiben und neue Ärzte zur Erhaltung der freien Arztwahl in Frankfurt a. M. zu suchen. Ferner wird gefordert, daß an die Stelle des Kollektivvertrages Einzelverträge abgeschlossen werden, und daß den Kassen das Recht zustehe, auch außerhalb des Kreisverbandes stehende Ärzte zur Kassenpraxis zuzulassen. Mit dieser Forderung der Kassen wollen sich die Ärzte unter keinen Umständen einverstanden erklären, so daß ein Konflikt nicht ausbleiben dürfte.

Zur Wahl der Knappschäftsältesten. Die der Richtung des alten Bergarbeiterverbandes angehörenden Knappschäftsältesten, beschlossen am Montag in Bochum, die Einberufung einer neuen Generalversammlung beim Knappschäftsverein zu beantragen und insbesondere eine Änderung der Wahlordnung zu fordern. Die jetzige Wahlordnung hat großen Unwillen hervorgerufen, sie wird auch von den christlichen Bergarbeitern bekämpft.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller in Borsdorf-Beitzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Bekanntmachung.

Gestohlen wurden in der Zeit vom 10. August bis 1. September dieses Jahres aus einer Villa in Grotzsch mittels Einbruchs nachstehende Sachen:

Fünf neue Fünfmärkstücke, eine Anzahl alte Georg-Kronungs- und Mariantaler, fünf preussische Jubiläumsweimarstücke, eine lange mattgoldene Damenuhrkette, feingliedrig mit Sprungring, eine Anzahl alte Dukaten und diverse Münzen, eine dreiteilige echte Korallenkette nebst Brosche, die letztere in Form eines länglichen Schiebers, ein altertümlicher Türkisenarmband (Brosche und Ohrringe mit Perleneinfassung) eine altertümliche Brosche und ein Paar Ohrringe mit Amethysten verziert, ein mattgoldenes Armband in Form eines Reifens, in der Mitte mit einem Smaragd umgeben von Perlen, sowie mit einem Medaillon und ein Paar dazugehörige Ohrringe von langer Fassung, ein goldener Verlobungsring mit kleinem Diamant und M. H. graviert, eine goldene Brosche in Form eines Palmblattes in der Mitte mit einer Perle, eine Eisenkette mit Medaillon in ovaler Form mit Vergrößerungsglas, drei glatte goldene Hemdenknöpfe, ein goldenes Medaillon in der Mitte mit Perle, ein großer goldener Siegelring mit grünem Stein, ein goldener Herren-Brillantring E. M. 1873 und ein goldener Herrenring J. H. graviert, ein ebensolcher Ring mit gelbem Stein, zwei altertümliche Ringe mit Verzierung zum Öffnen, drei goldene Damenringe, der eine mit rotem, der andere mit blauem Stein und der dritte mit einem eingefügten Kinderzahn, ein silbernes Salzküpfchen aus einem Georgstaler gefertigt, eine goldene Herren-Schlüsseluhr mit glatter Rückseite in der Mitte mit Plättchen, ein Paar alte goldene Ohrringe in verschlungener Form, ein goldenes Gliederarmband mit Medaillon mit eingelegeten Haaren auf weißem Grund, eine Kameebrosche mit Frauenkopf und verschobene Rippfächer von Silber.

Etwasige sachdienliche Mitteilungen zu Nr. Verz. N. I 4058 erbeten. [15085]

Leipzig, den 7. September 1909.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Bibliothekerversammlung u. Ausstellung.

Mittwoch, den 15. September, abends 1/9 Uhr, findet im Saale des Tivoli, Windmühlenstrasse, eine Versammlung der Bibliothekare u. Bibliothekinteressenten statt.

Es wird dabei eine Ausstellung von Katalogen, Berichten, Formularen, Blättern und Bibliothekeinrichtungsgegenständen veranstaltet werden.

Jeder, der Interesse am Bibliothekwesen hat, ist hierdurch dazu eingeladen.

Das Arbeiterbildungs-Institut.

15975

I. A.: G. Hennig.

Öffentliche politische Versammlung. Wiederitzsch u. Umg.

Freitag, den 10. September, abends 1/9 Uhr
Öffentl. Wähler- u. Volksversammlung
im Bergschlösschen, Wiederitzsch.

Tagesordnung:
1. Die bevorstehenden Landtagswahlen.
Referent: Genosse Richard Illge, Redakteur, Leipzig.

2. Freie Aussprache.
Pflicht eines jeden Einwohners ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch Nichtwähler haben Zutritt.
Der Einberufer

15896 Mag Seyfarth, Wiederitzsch, Albert-Dorf-Str. 35.

Metallarbeiter-Verband.

Geschäfts-Volkshaus Zeltzer Str. 32
alte Portal rechts, L.

Besuchzeit: vom 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 8784. [10601.]

Former u. Giessereiarbeiter. Freitag, den 10. September, abends 1/9 Uhr, Vertrauensmänner-Sitzung im Volkshaus. [15048]

Klempner. Freitag, den 10. September, abends 1/9 Uhr, Grosse öffentliche Klempner-Versammlung im Tivoli, Windmühlenstrasse 14/16. Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Wirkungen der Finanzreform für die Arbeiterchaft. Ref.: Gen. Floog. 2. Gewerkschaftliches.

Damenschneider u. Schneiderinnen.

Donnerstag, den 9. September, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung im Tivoli

Windmühlenstrasse.
Tagesordnung: 1. Bericht über die mit den Hauptvorständen stattgefundenen Verhandlungen. 2. Verschiedenes.
Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen dringend erforderlich. [15071]
Die Sektionsleitung.

Konsumverein für Liebertwolkwitz und Umgegend.

(Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht.)
Donnerstag, den 9. September, abends 1/9 Uhr
General-Versammlung

im Gasthof zum schwarzen Ross, Liebertwolkwitz.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht sowie Rechnungsprüfung desselben und Beschlussfassung über den Gewinnverteilungsplan. 2. Bericht über die stattgefundenen Revision. 3. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes sowie eines Stellvertreters. 4. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts (Anträge sind bis 5. September einzureichen). 5. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.
15254* Karl Haferkorn, Ernst Börner, M. Martin.

Allgem. Arbeiterbildungs-Institut

Meldungen zu den Unterrichtskursen.
Da sich zu den Unterrichtskursen in Volkswirtschaft und Sozialpolitik

die in der Zeit von Anfang Oktober 1909 bis Ende April 1910 abgehalten werden sollen, nicht genügend geeignete Teilnehmer gemeldet haben, ersuchen wir nochmals diejenigen, die noch daran teilnehmen wollen

bis zum 15. September
ein Bewerbungsschreiben an den Unterzeichneten zu richten.
Gewerkschafts- und Parteimitgliedsbuch sind beizufügen.

Das Arbeiterbildungs-Institut.
I. A.: Gustav Hennig
Leipzig-Lindenau, Leutzscher Str. 69, III.
15974*

Öffentliche politische Versammlung. Stötteritz.

Donnerstag, den 9. September, abends 1/9 Uhr
Öffentliche Einwohner-Versammlung

im großen Saale des Löwenpark zu Stötteritz,
Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadverordneten Hoyer-Leipzig über Volksschulwesen. 2. Freie Aussprache über Vorkommnisse an unserer Marienschule.

Schuldirektoren u. Lehrerkollegium sind hierzu schriftl. eingeladen. Einwohner, Arbeiter, Parteigenossen! Dieses wichtige Thema und die sich hieran anschließende Diskussion erfordern ein zahlreiches Erscheinen, speziell der Einwohner, deren Kinder die hiesige Volksschule besuchen, um die Stellungnahme des Lehrerkollegiums hierzu kennen zu lernen.

Kiso am Donnerstag zahlreich und pünktlich in die Versammlung! Der Einberufer.
Bruno Hinkelmann, Stötteritz, Probstheider Str. 1, part.

Konsumverein Gautzsch u. Umgeg.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)
Sonntag, den 11. September 1909, abends 1/9 Uhr
General-Versammlung

im Neuen Gasthof in Gautzsch.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht sowie Rechnungsprüfung der Jahresrechnung. 2. Erziehung von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzmännern. [15084]
Der Aufsichtsrat: Paul Winkler, Paul Schent.

18000 Paar wöchentlich Lieferfähig
110 eigene Filialen

Marke  Turul

PROBIEREN GEHT ÜBER STUDIEN

Spezial-Marke Original-Goodyear Welt

6 50 Mark 9 50 Mark

Jedes Paar Jedes Paar

UNÜBERTROFFEN IN ELEGANZ HALTBARKEIT u. PASSFORM ERSATZ FÜR HANDARBEIT IN GUTEN LEDERSORTEN

ALLEIN-VERKAUF nur

Leipzig Hainstr. 28

Schuhfabrik „TURUL“
ALFRED FRÄNKEL
COMMAND. GESELLSCH.

UMTAUSCH GESTATTET VERSANDT P. NACHNAHME

Faltenkoffer

aus braunem Segeltuch, pr. Rindledergriffe, Riemen und Ecken, alles Handarbeit
cm 50 55 60 65 f.
Nr. 10.— 11.— 12.— 13.50
empfiehlt in bester Ausführung [8240*]

Karl Blaich, Windmühlenstr. 52 Koffer, Taschen u. Lederwarenfabrik.
Preislislen gratis und franco.

Salon-Briketts
ab Lager, à 3tr. 70 s, frei Keller bei 10 3tr. à 75 s, bei 25 3tr. à 73 s, bei 50 3tr. à 70 s.*

Ernst Wolf, Schenckendorffstr. 60.

Künstliche Zähne v. 1.50 Mk. an

Schmerzlose Vorbereitung des Mundes unsonst.
Teilzahlung per Woche 1.— Mk.
Reparaturen sofort.

Spielmanns Zahn-Atelier
Reichsstrasse 25, I. [3972*]

Sprechzeit: 8-7 Uhr. Sonntags 9-2 Uhr.



Musikwerke, Automaten, Sprechapparate, Schallplatten, all. Fabrikate, Phonographenwalzen, Nadeln etc.

empfiehlt Alwin Dietrich L.-Lindenau Dref-Linden-Strasse 18, II. Verlangen Sie Preisverzeichnisse.

Einem geehrten Publikum von Neureudnitz und Umgegend ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage das von Herrn Wilhelm Ziesecke innegehabte

Barbier- und Frisier-Geschäft

Neureudnitz, Josephinenstr. 21
Käuflich übernommen habe und bitte das meinem Vorgänger erwiesene Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, der mich besuchenden Kundschaft mit nur guter, sauberer und flotter Bedienung aufzuwarten.

Hochachtungsvoll Robert Falz Barber und Friseur.

15081

Möbeltransport-Geschäft

Matthäikirchhof Nr. 31 Tel. 599



Volkm., Bergstr. Nr. 29 Tel. 2861

übernimmt die Ausführung von Umzügen mit Verfahrwagen und geübtem Personal. [15130*]
Wagen von hier nach auswärts ohne Umladung.

Geschäfts-Empfehlung.

Dem geehrten Publikum von Großschöcher zur Kenntnis, daß ich das Kolonialwaren-Geschäft des Herrn Friedr. Scholl, Kirochstrasse 20 käuflich erworben habe. Ich bitte die werthe Arbeiterschaft, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die Kunden meines Vorgängers reell und pünktlich zu bedienen.

Hochachtungsvoll A. Woll.
Gleichzeitig sage ich meiner werthen Kundschaft meinen besten Dank für das mir entgegengebrachte Wohlwollen und bitte, meinem werthen Nachfolger daselbe zu bewahren. [15088]
Hochachtungsvoll Friedr. Scholl.

Familienanzeigen.

Dank allen Freunden, Verwandten und Bekannten für die ehrenvollen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck am Grabe unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau Wilhelmine Klemm. Böllig, Lindenau. [15077]
Die trauernden Hinterbliebenen.

Montag abend 1/9 Uhr verschied im 40. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere trennorgende Mutter [15007]
Frau Antonie Stastny.
Leipzig, Eisenstrasse 45, Hof II.
Joseph Stastny nebst Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag nachm. 1/4 Uhr auf dem Südfriedhof.

Todesanzeige.
Am 8. September starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege, der Pianofortearbeiter
Richard Faust
im Alter von 32 Jahren. Ein Andenken werden ihm bewahren Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes [15088]
Zahlstelle Leipzig.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verstarb meine herzensgute, liebe Frau, unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin [15087]
Kunigunde verw. Iwan.
Um stille Bekleid bitten
L.-Plagwitz, den 7. September 1909
Die trauernden Hinterbliebenen
Karl Adler, Klara und Gertrud Iwan.
Beerdigung Sonntag mittag 1 Uhr von der Leichenhalle des Lindenauer Friedhofes aus.

Kauft Briketts bei Sommerpreise Benno Grimm Tauchaer Strasse 41

Politische Ueberlicht.

Die Streiksituation in Schweden.

Aus Malmö schreibt uns unser schwedischer Korrespondent unterm 7. September:

Trotz aller Proteste der Arbeiterschaft gegen den abgeschlossenen Vergleich ist gestern doch in dem vom Landessekretariat bestimmten Umfang die Arbeit aufgenommen worden. Der Streik dauert fort in der Textil-, Holz-, Papier-, Mühlen-, Glas- und Schuhindustrie; insgesamt sind 163 000 Arbeiter an dem fortdauernden Kampfe beteiligt. Die Unternehmer dieser Industrien sind Mitglieder des scharfmacherischen Svenska Arbetsgivareforeningens, und sie sehen nun ihre letzte Hoffnung darauf, daß die Hilfe vom Ausland ausföhre, nachdem der Generalstreik aufgehoben und nur noch partielle Streiks bestehen.

Die Unternehmer werden sich auch hierin irren. Der Kampf der schwedischen Arbeiter ist ein Beweis für die Macht der Organisation und zeigt, was die Arbeiter durch festes Zusammenhalten zu leisten vermögen. Für lange Zeit sind die Illusionen der Scharfmacher vernichtet, die von einer selbstherrlichen Unternehmerspotte träumten. Und deshalb dürfen die deutschen Arbeiter nicht aufhören zu sammeln für die im Kampf stehenden schwedischen Kameraden.

Der gestrige Tag brachte in den größeren Städten ein ganz anderes Straßenbild. Lebhafter Verkehr entwickelte sich bald, ganze Wagenzüge rollten, beladen mit Baumaterialien, den so lange stillgelegenen Neubauten zu. Auch ein Teil des Güterverkehrs wurde gestern sofort wieder aufgenommen, verschiedene Güterzüge wurden abgefertigt. An den Trollhätanfällen ruht die Arbeit noch vollständig, ebenso in Boros und Norköping. Die dortigen Unternehmer sind sämtlich Mitglieder der schwedischen Unternehmervereinigung. Auch einzelne Großhändlermeister machen ihren Gefellen insofern Schwierigkeiten, als sie verlangen, daß der vor dem Streik geltende Tarif bis zum Jahre 1914 gelten soll. Die Gefellen lehnen dies ab und verweigern die Aufnahme der Arbeit.

Die Stockholmer Kommune und die Straßenbahngesellschaft verlangen von ihren alten Arbeitern vor der WiederEinstellung, daß sie persönliche Kontrakte eingehen sollen. Das lehnen die Arbeiter ab und verharren weiter im Ausstand. Die Straßenbahn soll boykottiert werden, wenn sie von diesem Verlangen nicht absteht. Im August hatte die Gesellschaft einen Verlust von 242 380 Kronen.

Es steht nun fest, daß die Regierung den ersten Schritt zur Vermittelung. Notar Cederborg kam im Auftrag der Regierung zum Genossen Lindquist und bot die Vermittelung der Regierung an; Lindquist möge aber — damit das Verhalten der Regierung, die bisher die Vermittelung streng ablehnte, nicht zu sehr auffalle — den ersten Schritt tun. Lindquist tat der in die Enge getriebenen Regierung den Gefallen und das Resultat war der vorliegende Vergleich. Heute will nun die Regierung mit den Scharfmachern Verhandlungen beginnen.

Deutsches Reich.

Einschränkung der Flottenrüstung.

Der Marineetat weist in diesem Jahre eine Steigerung von 51 Mill. Mark auf, die Mehrausgaben sind auf die ungeheure Steigerung der Marinerrüstungen zurückzuführen. Bei der letzten Beratung des Etats wurde, wie erinnerlich, auf die Erklärung des englischen Premierministers Asquith hingewiesen, die besagte, daß England von der deutschen Regierung formell zurückgewiesen wurde, als es einer deutsch-englischen Einigung über die Einschränkung der Flottenrüstungen die Wege bahnen wollte. Als die Budgetkommission des Deutschen Reichstags in dieser Frage Aufklärung verlangte, gab der Staatssekretär v. Schöen die Erklärung ab, England habe die formelle Seite der Annäherung nicht genügend beachtet. Auch Fürst Bülow verließ diesen Standpunkt nicht, als die Frage im Plenum des Reichstags zur Beratung stand, verlas er eine Erklärung der Reichsregierung, daß diese auf eine internationale Bestätigung über die Einschränkung der Flottenrüstungen erst eingehen könnte, wenn eine brauchbare Formel dafür gefunden würde.

Während die deutsche Reichsregierung mit faulen Ausreden dieser Art der englischen Anregung zur Einschränkung der Flottenrüstungen auszuweichen sucht, wird in England wieder ein Uebereinkommen angestrebt, das die Stillsetzung der Flottenrüstungen ermöglichen sollte. Am 7. September dieses Jahres richtete im englischen Unterhaus der Liberale Byles an den Premierminister Asquith die Anfrage, ob er das erneute Interesse bemerkt habe, das in Deutschland der Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens über die Rüstungen zur See entgegengebracht werde, und ob er in der Lage wäre, irgendwie die Hoffnung ausrecht zu erhalten, daß von der englischen Regierung neue Anstrengungen gemacht würden, um auf die Grundlage eines Einverständnisses zu gelangen, das den Völkern beider Länder die Last ihrer Flottenausgaben erleichtern könnte. Allen Baker (Liberal) fragte den Minister gleichfalls, ob er die Gelegenheit wahrnehmen wolle, der deutschen Regierung weitere Vorstellungen zu machen, um zu einem Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen zur See zu gelangen. In Beantwortung dieser beiden Anfragen erklärte Asquith:

Sie dürfen versichert sein, daß jede Ankündigung, daß die deutsche Regierung ein solches Uebereinkommen zu treffen wünscht, wie es hier in Betracht gezogen wurde, das herzlichste Entgegenkommen der britischen Regierung finden wird. Es muß nach den öffentlichen Erklärungen, die von den verantwortlichen Ministern der Krone bereits abgegeben sind, ganz klar sein, daß keinerlei Vorstellungen der britischen Regierung erforderlich sind, um zu beweisen, daß dies der Fall ist.

Byles richtete darauf die weitere Anfrage an den Minister, ob es mit Rücksicht auf die Interessen, die dabei in Frage kämen, nicht möglich wäre, daß britischerseits die Initiative ergriffen würde. Darauf antwortete Asquith: Wir haben die Initiative ergriffen.

Wie wird Herr Bethmann-Hollweg diesen nunmehr offenbar „formellen“ Anträgen aus dem Wege gehen?

Das Eingeständnis der Demagogie.

Der konservative Reichsbote hatte kürzlich der Reichstagsfraktion seiner Partei Vorwürfe gemacht, daß sie bei den Kämpfen um die Erbschaftsteuer einer „Uebertreibung der großagrarischen Interessen“ geübt habe, und einen großen Abfall und Bruch innerhalb der konservativen Partei prophezeit, wenn diese sich nicht verhalte zur „Abwehr von jener Einseitigkeit, welche die ganze Politik auf die übertriebene Pflege agrarischer Interessen jupht und viele andere vitale Interessen der Nation in den Hintergrund schiebt und unfeindlich behandelt.“ Bei der Abwehr der Angriffe des konservativen Pastorenblattes muß die Kreuzzeitung zugestehen, „daß in einigen Bezirken die konservative Organisation glatt in die Hände des Bundes der Landwirte übergegangen ist.“ Gleichzeitig entschließt ihr aber auch ein Geständnis, das wertvoll ist für die Beurteilung des Schwindels, mit dem die Konservativen die Kampagne gegen die Erbschaftsteuer führten. Das Junkerblatt schreibt:

Auch wir sind oft genug den agitatorischen Uebertreibungen des Bundes der Landwirte entgegengetreten, zuletzt noch wegen seiner einseitigen Bekämpfung der Reichsteuer auf das Erbe der Ehegatten und Kinder als einer vorzugsweise die Landwirtschaft belastenden Steuer. Hier hat der Bund der Landwirte einen Fehler begangen, der sich jetzt an ihm selber rächen kann.

Der Versuch, den konservativen Brüdern im Bündlerlager die Verantwortung für die „einseitige Bekämpfung“ der Erbschaftsteuer als einer „vorzugsweise die Landwirtschaft belastenden Steuer“ zuzuschreiben, verrät zwar ein christliches Gemüt, er wird aber auf keinen Fall die Tatsache verdunkeln können, daß die Kreuzzeitung monatelang mit demselben Eifer wie die Bündler selbst die bündlerischen Argumente gegen die Erbschaftsteuer ins Feld geführt hat. Die Deutsche Tageszeitung weiß denn auch den Reinwaschungsversuch der Kreuzzeitung richtig zu würdigen und erklärt, sie gehe über das Geschreibsel „am besten mit nachsichtig-verstehendem Lächeln hinweg.“ Für die Beurteilung der eigentlichen Beweggründe, die die Konservativen im Kampfe gegen die Nachlasssteuer leiteten, ist das Eingeständnis der Kreuzzeitung aber doch von großem Wert. Den Schwindel von der „Unfittlichkeit“ der Steuer, die das „christliche Familienleben“ zerstöre, hat das Junkerorgan schon früher selbst preisgegeben, indem es die — natürlich nicht ernstgemeinte — Forderung aufstellte, die Bundesstaaten sollten sich nun der Erbschaftsteuer zur Aufbesserung ihrer Finanzen bemächtigen. Jetzt gibt es auch das zweite Schwindelargument auf, mit dem der Schnapsblodgenosse und Zentrumsführer Spahn noch dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung kreben ging, daß die Besteuerung des Erbes vorzugsweise die Landwirtschaft belaste. Als letzter Grund für die konservative Opposition, der selbst der agrarische Kanzler weichen mußte, bleibt nur, was der Junker v. Heyden bei der Schlussberatung der sogenannten Reichsfinanzreform offen aussprach — die Feindschaft der Junker gegen das Parlament des allgemeinen Wahlrechts. Dem vom Volle kontrollierten Reichstag wollte man nicht die Entscheidung über das „Portemonnaie der Besitzenden“ einräumen. Ihm gebührt nur das Recht der Ausplünderung der Besitzlosen; sobald das „Balladium des sittlichen Staats, das Eigentum“, bedroht erscheint, tritt der Bloß der Ritter und Heiligen dagegen in Aktion.

Herr Schäd.

Für seinen gestrauchelten Vorkämpfer, den antisemitischen Reichstagsabgeordneten Schäd, nimmt jetzt der Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes öffentlich Partei. Er veröffentlicht eine Erklärung Schäd's, worin dieser sich, wie zu erwarten war, als das unschuldige Opfer von bedauerlichen Mißverständnissen und sozialdemokratischer Heuchel stellt. Er versichert, daß er nur für seine erkrankte Frau eine „geeignete Pflegerin und Gesellschafterin“ gesucht habe, die „unter den durch die Krankheit meiner Frau gegebenen Umständen natürlich in einem andern als dem sonst allgemein üblichen Verhältnis zu uns stehen sollte.“ Beim Schreiben der Briefe sei ihm nun „in der Eile ein Ausdruck unterlaufen“, der „mißverständlich aufgefaßt werden kann“. Aus dieser „für die Deffentlichkeit völlig bedeutungslosen Familienangelegenheit“ leiteten sozialdemokratische und leider auch bürgerliche Blätter einen Angriff gegen ihn (Schäd) her, der die Dinge in einem für ihn ungünstigen Lichte erscheinen ließen. Die „wüßige Parteilosigkeit“ der an den tatsächlichen Sachverhalt genüßigen Kombinationen ergebe sich aber schon daraus, daß der in Rede stehende Brief vor der Abendung von der Frau gelesen worden sei. Zum Schluss lehnt der brave Vorkämpfer für deutsche Sittlichkeit eine weitere öffentliche Erörterung der „rein persönlichen Angelegenheit“ ab in der ganz richtigen Erkenntnis, daß er damit doch niemand eine andre Meinung über sich beibringen könne.

Es wäre Raumverschwendung, wenn man auf diese „Erklärung“ noch etwas erwidern wollte. Das Tolle dabei ist nur, daß der Vorstand der deutschnationalen Handlungsgehilfen es fertig bringt, der Erklärung die Versicherung hinzuzufügen, daß es nach seiner „genaueren Kenntnis der Dinge, zumal der Familienverhältnisse des Herrn Schäd“, ganz und gar ausgeschlossen sei, daß Herr Schäd mit seinem Schreiben Absichten verfolgt hat, die einen Schanden auf seinen Charakter und seine Moral werfen konnten; daß für sie sehen wir, die gesamten Mitglieder der Verwaltung, rücksichtslos ein.“ Es mag den Anschauungen der deutschnationalen Kaufleute von den kollektiven Pflichten deutscher Männer entsprechen, wenn sie ihrem gestrauchelten Bannerträger in dieser Weise bespringen, in ihrem eigenen Interesse würde es aber liegen, wenn sie die Mahnung beherzigen wollten: Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr! Selbst das Leipziger Dimeanopier, das bisher stets mit den Deutschnationalen durch Dick und Dünn ging, sieht sich jetzt zu folgendem Urteil genötigt:

Die Sache so, wie Herr Schäd sie darstellt, hat er eine Pflegerin für seine kranke Frau gesucht, so ist die Frage zu stellen: Warum verschweigt dann Herr Schäd, wenn es sich um eine reinliche Angelegenheit handelt, seinen Namen? Warum sucht er nicht als Reichstagsabgeordneter Schäd, sondern als „Triolet“ eine Pflegerin für seine Frau? Und was in dem obigen Schreiben dem jungen Mädchen zugemutet wird, ist nicht eine Vertrauensstellung in einer Familie, sondern sagen wir es kurz und bündig: eine unverhüllte Schmeichelei. Anders kann der Brief auch mit seinem vleßigenden Augenzwinkern am Schlusse nicht verstanden werden.

Mit der politischen Rolle des Herrn Schäd ist es endgültig

Ein Freisinniger.

Vor kurzem wurde durch eine öffentliche Erklärung in der liberalen Presse mitgeteilt, daß für die bevorstehende Reichstagsnachwahl im Kreise Landsberg-Soldau eine Einigung zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen dadurch zustande gekommen sei, daß vereinbart wurde, der freisinnige Kandidat Schöppe solle sich weder zum Beitritt zu der einen noch der andern Fraktion verpflichten. Diese Vereinbarung sollte natürlich nur Sand in die Augen der Wähler bedeuten; man wollte die Parteizugehörigkeit des Kandidaten im dunkeln lassen, um möglichst allen Wählern alles versprechen zu können. Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes hat denn auch gezeigt, daß sich die liberalen Wahlmacher in der Person ihres „freisinnigen“ Kandidaten nicht getäuscht haben. Das Berliner Tageblatt bringt eine Zuschrift aus dem Kreise, die von dem Herrn Schöppe folgendes Charakterbild entwirft:

Die ungläubliche Schwäche und Nachgiebigkeit der Freisinnigen hätte dann noch einen Sinn, wenn man nur wenigstens einen Kandidaten von echt freisinniger Oberbau hätte, der die Aussicht hat, den Wahlkreis auch wirklich zu erobern. Dazu ist nötig, nicht nur den Sozialdemokraten zu überflügeln, sondern bei der Stichwahl auch sämtliche sozialdemokratische Stimmen bis auf den letzten Mann herüberzuziehen. Ist aber Herr Schöppe dieser Mann? Nein! Und nun beginnt die eigentliche Tragik der Affäre. Herr Schöppe, für dessen Kandidatur die Freisinnigen vor den Nationalliberalen. Notau gemacht haben, wer weiß wie tief, hält sich vielleicht für freisinnig, er ist es aber gar nicht, sondern er ist im Grunde genommen — nationalliberal! Unwiderprochen konnte auf den Vertrauensmännerversammlungen, wo die Kandidatur Schöppe festgemacht wurde, verkündet werden, daß Herr Schöppe erstens Schuchardener ist; die Herabsetzung der Getreidezölle auf 3.50 Mt. will er allenfalls zugestehen, aber „weiter geht seine Begeisterung nicht“, wie er sich ausgedrückt haben soll; zweitens, daß er für Sozialpolitik nur sehr cum grano salis (mit großer Einschränkung) eintritt; drittens, daß er die Polenpolitik der Regierung untersteht; viertens in der Wahlreformfrage nur für „Verbesserungen“ eintritt.

Die Aufstellung dieses freisinnigen Musterknaben ist aber, wie aus der Zuschrift weiter hervorgeht, außerdem nur unter besonders erschwerenden Bedingungen möglich gewesen, von denen die Deffentlichkeit bisher nichts wußte. Es wird nun mitgeteilt, daß die Nationalliberalen ursprünglich ihre Unterstützung des Kandidaten von der Zurückziehung der freisinnigen Kandidatur in Koburg abhängig machten. Es sind deswegen auch Verhandlungen in Berlin gepflogen worden, und erst als die Koburger Freisinnigen erklärten, auf eine selbständige Kandidatur nicht verzichten zu wollen, wurde die Forderung der Nationalliberalen fallen gelassen. Das schönste kommt aber noch. Die freisinnige Parteileitung hat nämlich einer bindenden Abmachung mit den Nationalliberalen zugestimmt, wonach, wenn Schöppe diesmal nicht in die Stichwahl kommen sollte, 1911 die Kandidatur den — Nationalliberalen zufällt, die dann, wenn die politischen Verhältnisse ebenso liegen, von den Freisinnigen unterstützt werden sollen! Der Einsender der Zuschrift bemerkt zu dieser Selbstkastration der sogenannten Freisinnigen:

Damit ist den Nationalliberalen geradezu ein Anreiz gegeben, den Herrn Schöppe jetzt möglichst schwach zu unterstützen, auf daß er nicht in die Stichwahl kommt. Denn in diesem Falle bekommen sie nach zwei Jahren die mandatsjungfrü ersehnte Kandidatur! Die Nationalliberalen sollen selber geradezu starr gewesen sein vor Erntannern, daß ihnen die Freisinnigen den Wahlkreis, der früher jahrelang freisinnig vertreten war, so auf dem Präsentierteller dargeboten haben.

Das schmälste Abkommen bedeutet die glatte Auslieferung des Wahlkreises an die Konservativen, da gar nicht daran zu denken ist, daß der „freisinnige“ Herr Schöppe in die Stichwahl kommt. Diese wird ausgefochten werden zwischen Sozialdemokraten und dem konservativen Reaktionär, wobei natürlich nach altgewohnter Tradition die Liberalen den Ausschlag geben werden zugunsten der Reaktion. Auf diese Weise wird der „liberale Ausschwung“ in Deutschland vorbereitet.

Von der Handhabung des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes.

In der tolen Anwendung des Vereinsgesetzes hat die Polizeidirektion in Braunschweig wohl jetzt den Vogel abgeschossen. Sie bedachte den Vorkämpfer des Transportarbeiterverbandes in Braunschweig, Genossen Bärsch, mit zwei Strafmandaten über je 15 Mt., weil er eine öffentliche politische Versammlung einberufen und geleitet haben sollte. Genosse Bärsch brachte die Sache vor Gericht und hier wurde festgestellt, daß in der Versammlung überhaupt kein Polizeibeamter anwesend gewesen ist, daß die Polizei ihre Behauptung, die Versammlung habe sich mit Erörterung politischer Angelegenheiten befaßt, rein aus der Luft gegriffen hat. Die Polizei hatte also solut keine Ahnung, was in der Versammlung gesprochen worden war. Ganz auf gut Willkür hat sie sich einige Genossen zur Vernehmung geladen, von denen sie annahm, daß sie die Versammlung besucht hätten und alle Vernommenen haben bestritten, daß politische Dinge besprochen worden sind. Trotzdem ging die Polizeidirektion mit erheblichen Strafmandaten vor. Am 8. September kam der Streikfall vor dem Schöffengericht in Braunschweig zum Anstrag. Auch nicht den geringsten Nachweis vermochte die Polizei für ihre Anschuldigung zu erbringen, aber der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ein junger strebsamer Herr, kam ihr zu Hilfe. Er verlangte Bestrafung des Genossen Bärsch, auch wenn die Polizei nichts über die Versammlung wisse (!). Die Versammlung sei eine öffentliche politische gewesen, weil sich 1. aus dem Wortlaut der Einladung auf die sozialdemokratische Tendenz der Versammlung schließen lasse (!), weil 2. der Referent Redakteur des sozialdemokratischen Volksfreund sei (!) und weil 3. der Angeklagte Vorkämpfer der Verwaltungsstelle eines Verbandes sei, der unter sozialdemokratischer Leitung (!) stehe. Dabei lautete das Thema des Referenten: Warum tut allen Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation dringend not?, und in der Versammlungseinladung war nicht ein Wort enthalten, was auch nur den geringsten Verdacht hätte erwecken können, daß die Versammlung politisch sei.

Das Gericht sprach den Angeklagten selbstverständlich frei. Fast ebenso schön ist ein zweiter Fall, der — selbstverständlich — in Schlesien spielt. Am letzten Sonntag sollte in Wolsdorf, Kreis Goldberg-Gaynau, eine öffentliche politische Versammlung unter freiem Himmel stattfinden, in der über die neuen Steuern gesprochen werden sollte. Auf die vorchristlich-mäßige Anmeldung erhielt der Einberufer folgenden Befehl:

Wolsdorf, den 1. September 1909. Die Genehmigung wird aus folgenden Gründen verweigert: Das Grundstück ist zur Abhaltung von Versammlungen zu klein, und ist daher anzunehmen, daß der öffentliche Verkehr auf der Dorfstraße behindert wird, zumal, da sich an diesem Tage größere Truppenmassen in Dorfe befinden. Der Amtsvorsteher Scheiler.

Das Grundstück ist circa 2500 Quadratmeter groß und bietet Raum für 5000 Personen. Es liegt von der Dorfstraße

reichlich 20 Meter entfernt, Tant von dieser nicht gesehen werden und hat außerdem keinen direkten Zugang von der Dorfstraße aus, sondern dieser geht durch ein Gehöft.
Die nicht genehmigte Verammlung sollte die erste politische sein, die überhaupt in Wolfsdorf abgehalten wird. Der Amtsvorsteher, der nicht über die neuen Steuern sprechen lassen wollte, ist Wächter zweier der königlichen Ritterakademie Eigentümern gehörenden Mittergüter und ist Besitzer einer Schnapsbrennerei, die ihm nicht zu wenig Liebesgaben abwirft. Die Erklärung für seinen sozialistischen Eifer ist also nicht allzu schwer zu erraten.

Zum Skandal in Donauessingen.

A. Der ultramontane Vabische Beobachter in Karlsruhe macht weitere Enthüllungen über die Verwendung des Hilfsfonds für die Brandbeschädigten von Donauessingen. Er geht von dem Grundsatz aus, daß man die Bessersituierten schon deshalb zu der Verteilung heranziehen mußte, damit die Bedürftigen nicht zuviel erhielten. Von den reichen Familien Mall, Dr. Hauger, Käfer sei mit Unrecht behauptet worden, sie hätten von den Sammelgeldern nichts erhalten. Diese wurden „entsprechend“ beteiligt. Der Vabische Beobachter bemerkt dazu:

Dabei möge man noch bedenken: die Familie Mall gehört zu den reichsten Einwohnern der Stadt, hat das größte Baugeschäft und infolge des Brandes den Bau von mehr als 20 Neubauten übernommen. Auch Dr. Haugers Witwe gehört zu den Reichsten der Stadt. Was den Gemeinderat Käfer betrifft, so würde mancher, welcher zu den Nichtbeschädigten gehört, heute mit demselben tauschen. Gemeinderat Käfer hat infolge des Brandes ein glänzendes Geschäft gemacht. Er hatte ein älteres Haus mit einem großen Garten. Das ganze Grundstück hat die Justizverwaltung pro Quadratmeter zu 7 Mark gekauft, ein Preis, welcher ohne Brand hier nie bezahlt worden wäre. Außerdem übernahm der Staat das Brandgeld und eine Baugenossenschaft kaufte von Herrn Käfer einen Acker für 20 000 Mark. Der Acker, welchen Herr Käfer infolge des Brandes hatte, übersteigt 10 000 Mark beträchtlich. Herr Käfer, welcher vorher eine Bäckerei hatte, privatisiert jetzt.

Verügereien in der Heeresverwaltung.

Durch Zufall sind in Königsberg raffinierte Verügereien beim ostpreussischen Trainbataillon entdeckt worden. Bei der Versteigerung von anbrangierten Dienstpferden ließ im vorigen Jahre der Hauptmeister Schmiedecke, dem bei der Auktion die Rolle eines Aufsichtsbekanntem zugeteilt war, durch Mannschaften sechs Pferde unter dem wahrheitswidrigen Vorgeben, diese Tiere wären schon verkauft, beiseite führen. Dann schlug er diese Pferde ohne Vorwissen seines Vorgesetzten an Käufer los. Auf die Anzeige des Sergeanten Petrat wurde gegen Schmiedecke eine Untersuchung eingeleitet, die aber für unredliche Manipulationen des Angeklagten keine Anhaltspunkte lieferte; denn die Bücher ergaben, daß für sämtliche zum Verkauf angestellte Pferde Bezahlung erfolgt war. Schmiedecke sollte nur wegen vorschriftswidrigen eigenmächtigen Verkaufs der sechs Pferde, was als Ungehorsam angesehen wurde, bestraft werden. — Bei diesem Prozeß kam nun ein jahrelang verbüßter umfangreicher Betrug ans Tageslicht. Ein Zeuge, der ein Pferd von Schmiedecke gekauft hatte, erzählte: Als er an dem Auktionstage auf dem Kasernenhofe erschienen sei, hätte ihn Schmiedecke gefragt, ob er ein Pferd kaufen wolle. Als er dies bejaht hätte, hätte ihm Schmiedecke ein Pferd vorgeführt, für das er 150 Mark bezahlen sollte. 100 Mark hätte er an Schmiedecke entrichtet, das übrige Geld hätte er dem Hauptmeister geben sollen. Schmiedecke hätte an das Pferd eine 40 gezeichnete und dann das Pferd dem Hauptmeister vorgeführt. Vom Hauptmeister hat Zeuge noch 4 Mark herausbekommen, was ihn sehr in Erstaunen setzte, aber Schmiedecke habe ihm gesagt, das würde schon stimmen. In dieser Weise ist der Betrug auch in andern Fällen verübt worden. Die Militärkasse erhielt von dem Erbszahlreicher verkaufter Pferde immer nur einen geringen Teil. Dieser Zeuge, durch den der Schwindel aufgedeckt worden ist, hatte in der Voruntersuchung die Unwahrheit gesagt, um den Hauptmeister zu retten. Dieser hatte ihn nämlich vorher aufgesucht und ihn gebeten, ihn nicht unglücklich zu machen. Unter feinem Eide bequeme sich der Zeuge aber doch dazu, die Wahrheit zu sagen, worauf Schmiedecke sofort verhaftet wurde. Als dieser sah, daß nichts mehr zu retten war, gab er noch seine Freunde an, die ebenfalls den Militärkassisten in der geschickten Weise betrogen hatten. Es wurden verhaftet der Hauptmeister Mittas und der Sergeant Niede, während der Kantinenwirt nach Amerika entflohen.

Dieser Tage wurde den Dreien der Prozeß gemacht. Sie hatten sich wegen Unterschlagung, wissentlichen Meineides und Anstiftung dazu zu verantworten. Selbstverständlich wurde die Defensivität angeblich wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen anzuerkennen, selbst die Verletzung der Anklage sowie die Urteilsabgrenzung erfolgten unter Ausschluß der Öffentlichkeit! Nach zweitägiger Verhandlung wurden alle Angeklagten verurteilt. Es erhielten Schmiedecke ein Jahr und einen Monat Gefängnis wegen Unterschlagung, Mittas zwei Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung und Meineides, den er, um sich vor Strafe zu schützen, im Vorprozeß gegen Schmiedecke geleistet hatte. Niede erhielt wegen passiver Verstärkung fünf Monate Gefängnis. Von der Anklage der Anstiftung zum Meineide wurde Schmiedecke freigesprochen. Gegen den Angeklagten wurde auch auf Degradation erkannt. Auffällig ist, daß der Sergeant Petrat, der den Schmiedecke zur Anzeige brachte, nach Bekanntwerden der Veruntreuungen nach sechsjähriger Dienstzeit ohne Pension und Zivilversorgungsschein plötzlich aus dem Militärdienst entlassen wurde mit der wertwüßigen Begründung, daß er zu wenig sprechen könne!

Berlin, 8. September. Die portugiesische Palastkammer nahm diskussionslos den von der Abgeordnetenkammer schon angenommenen Handelsvertrag mit Deutschland an.

Reparaturen am Steuerwerk des Schnapsbrenns. Die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, werden sich die geschäftlichen Faktoren des Reiches noch einmal mit der Zolnsteuer beschäftigen. Man will durch spezialisierte Vorschriften, als es im Rahmen der Ausführungsbestimmungen gesehen konnte, die vorzeitige Ausgabe von Coupon- und Dividendenbogen verhindern. Auch sonstige Fragen der Steuerwesen sollen in einer über die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats hinausgehenden Weise gesetzlich geregelt werden. — Die Regierung scheint danach selbst kein richtiges Vertrauen in die geschäftliche Zuverlässigkeit der vom Bundesrat zum Zolnsteuergesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen zu setzen.

Beiräte Rohherber. Die Landtagswahl in dem bayrischen Kreis Neustadt-Obendoblen begleitet die Königsche Zeitung mit folgendem Kommentar:

Trotz des liberalen Wahlsiegs ist die Landtagswahlwahl in Neustadt-Obendoblen ein neuer Beweis für die wenig erfreuliche innerpolitische Lage. Sind doch die sozialdemokratischen Stimmen um über 1000 gestiegen, die der beiden bürgerlichen Parteien um etwa 1800 gefallen; die liberalen Stimmen sind um 1000 zurückgegangen. Daran ist nicht allein die ungünstige Zeit des Urlaubs und der Reisen sowie eine schwache Wahlbeteiligung der noch verzögerten Anhänger des

Bundes der Landwirte schuld, sondern auch das ganz unlegbare Abschwenken vieler Kleinwinzer und Tagelöhner ins rote Lager. Nach der Ursache braucht man nicht lange zu suchen: es ist die Unzufriedenheit mit der Lösung der deutschen Finanzreform und auch mit der zumal für die Winzer recht trostlosen allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Das Blatt bezeichnet es als Ehrenpflicht der Liberalen, die ländlichen Wähler über „die wahre Natur der sich agrarfeindlich aufspielenden Sozialdemokratie“ aufzuklären. Merkwürdig, daß die Liberalen nicht schon den Wahlkampf zu dieser „Aufklärung“ benutzt haben. Eine günstige Gelegenheit dazu konnte sich ihnen doch gar nicht bieten.

Das böse Gewissen. In Reichenbach (Schlesien) erstattete in einer Wählerversammlung der Zentrumsabgeordnete Dr. Feischner Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage. Als nach scharfen Angriffen gegen ihn unter anderem Beifall ein Antrag gestellt wurde, der sich gegen feilscheres Verhalten in der Finanzreform ausspricht, durch die er das Vertrauen der Wähler verloren habe, schloß der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Math, eilig die Versammlung. Die Zentrumspartheileitung wird aus diesem Vorgang die Lehre ziehen, daß die Wählerschaft noch nicht reif ist für die objektive Beurteilung ultramontaner Staatskunst.

Frankreich.

Das Ergebnis der indirekten Steuern.

Paris, 7. September. Das Ergebnis der indirekten Steuern im August d. J. beläuft sich auf 241 897 800 Frank und ergibt einen Minderertrag von 2 156 100 Frank gegenüber dem Vorausschlag und eine Erhöhung von 9 057 100 Frank gegenüber dem August des Vorjahres. Für die ersten acht Monate des Jahres ergibt sich ein Mehrertrag von 40 440 800 Frank gegenüber den Vorausschlägen und eine Erhöhung von 80 221 600 Frank gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres.

Rußland.

Russische Humanität.

Das Journal über die Ministerberatung vom 22. Juli 1909 enthält wertvolle Angaben zur Judenpolitik Rußlands. In dieser Beratung erklärten der Finanzminister und der Handelsminister, daß man den Moskauer jüdischen Handelsleuten in der zur Beratung stehenden Frage ihres Ausweishaltsrechts entgegenkommen müsse. Die Begründung des russischen Kulturfortschritts aber lautet nach der Neuen Jüdischen Korrespondenz:

Da die Einigkeit der Juden groß ist und sie alle geeigneten Mittel zum Schutze ihrer Interessen anwenden, und einen großen Einfluß in den kapitalistischen Kreisen und der Presse besitzen — würden sie wegen der Ausweisung einer ganzen Gruppe von Juden aus Moskau heftige Angriffe gegen die russische Regierung hervorrufen und der Regierung die Aufnahme einer auswärtigen Anleihe im Bedarfsfall sehr erschweren.

Gefängnisgrenel.

Der „warme Karzer“ im Tobolsker Katorg, Jaruzis, in welchem die Gefangenen lebendiges Leibes gebraten wurden, hat jetzt ein Seitenstück gefunden. In Witebsk werden die Gefangenen völlig entkleidet in den Karzer gesperrt. Dauer der Karzerhaft — eine Woche.

Italien.

Das Tagebuch des Jaren.

a. k. Das Tagebuch des Jaren, von dem Burzew eine Probe in Facsimile veröffentlicht hat, macht auch der römischen Polizei Schmerzen. Sie hat dem Anwalt verboten, ein Plakat, das von der Veröffentlichung des sensationellen Polizeiberichts Kenntnis gibt, öffentlich anzuhängen zu lassen.

Spanien.

Das marokkanische Abenteuer.

Paris, 7. September. Aus Madrid wird vom 6. September gemeldet: Nach Depeschen aus Melilla haben die Proviantläger sowohl auf der Hin- wie auf der Rückfahrt nur wenige Hinterrückstände in der Wollschicht erhalten. Diese Tatsache scheint zu beweisen, daß auf den Gurgubergern nur wenige Feldwachen der Mauren zurückgeblieben sind, um die Bewegungen der Spanier zu überwachen, während die Darla sich in der Richtung auf Rabor und Seluan entfernt hat. Nicht konzentriert sich das Hauptinteresse des Feldzugs jetzt auf die Gegend um El Arba. Nach diesem Lager sind die Truppen der Division Droz abgezogen und wahrscheinlich bereits am Montag dort eingetroffen. Voraussichtlich steht hier eine größere Schlacht bevor. Als eine Retrospektionskolonne gestern in das Lager zurückkehrte, wurde sie zweimal von den Mauren angegriffen. Oberst Fernando Blanco kam von El Arba mit einem Bataillon Infanterie, etwa fünfzig Reitern und einer Batterie der Kolonne zur Hilfe und griff den rechten Flügel des Feindes an, um ihm den Rückzug abzuschneiden. Die Mauren entflohen und ließen etwa zwanzig Leichen auf dem Schlachtfeld.

Türkei.

Eine Demission.

Konstantinopel, 7. September. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Koradughlan, hat demissioniert.

Persien.

Rußland als Stütze der Konterrövolution.

Das britische Auswärtige Amt hat soeben ein umfangreiches Weißbuch über Persien veröffentlicht, das fast die gesamte diplomatische Korrespondenz zwischen London, Petersburg und Teheran für den Zeitraum vom 30. November 1908 bis 10. Mai 1909 enthält und ein detailliertes Bild der Vorgänge entrollt, die sich in den diplomatischen Beziehungen zum angeblichen Wohle Persiens abspielten.

Aus dem veröffentlichten Material geht hervor, daß J. S. Wolski, der russische Minister des Auswärtigen, nicht nur mit russischen Staatsgebern die Konterrövolution des Schahs unterstützt hat, sondern daß die russische Regierung trotz wiederholter Abweisungen auch bestritt war, der persischen Konterrövolution ein englisches Darlehen zu vermitteln. Die englische Regierung bestand jedoch darauf, daß die Anleihe vom persischen Parlament genehmigt werde.

Wie sehr der nunmehr abgesetzte Schah im Kampfe gegen die Verfassungsbewegung von der russischen Regierung unterstützt wurde, geht aus folgendem hervor: Am 17. März teilte Graf von Peterburg den Gesandten mit, daß ihn der russische Gesandtschaftsträger besucht und ihm gesagt habe, daß die Ueberfälle „der Räuber des Schahs“ auf Frauen und Kinder bei Dulska eine russische Intervention unabwehrbar machten. „Ich entgegnete ihm“, schreibt nun Greg, „daß ich die Befürchtung hege, daß der Schah, der noch immer die Einmischung Rußlands wünscht, zur Ansicht gelangen könne, die Intervention würde zu seinen Gunsten unternommen. Ich bin tief überzeugt, daß der Schah, ohne Zeit zu verlieren, die Konstitution proklamieren würde — worin ich die sofortige Rettung Persiens sehe —, wenn die russischen Diplomaten ihm erklären würden, daß die Einmischung Rußlands ihm nicht den geringsten Nutzen bringen und höchstwahrscheinlich zu seiner Thronentsetzung führen würde.“

Der Schah hat dieses Vertrauen zur russischen Diplomatie mit dem Throne bezahlt.

Sächsische Angelegenheiten.

Stollberg-Schneeberg — hoch!

Zwölft, 7. September. (Privattelegramm.) Bei der heutigen Eröffnung im 10. Reichstagswahlkreis erhielt Schöpflin 21 178, Norwest 9988 Stimmen. Schöpflin ist also mit großer Mehrheit gewählt.

In der alten Hochburg Stollberg-Schneeberg konnte gestern wieder das sozialdemokratische Banner nach einem glänzenden Siege aufgezogen werden. Nicht ein Gegner war sich im Wahlkampfe darüber im Zweifel, daß der sozialdemokratische Kandidat wieder gewählt werden würde. Daß der sozialdemokratische Wahlsieg aber ein so glänzender werden könne, hat sich wohl keiner von ihnen vermutet. 21 133 Stimmen wurden für Schöpflin gezählt! Damit ist der Rekord der roten Wahl von 1903 um über 1000 Stimmen geschlagen. Gegenüber den Hottentottenwahlen von 1907 aber ist die sozialdemokratische Stimmenzahl um 2133 gestiegen. Das richtige Bild über das Wahlergebnis ergibt jedoch erst die Gegenüberstellung der sozialdemokratischen zu den bürgerlichen Stimmen: 21 133 gegen 9436! Die bürgerlichen Stimmen sind gegenüber der Stimmenzahl bei der Hottentottenwahl um über 5000 zurückgegangen. Knapp die Stimmenzahl von 1903 haben die Gegner zu halten vermocht. Das ist eine zerschmetternde Antwort des Volkes auf den Volksbetrug von 1907 und auf den letzten unverschämten Steuerraubzug der konservativ-nationalliberal-antifreimütig-kerisfalten Volksfeinde!

Und wie standen sie treulich zusammen die Agrarier und die Nationalliberalen, die Konservativen und die Freimütigen, um sich sturmblökameradschaftlich in die zu erwartenden Prügel zu teilen! Noch in den letzten Tagen vor der Wahl hat der Vorsitzende des konservativen Landesvereins, der Reichstagsabgeordnete Dr. Wagner, von Friedrichshafen aus, wo er mit mehr als 200 Reichstagsabgeordneten weilte zur Hulldigung Zeppelins und des zukünftigen Luftmilitarismus, die konservativen Wähler beschworen, ja keiner Verstimmlung nachzugeben, sondern Mann für Mann den „nationalen“ Kandidaten zu wählen. Das Abschwenken des nationalen Lappens hat jedoch diesmal gründlich verjagt. Und die nationalliberalen Blätter suchten die nationalen Wähler aufzupeitschen mit der Aufmunterung, daß im Interesse der nationalen Sache keineswegs eine Minderung der nationalen Stimmen eintreten dürfe. Mühte alles nichts — mehr als 5000 Wähler, die hinter den Volksbetrug von 1907 gekommen und über die volksauswuchernde Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien entsetzt waren, versagten die Gefolgshaft! Eine unheimliche Wamagie für die „nationalen“ Parteien, diese Nachwahl in Stollberg-Schneeberg! Sie hat gehalten, was die Reichstagswahlwahl in dem pfälzischen Wahlkreise Neustadt-Landau versprochen und die Landtagswahlwahl im pfälzischen Wahlkreise Neustadt bestätigt hat. Hier in diesem Landtagswahlkreise haben die Liberalen 1500 Stimmen verloren, die Sozialdemokraten über 2000 gewonnen. Genau wie in Stollberg-Schneeberg. Und wie auf Neustadt-Landau Stollberg-Schneeberg folgte, so wird auf Stollberg-Schneeberg der Saalekreis folgen. Und Koburg? Angst und bange muß es den „nationalen“ Herrschaften werden, daß die Sozialdemokratie auch die Feste Koburg im Sturm der heutigen Volksstimmung erobern könnte. Auf jeden Fall: die Sozialdemokratie segelt mit dem Stürme!

Sicher haben aber nicht nur die Reichsangelegenheiten zu dem Ergebnis in Stollberg beigetragen. Auch die neue schamlose Wahlentrechtung im Lande ist bei dem Wahlausfall mit in Rechnung zu setzen. So wird der 7. September auch ein gutes Omen sein für die kommenden Landtagswahlen. Die konservativen Blätter werden nun erst recht die Liberalen zum Zusammenschluß bei den Landtagswahlen gegen die Sozialdemokratie anwinkeln. Doch auch dieser Zusammenschluß wird ihnen nichts nützen. Wir werden die Waffe dieses neuen elenden Vierklassenwahlrechtes benutzen, um sie zu zerbrechen. Und wir werden sie zerbrechen, sei es früher oder später!

Die Magdeburgische Zeitung knüpfte gestern an den Passus in dem nationalliberalen Flugblatte, daß die zweite Kammer eine Volkskammer sein müsse, die Bemerkung, das sei eine überaus schroffe Kundgebung, die die Rückkehr zu der früheren Blockpolitik außerordentlich erschwere und darum auch von über Vorbedeutung für die kommenden Reichstagswahlen sein werde. Nun, vor den Reichstagswahlen kommen die Landtagswahlen. Die wichtige Overtüre zu den Landtagswahlen ist die Wahl in Stollberg-Schneeberg. Die Landtagswahlen aber, wie auch sonst ihr Ausfall unter dem Pluralismus sein möge für die Sozialdemokratie, werden eine brausende Volkssymphonie, ein mächtiges Vorspiel sein für die kommenden Reichstagswahlen. Wenn nicht früher, dann wird 1912 das Volk im ganzen Lande die rote Fahne aufpflanzen und von neuem das rote Königreich aufrichten. Wir sind froher Hoffnung voll — unser ist die Zukunft!

Zu den Landtagswahlen.

Heute unternimmt es zur Abwechslung wieder einmal die Leipziger Zeitung, den bürgerlichen Parteien unter Hinweis auf den gemeinsamen Feind, unter dem

Wahlrechtsänderung gesetzlich zu machen. Das Regierungsblatt schreibt:

Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. (Vorläufig hat die Regierung noch nicht einmal den Termin der Wahlen festgesetzt! Neb. d. Volksztg.) Zum erstenmal sollen sie nach einem neuen Wahlrecht vor sich gehen, das in seinen Wirkungen noch nicht erprobt ist. Es ist begreiflich, daß jede Partei bestrebt ist, diese Wahl zu einer Kraftprobe zu benutzen. Ein Kampf aller gegen alle scheint die unvermeidliche Folge. Und doch so ausichtslos es sein muß, den Kämpfenden in die Arme zu fallen, so notwendig ist doch immer wieder die Mahnung zur Besonnenheit. Müßen doch alle ersten Vaterlandsfreunde mit wachsender Sorge die zunehmende Schärfe im Kampf der staatsverhaltenden Parteien beobachten. Man möchte den Streitern zurufen: Bildet Ihr Euch wirklich ein, nach Vernichtung eines konservativen, eines liberalen Gegners mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden? Seht Ihr nicht, wie die Sozialdemokratie als lauchender Dritter daneben steht, sich die Hände reibt und in das Feuer bläst? Wo soll das hinführen?

Die Kreuzzeitung redet den Nationalliberalen mit dem umgekehrten Ende des Knüttels zu. — Im Anschluß an den Satz in dem nationalliberalen Flugblatt, die Zweite Kammer müsse eine Volkstammer sein, schreibt das Blatt:

Man kann sich daher auch gar nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie schließlich die Früchte dieser aufwiegelnden Agitation einheimst. Ihre Agitatoren werden sich die Ausbeutung dieses Flugblattes schwerlich entgehen lassen, um zu versuchen, die sächsische Zweite Kammer zu einer „Volkstammer“ zu machen in einem Sinne, der den Nationalliberalen recht wenig erwünscht sein dürfte. Schon die Art und Weise, wie von nationalliberaler Seite der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien für den Wahlkampf auf die Spitze zu treiben versucht wird, ist für die Sozialdemokratie nur förderlich. Wenn die sächsischen Nationalliberalen auf diesem Wege bleiben, so dürfen sie bald ebenso reif sein für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie wie ihre badischen Gefinnungsgenossen.

Das scheint, als wenn die Konservativen die nationalliberalen Radomontanden wirklich ernst nehmen. Das scheint aber auch nur so. Die Konservativen kennen ihre nationalliberalen Pappenheimer, die vor den Wahlen stets das Maul gehörig voll genommen haben, aber schließlich doch stets noch rechtzeitig in das konservative Maulseloch gefressen sind. So wird es auch diesmal werden. Die nationalliberale Allgemeine Zeitung in Chemnitz, das Organ Tiag-Langhammers, schreibt am Schluß eines Artikels über die politische Lage in Sachsen, der das Zusammengehen der bürgerlichen Parteien im 19. Reichstagswahlkreise rühmt:

Was aber für diese eine Reichstagswahl gilt, muß auch für die kommenden Landtagswahlen gelten: gemeinsame Abwehr des sozialdemokratischen Ansturms. Dazu ist erforderlich, daß die bürgerlichen Parteien bei ihrem getrennten Marschieren nicht das Ziel des späteren vereinigen Schlages außer acht lassen.

Na also! Die Kreuzzeitung braucht sich wirklich keine Kopfschmerzen zu machen, daß die Nationalliberalen ein Bündnis mit den Sozialdemokraten eingehen könnten. Ehe die Nationalliberalen, die der konservativen Herrschaft ein Ende machen wollen, einem Sozialdemokraten eine Stimme geben, verschreiben sie sich lieber der Reaktion mit Haut und Haaren. Die Sozialdemokraten aber sind die letzten, die auf Unterstützung aus den Kreisen der nationalliberalen Schwammringe rechnen.

Nationalliberale Wahlrechtsänderung.

er. In einer in Dresden abgehaltenen Wählerversammlung beschloß sich der nationalliberale Kandidat Landgerichtsdirektor Hettner auch mit dem Vierklassenwahlrecht. Ob das neue Wahlgesetz gut oder schlecht ist, wüßten, so erklärte er, die nächsten Wahlen zeigen. Um ein abschließendes Urteil zu gewinnen, werde man allerdings noch weitere Wahlen abwarten müssen, denn mit Rücksicht auf die Nachwirkungen der Reichsfinanzreform werde man kaum wissen, ob der Ausfall der diesmaligen Wahlen dem Wahlgesetz oder den Rückwirkungen der Reichsfinanzreform zuzuschreiben ist. Eine weitere Reform des Wahlrechts wolle er deshalb zunächst nicht in sein Programm aufnehmen, erst wenn die Wahlrechtsänderung ihren Zweck nicht erreichen sollte, das heißt, der Arbeiterklasse eine entsprechende Vertretung im Landtag zu sichern, müsse er freilich sein Programm ändern, denn daß die stärkste Partei in Sachsen, die Sozialdemokratie, im Landtage ohne Vertretung ist, sei ein ungeheurer und unnatürlicher Zustand. Werde diese Wirkung aber erreicht, dann soll man vorläufig ruhig abwarten. Keineswegs wüßte er aber die schon jetzt von der Sozialdemokratie wieder erhobene Forderung nach einem freiherrlichen Wahlrecht zu beruigen machen. Im übrigen verklärte Herr Hettner einmal über das andre, daß es gerade die nationalliberale Partei gewesen sei, die ein neues Wahlrecht schaffen wollte, das der Arbeiterklasse zum Vorteil gereiche. Eine große Anzahl Arbeiterwähler würden jetzt 3, viele sogar 4 Stimmen haben (!!!), nur die Sozialdemokratie sei es, die diese Vorteile des neuen Wahlrechts nicht anerkennen wolle.

Das ist eben das Bedauerliche, daß die Sozialdemokraten die nationalliberale Wahlrechtsänderung nicht als Ausfluß ihrer Volksfreundlichkeit anerkennen wollen. Doch in der Wahlbewegung und bei den Wahlen wird es den Herren schon planmäßig gemacht werden, wie das Volk über ihre Heuschrecke urteilt.

Bemerkenswert war die Mitteilung Hettners, daß nach einer Verordnung des Ministeriums alle diejenigen, die irgend einmal mit einem Steuerrecht im Rückstande geblieben sind, aus den Wählerlisten zu streichen sind. Dadurch wird die Mitteilung unfreies Dresdner Parteiblattes bestätigt, daß das Vorgehen der Behörden auf einer ministeriellen Anweisung beruht. Auch Herr Hettner war der Meinung, daß diese Anordnung kaum mit dem § 10 des Wahlgesetzes in Einklang zu bringen sei. In der Versammlung erfuhr aber auch eine andre Verurteilung der Dresdner Volkszeitung ihre Bestätigung, nämlich das Gerücht, daß die bürgerlichen Parteien schon seit Wochen im Besitze der Wählerlisten und der Zahl der Mehrstimmen in den einzelnen Wahlkreisen seien. Einem Vertreter der Dresdner Volkszeitung sind diese Zahlen, wie wir gestern mitteilten, bekanntlich ausdrücklich verweigert worden. Wahrscheinlich nahm die Wahlgeschäftsstelle an, daß, weil im Wahlgesetz selbst die Gleichheit der Wähler aufgehoben sei, die Sozialdemokraten auch in den die Wahl betreffenden Angelegenheiten nicht auf gleichem Fuße mit den bürgerlichen Parteien behandelt zu werden brauchen.

Mangel an Krankenhäusern.

Unglaubliche Zustände herrschen in Zwickau auf dem Gebiete des Krankenheilwesens. Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß sowohl das Kreiskrankenhaus Zwickau wie auch andre Krankenhäuser die Aufnahme mehrerer Typhuskranker abgelehnt hätten, weil kein Platz vorhanden war. Jetzt läßt ein Arzt im Zwickauer Amtsblatt den Ruf nach Krankenhäusern erschallen. Der Schreiber spricht in dem Eingefandten von einem Notstand, der schon lange bestünde und drückend empfunden werde, durch die Nichtaufnahme der Typhuskranken aber nur aller Welt Mißtrau geworden sei. Der Arzt stellt durch sein Eingefandt

fest, daß in Zwickau ein bedenklicher Mangel an sozialen Einrichtungen besteht, den wir, so lesen wir in unserm Zwickauer Parteiblatt, so und so oft betont haben, wofür wir aber als Helfer und Stützen begehrt worden sind. So sagt z. B. der Schreiber, daß in sehr vielen Fällen weder die Familie, noch die Krankenkasse in der Lage sei, eine ausreichende Behandlung bieten zu können. In der Familie fehle es oft am Nötigsten: an einer zweckmäßigen Lagerstätte, an frischer guter Luft, an sachgemäßer Ernährung, an der Ruhe, welcher Schwerkranker bedürfen, und an sachverständiger Pflege. So komme es, daß in vielen Fällen der günstige Erfolg ausbleibe, und daß der Mangel einer zweckmäßigen Unterkunft von dem Kranken und dessen Angehörigen bitter empfunden werde. Der Notwendigkeit gegenüber, die Kranken sobald als möglich den Krankenanstalten zuzuwenden, reizen die bestehenden Anstalten nicht aus, denn nach dem Jahresbericht des Krankenstiftes über 1908 mußten in dieser Anstalt in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1908 135 Aufnahmeanträge, und in der Zeit vom 1. Januar bis 6. April 1909 102 innere Kranke von der Anstaltsdirektion abgewiesen werden, sagt der Einfender. Wie schlimm es heute mit der Unterbringung von gemeingefährlichen Geisteskranken in Krankenanstalten aussehe, schildert der Einfender in folgenden Worten: „Die psychiatrischen Anstalten sind überfüllt; sie nehmen Kranke in der Regel nur nach unumstößlicher außeranständlicher Beobachtung und eingehenden Berichten auf. Ehe zustimmende Erklärung erfolgt, vergehen mehrere Tage, nicht selten Wochen. Inzwischen bleibt der Geistesgestörte in der Familie, verursacht die ungeheure Aufregung, bedingt nicht selten, wenn Tobsucht ausbricht, die dauernde Anwesenheit von 2 bis 3 handfesten Männern, und die geistige Zerrüttung des Kranken macht schnelle, später schwer zu beseitigende Fortschritte. So wird die Befolgung der alten Regel, Geistesgestörte schnellstens aus ihrer gewohnten Umgebung zu entfernen und der Anstaltsbehandlung zuzuführen, unmöglich gemacht.“

Hier greift doch der Notstand in der Krankenhausbearbeitung aus allen Knopflöchern hervor. Es ist bemerkenswert, dies auch im Amtsblatt konstatiert zu finden, das in bezug auf die soziale Fürsorge die überschwenglichsten Lobeshymnen auf die bürgerliche Gesellschaft zu singen weiß. Der Einfender ist aber, so meint unser Parteiblatt, falsch unterrichtet, wenn er annimmt, die Krankenkassen könnten zur Hebung dieses Übels etwas tun, indem sie durch Zusammenschaffung größerer Distrikte die Erziehung eines gemeinsamen Krankenhauses fördern sollten. Bekanntlich kostet ein Krankenhaus Geld, und das haben die Krankenkassen nicht übrig. Diese sind meist froh, wenn sie den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen können. Der soziale Ausbau und die Erlangung des Einflusses auf das soziale Leben aber wird den Kassen auf alle Art und Weise erschwert. Wie können sie dann zur Lösung solcher Probleme kommen? Auch die armen Vandemündigen sind nicht imstande, höhere soziale Lasten auf sich zu nehmen. Die meisten haben schon an den Schulden genug zu tragen. Hier muß der Staat eingreifen. Aber leider, zur Erfüllung kultureller Aufgaben ist bekanntlich nie Geld im Staatsäckel. Da gehen höchst unwichtige Dinge stets vor. Der Einfender irrt daher, wenn er glaubt, daß es nur eines dementsprechenden Anstoßes bei der Regierung und den Landständen bedarf, um in dieser Beziehung Remedur zu schaffen.

Das sind Zustände in einer sächsischen Großstadt, die man schlechterdings für unmöglich halten sollte!

z. Das Koalitionsrecht und die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Das Bestreben, den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht einzuräumen, hat in den Kreisen der Agrarier stets den schärfsten Widerstand hervorgerufen, weil dann die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Lage versetzt werden, für sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Wie not das tut, dürfte aus einem Briefe zu ersehen sein, den ein landwirtschaftlicher Arbeiter geschrieben hat. Er beschreibt die Zustände auf dem Gute des Besitzers Wilhelm Engler in Döberitz. Ueber die Behandlung heißt es, daß sie stumpf und grob sei. Die Kost bestehe aus riechendem Fleisch, das von Maden wimmelt. Im übrigen gibt es halbsatt zu essen, so daß die Arbeiter gezwungen waren, im Gasthof zu essen. Der Kaffee ist wegen seines Sefens- und Sodagehalts nicht zu trinken. Der Schnaps zum Frühstück und Besper ist reichlich mit Wasser gemischt. Die Schlafräume sind enge, riechend und von Ungeziefer wimmelnd, da der Leutewechsel sehr groß ist und niemals die Betten gereinigt werden. Dem Dienstmädchen, das seit Neujahr auf dem Gute ist, ist nicht bekannt, daß die Betten niemals überzogen oder gereinigt worden sind. Bei einer Arbeitszeit von früh 3 Uhr an bis abends 9 Uhr müssen die Arbeiter noch den Vorwurf einstecken, daß sie nicht genug machen.

Es liegt klar auf der Hand, daß in diesen Betrieben einmal ordentlich hineingeseucht zu werden verdient. Man kann nicht begreifen, daß unter den Augen einer Ortsbehörde, die doch sonst von allem Möglichen und Unmöglichsten unterrichtet ist, derartige Zustände existieren können. Um so mehr gibt das dem landwirtschaftlichen Arbeiter ein Recht zu verlangen, daß die Gesundheitsordnung abgesehen und ihm das Recht zugesprochen wird, sich zu organisieren, damit er sich selbst bessere Zustände erringen kann.

Zwickau. Bei der Schlagwetterexplosion auf dem Wilhelmshaus II sind insgesamt zehn Arbeiter zu Schaden gekommen, von denen zwei ihren Verletzungen erliegen sind. Angeblüh ist ohne Genehmigung der Betriebsbeamten in dem Unglücksort die Sonderweiterführung unterbrochen und der Ort nicht vorsichtig untersucht worden. Auf dem Wilhelmshaus II ist, wie selbsterzählt wurde, vor mehreren Monaten bei der Mannschaftsänderung auch das schwere Unglück geschehen, wobei 24 Arbeiter zu Schaden kamen, von denen acht den erlittenen Verletzungen erliegen sind.

Plauen. Einige Einwohner des Stadtteils Thierschitz haben schon eiltige Rate den Rat gebeten, die seit dem Jahre 1903 in acht Klassen eingerichtete 8. Bürgerschule wieder in eine sechs-klassige umzuwandeln. Als vor einigen Monaten der im Ortsteil Thierschitz wohnende Stadtverordnete auch im Rathhaussaal das gleiche Ansinnen stellte, wurde er vom Oberbürgermeister gebührend zurückgewiesen. Und jetzt hat der Stadtrat beschlossen, diesem Ansinnen von Ostern 1910 ab stattzugeben. Unter Zustimmung der Stadtverordneten und der anwesenden Ratsmitglieder hat vor kurzer Zeit der Oberbürgermeister ganz mit Recht dieses Ansinnen als rückschrittlich und die dafür ins Feld geführten Gründe als nicht stichhaltig bezeichnet. Und heute stimmt der Stadtrat diesem Rückschritt zu. Dieser Beschluß des Stadtrats der „Großstadt“ Plauen wird in der Zeit der sächsischen Schulreform in ganz Deutschland — Mitleid erregen.

Mittweida. Nachdem vor einiger Zeit in der Stadt die Polizeistunde wieder aufgehoben worden ist, hat nun auch die Amtshauptmannschaft die Polizeistunde in den Nachbargemeinden Altmittweida, Erlau, Frankenu, Rodisch, Rauenstein und

Ringelthal versuchsweise außer Kraft gesetzt. Sollte sich aber die Maßnahme nicht bewähren, soll die Polizeistunde wieder eingeführt werden.

Neine Nachrichten aus dem Lande. Die Strafkammer zu Dresden verurteilte den Sekretär Müller, der im Karolahaufe 6000 Mark unterschlagen hatte, damit gestraft war und in Bonn verhaftet wurde, zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. — Im Goldenen Löwen zu Bursdorf bei Burgstädt kam es während der Langmusk zu Reibereien zwischen jungen Burschen aus Bursdorf und einigen jungen Leuten, anscheinend Technikern oder Monteuren. Der Streit setzte sich auch auf der Straße fort. Plötzlich wurde der Steinbrüderlehrling Fündel von hinten in die Brust gestoßen und auch am Arme verletzt, so daß er, stark blutend, zusammenbrach. Der Zustand des Ueberfallenen soll nicht unbedenklich sein. Der Name des Täters wurde festgestellt. Auch sollen noch andre Personen verletzt worden sein. — Ein Einbruchdiebstahl wurde in einer der letzten Nächte im Gemeindegasthaus in Sänzen verübt. Doch der Dieb erntete weiter nichts als ein Vorlemonnaie mit einigen österreichischen Münzen. Durch den erwachten Gemeindevorstand Jungmann in seiner Arbeit geführt, ergriff der Dieb die Flucht. — Am Neubau des Gymnasiums in Plauen stürzte ein Gerüst zusammen. Drei Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen und erlitten Verletzungen. Schon vor einiger Zeit ist ein Arbeiter an diesem Bau tödlich verunglückt. — Die 70jährige Hausbesitzerin Friederike verw. Köpcke gilt als sehr vermögend. Als deren Sohn in die Wohnung seiner Mutter kam, fand er diese in einer Blutlache vor dem Bette liegend ermordet vor. Der Mörder hatte seinem Opfer ein Tuch in den Mund gesteckt und die Frau mit einem Hammer erschlagen. Der Unbekannte hatte alle Kisten durchwühlt. Ein Kind, das für, was der Mörder sein könnte, liegt noch nicht vor. — Auf dem Heimweg umgeradelt und zu Boden geworfen wurde bei Stolberg von dem Schlosser Richard Uhlig auf abschüssiger Straße der Bezirksanwaltskassier Gustav Neuberger. Er erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß er bewußtlos niederlegte und an seinem Aufkommen gezwweifelt wird.

Aus den Nachbargebieten.

st. Aus Sachsen-Weimar. Großer Jammer herrscht in den Kreisen der christlichen Junfbrüder darüber, daß das in Weimar vom Gewerbeverein unterhaltene Lehrlingsheim leersteht, während die im Volkshaufe von der Arbeiterschaft arrangierten Unterhaltungsstunden für jugendliche Arbeiter sich eines steigenden Besuches zu erfreuen haben. Das hat in der Handwerkerkammer dazu geführt, Erörterungen darüber anzustellen, ob nicht die Regelung des Lehrlingswesens eine Handhabe biete, der „sozialdemokratischen Beeinflussung der heranwachsenden Jugend“ Einhalt zu tun. Selbstverständlich hat sich auch die Regierung bereit, ihren Sens dazu zu geben. Es soll der einseitigen politischen Ausbildung der Jugend mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Unter „allem Nachdruck“ sind natürlich polizeiliche Zwangsmaßnahmen zu verstehen. Und so kamen schließlich die christlichen Junfbrüder dazu, der Regierung zu empfehlen, eine Bestimmung zu erlassen: „Der Besuch politischer Versammlungen und politischer Vereinshäuser ist den Lehrlingen untersagt. Für die Einhaltung dieser Vorschrift ist der Lehrling verantwortlich.“ Daß der Besuch politischer Versammlungen Personen unter 18 Jahren schon durch das Reichsvereinsgesetz untersagt ist, haben die Junfbrüder in ihrer Aufregung ganz vergessen oder sie haben es nicht gewußt, und beweisen dann damit, wie schwach es mit ihrer Gesetzkunde im allgemeinen bestellt ist. Daß die weimarische Regierung diesen drohenden Einfall der Junfbrüder an irgendeinem Uras anstößt, ist sicher zu erwarten, der Erfolg wird aber noch länger Zeit die Herren davon überzeugen, daß sie wieder einmal etwas gemacht haben, was das Gegenteil von Klugheit und Weisheit ist.

Greiz. Das Direktorium der höheren Mädterschule in Greiz hat sich veranlaßt gesehen, zu verbieten, daß die Schülerinnen nach eingetretener Dunkelheit ohne Begleitung Erwachsener auf die Straße gehen. Besuche von Konduktoren usw. sind ebenfalls nur in Begleitung Erwachsener gestattet. Gegen die Uebertretung des Verbotes wird die Anstalt streng, eventuell mit Entlassung aus der Schule, einschreiten. Die Ursache zu dieser Maßnahme ist darin zu suchen, daß Schülerinnen der oberen Klassen wiederholt mit Schülern persönlichen und brieflichen Verkehr hatten. O, diese höheren Töchter!

Quittung.

Für den Generalkreis in Schweden sind bei uns eingegangen:

Bereits quittiert	8041.28
Fußballklub Hohenzollern, Extratour, Westendhallen	12.—
Cambrinus, Lindenau, Obermannstraße	2.80
Freie Turnerschaft Jöblyger	5.05
Vokalverein der Maschinisten und Geizer von Leipzig und Umgegend	100.—
Beim letzten billigen Biere in Crostewitz	8.25
Freunde Sängerrunde, Schloßgasse	1.80
Verregnetes Kinderfest des Gesangvereins (Drei)-Einigkeit Leipzig-Ost	18.50
Doppelkopf, Floriabad	—20
Von den bayrischen und österreichischen Kollegen, Kohlenberg, Neudja	4.50
Vom Kollegen Wadewitz, ebendasselbst	—50
Das Arbeitspersonal der Firma Kirschbaum & Hellweg, Bahren	12.00
Vauchsches Schicht, Nachpartie	8.05
Schwedenkopf	1.50
Karlshaber Kaffee, nicht getrunken	—25
Glasarbeiter, 4. Rate	14.—
Blüfetter und die festen Kellner des Volkshauses	10.—
Ortsverein Großdeuben, Extratour	8.86
Unverbefferlich	1.—
Arbeiter der Firma Lehmann, Plagwitz	80.20
Extratour beim 10jährigen Stiftungsfest der Raker	14.85
Ausflug des Vereins für Männerwohl nach Wackau, wenn auch bloß 2 paar Aktive da waren	3.—
Von den Maulaffen bei Verfertigung des Saalneubaus im Volkshaus	2.90
Bannerübergabe, Edelweiß	2.25
Ortsverein L.-Kleinshocher, Schwedentanz am 4. Sept.	20.60
Arbeiterabfahrerverein Holzhausen	5.—
Erntefest, Wahren	1.10
Auch in der Markthalle in solidarischer Bewunderung der proletarischen Energie der Schweden gedacht	2.80
Arbeiter der Ristenfabrik Robert Bähr, Berliner Str. 77, außer einem	13.—
Alte Eigenkraut	3.—
Vertholds Hochzeit	1.52
Parmlose im blauen Saal, Texas	1.50
Zweigverein der Raurer, Eilenburg, d. Emil Wähler, 10.05 Mk. und vom Kränzchen der Raurer, Perrentanz 2.45 Mk., Damentanz 2.45 Mk.	24.85
Von den Arbeitern der Firma Klein & Unger	15.25
Quorum nach der Generalversammlung der Freien Turner, Marktstraße	3.—
Von den Arbeitern der Pianofortefabrik Förster & Co.	10.55
Marktgeher B. u. A.	2.50
Summa:	4018.81

Die Expedition.

Flugblatt-Verbreitung.

Donnerstag, den 9. September, abends 6 Uhr.

Die Genossen des 12. Reichstagswahlkreises treffen sich in den ihnen bekannten Lokalen. Die Vereinsmitglieder, die sich an der Verbreitung beteiligen, wollen sich in folgenden Lokalen einfinden:

12. Wahlkreis:

Süden, Volkshaus, Zeiger Straße 32.
Osten, Pantheon, Dresdner Straße 20.
 Restaurant Siebert, Tauchaer Straße 24.
 Restaurant Goldner Ring, Glockenstraße 4.
Westen I, Restaurant zur Morgenröte, Hauptmannstraße 7.
Westen II, Restaurant Donath (Vogtländ. Schweiz), Poniatowskystraße.
Norden, Restaurant P. Schertel, Nordstraße 24.
Zentrum, Restaurant D. Koops, Neumarkt 8.

13. Wahlkreis:

Ost-Bezirk:

Reudnitz, Restaurant Erholung, Comeniusstraße.
Volkmarisdorf, Restaurant A. Kühne, Hildegardstr.
Anger, Restaurant Grüne Aue, Bernhardtstraße.
Neustadt, Restaurant Goldner Löwe, Weißnerstraße.
Sellerhausen, Restaurant Germania, Buchnerstr.
Neuschönefeld, Sophienschlößchen, Konradstraße.
Schönefeld, Restaurant Waldschlößchen, Hauptstraße.
Stünz, Restaurant Landhaus.
Paunsdorf, Alter Gasthof.
Borsdorf, Restaurant Feldschlößchen.
Sommerfeld-Engelsdorf, Bahnhofrestaurant.
Taucha, Deutsches Haus.
Brandis, Parkschlößchen.
Naunhof, Trompeterschlößchen.

Süd-Bezirk:

Connewitz, Restaurant Gambrinus.
Lössnig, Restaurant Gambrinus.
Oetzsch, Restaurant Hopfenblüte.
Dölitz-Dösen, Restaurant Friedensseiche, Dölitz.
Markkleeberg, Gasthof Heiterer Blick.
Crostwitz-Cröbern, Gasthof Crostwitz.
Gaschwitz, Roter Hirsch.
Grossdeuben, Weißes Ross.
Zehmen, Gasthof Zehmen.
Rötha, Gasthof Gewiß.
Gautzsch, Restaurant Thüringer Hof.
Zöbiger, Restaurant Friedensseiche.
Zwenkau, Restaurant Goldner Adler.

Nord-Bezirk:

Eutritzsch, Restaurant Brauhof, Obeliger Str. 13.
Gohlis, Restaurant Wöschhof, Georgstraße 21.
Möckern, bei den bekannten Stellen.
Wahren, Restaurant Birkenhölzchen (bei Rauch).
Lindenthal, Restaurant Lindengarten.
Stahmeln, Restaurant zur Post.
Lützschena, Vereins-Kasino.
Alt-Mockau, Neuer Gasthof, Stollberg.
Neu-Mockau, Lagerhalter W. Stöhr.
Mittel-Mockau, Restaurant Hermannsruhe.
Wiederitzsch, Bergschlößchen.
Portitz, Gasthof.
Thekla, Restaurant Hans Steinberg.

West-Bezirk:

Lindenau, Filiale der Leipziger Volkszeitung.
Plagwitz-Schleussig, Kamerun, Nonnenstraße.
Kleinzschocher, Restaurant Bürgergarten.
Grosszschocher, Restaurant zum goldenen Kreuz.
Knautkleeberg, Restaurant Ratskeller.
Bösdorf, Gasthof Bösdorf.
Eythra, Gasthof Reichsadler.
Leutzsch, Restaurant Vater Jahn.
Böhlitz-Ehrenberg, Grüne Aue.
Burghausen, Gasthof.
Rückmarsdorf, Gasthof Sandberg.
Schönau, Alter Gasthof.
Grossdölzig, Goldner Löwe.
Lausen, Gasthof Lausen.
Markranstädt, Restaurant Parlschänke.
Seebenisch, Gasthof.

Südost-Bezirk:

Thonberg, Gasthof Neureudnitz.
Stötteritz, Restaurant Henne, Kreuzstraße.
Mölkau, Restaurant Neue Welt.
Probstheida, Restaurant Julius.
Holzhausen-Zuckelhausen, Gasthof zum sächsischen Haus.
Liebertwolkwitz, Restaurant Schwarzes Ross.
Sestewitz u. Umgeg., Gasthof Schießgraben.
Wachau, Fiedlers Gasthof.

Die Vereinsmitglieder werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Das Agitationskomitee.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie.
 Ziehung: 16. - 21. Septbr.
 10033 Gold-Gewinne u. 1 Prämie, darüber ohne Abzug, in Betrage von Mark

192500
 Im glücklichsten Falle ist der größte Gewinn Mark

75000
 Prämie und Hauptgewinn:

50000
25000
10000
5000

1 Gew. à 3000 = 3000
 1 " " 2000 = 2000
 3 " " 1000 = 3000
 5 " " 500 = 2500
 10 " " 300 = 3000
 20 " " 200 = 4000
 50 " " 100 = 5000
 140 " " 50 = 7000
 300 " " 30 = 9000
 600 " " 20 = 12000
 1500 " " 10 = 15000
 7400 " " 5 = 37000

Losse à 3 Mk. (Porto und Liste nach auswärts 30 Pf. mehr) sind zu haben bei den Herren Kollektoren der K. S. Landes-Lotterie, in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und beim General-Debit.

Alexander Hessel
 Dresden, Weissgasse 1.

Teppiche
 mit kaum sichtbaren kleinen **Webefehlern**
 in allen Qualitäten, ohne Rücksicht auf frühere Preise, wegen Verjahlung stauend **billig.** [2590*]

Gardinen-
 Reste, von 1 bis 4 Fenster passend, und **Stores** in 1, 2, 3 bis 5 Fenster.

Reisemuster
Portieren-, Tisch- und Chaiselongue-Decken, Leinen-Plüsch, Velvets, Sofa- und Bettdecken, Steppdecken, Läuferstoffe Vorlagen.

Althberg & Salisch
 Schützenstr. 15, I. u. II.

Möbel
 kompl. Wohnungs-Einricht.
 möbl. lackiert u. furniert.

1 Schrank 30.- 50.-
 1 Vertiko 36.- 50.-
 1 Sofa 40.- 60.-
 1 Sofatisch 12.- 20.-
 4 Stühle 14.- 24.-
 1 Trum-Spiegel 30.- 40.-
 2 Bettstellen 24.- 44.-
 2 Matratzen 36.- 36.-
 1 Waschtisch 12.- 22.-
 1 Waschl-Spiegel 4.- 8.-
 1 kompl. Küche 42.- 65.-
 Mk. 280.- 420.-

Baugl. Gar. Transp. fr. Wbn. Spl. Einr. v. 200-500 Mk. stets am Lager. Kataloge gratis.

Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
 Tauchaer Str. 32 (Battenberg) part., I. u. II. Etage.
 Auerf. billigste Bezugsquelle für solche Möbel.
 (Eig. Tischler- u. Holz- u. Werkst. Pl., Karl-Georg-Str. 61.)

Für sparsame Hausfrauen!
 Eisenbein-Seife ist die beste für die Wäsche. Eisenbein-Seife ist sparsam im Verbrauch. Eisenbein-Seife ist vollständig rein. Eisenbein-Seife ist nur echt mit Schutzmarke Elefant. Eisenbein-Seife kostet das Stück 10 Pfg.

Fabrikanten:
Günther & Gahner, Chemnitz-Kappel.
 In fast allen Materialwaren-, Seifen- u. Drogeriegeschäften, z. B. in Nachahmung, weisen m. zurück.

Pa. Imprägnierte echte schwedische Zündhölzer
 Keine Lagerware!
 Frisch aus Schweden bezogen!
 Wie bekannt, billig und gut!

M. Kayser, Moltkestr. 44, Leipzig.

Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinder-ichutz) e. V.
 Geschäftsstelle: **Hainstrasse 2, II.**
 geöffnet von 9-1 und 3-6 Uhr, nimmt Meldungen von Kinderelend und Mißhandlungen entgegen. [2518*]

Die Schlachtvieh- u. Fleischpreise in Leipzig im Monat August 1908.
 I. Preise für Schlachtvieh und frisches Fleisch für je 1 Pfund in Pfennigen

Fleischarten	Schlachtgewichts-Preise für				Preise für frisches Fleisch im Kleinhandel		
	1.	2.	3.	4.	gute	mittl.	schlechte
Ochsen							
1. Bratfleisch	82	74	68	—	110	105	90
a) ohne Knochen					90	85	75
b) mit Knochen					90	80	70
2. Kochfleisch							
Rühe (Kalben)	81	78	65	58			
1. Bratfleisch					100	90	80
a) ohne Knochen					85	80	70
b) mit Knochen					85	80	70
2. Kochfleisch							
Kälber							
1. Bratfleisch	88	78	57	—			
a) ohne Kn. (Schmelz, Frikandeau)					180	160	120
b) mit Knochen					90	80	70
2. Kochfleisch					80	75	65
Schafe (Lamm)							
1. Bratfleisch (Schäppel-)	86	80	—	—	100	90	80
2. Kochfleisch (Schäppel-)					90	85	75
Schweine							
1. Bratfleisch	74	71	—	—	100	90	85
2. Kochfleisch					90	85	80
3. Schweinefleisch					50	40	30

II. Preise für Fleischwaren (zubereitetes oder verarbeitetes Fleisch) für je 1 Pfund in Pfennigen

Arten der Fleischwaren	Preise		
	gute	mittl.	schlechte
Dackfleisch	120	85	
Schweinefleisch	100	90	
Schinken	140	120	
a) ohne Knochen	110	105	
b) mit Knochen	180	160	
c) ausgeknitten	100	90	
Schwarzfleisch und Speck	100	90	
Wurst	100	80	
a) Blut- oder Rotwurst	120	100	
b) Leberwurst	100	90	
c) Fleischwurst (Wett-, Knackwurst etc.)	100	70	
d) Silgenwurst	80	70	
Schmalz	80	80	
a) Rindertalg, roh	80	80	
b) Schweineschmalz, roh	80	80	
ausgeschmolzen	100	100	

Südvorstadt. Möbelhallen
Carl Sanger, jetzt Braustr. 29.
Wohnungs-Einrichtungen
 sämtliche Möbel
 wegen Aufgabe des Geschäftes teils zum, teils unterm Selbstkostenpreis. [18950*]

Polzwaren.
 Bevor Sie solche kaufen besichtig. Sie mein reichhalt. Lager

B. Ackermann
 Telefon 10885. — Geogr. 1896
 jetzt Brühl 26, III. Etg.
 Alle Reparaturen und Umarbeitungen sauber u. gut zu bekannt billigen Preisen. [18616]

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre
 von **Julian Borchardt.**
 Preis 40 Pfg.
Volksbuchhandlung
 Leipzig, Tauchaer Str. 19, 21.

Alle Austräger der Volkszeitung
 nehmen Bestellungen entgegen auf die neu erschienenen Bändchen der

Deutschen Jugendbücherei
 à 10 Pfg.

Es gilt die Bekämpfung der Schundbücher-greulichen und patriotischen Inhaltes -, das Hinauswerfen dieses geistigen Unrates aus den Köpfen der
 * * * * * Jugend! * * * * *

Es sind weiter erschienen:
Pfadfinder. I. Auf dem Oswego. II. Kampf auf den Tausendinseln. Von J. F. Coopers.
Für Knaben besonders geeignete Indianergeschichten!
Tito, Die Geschichte einer Prärie-Wölfin.
 Von Ernest Seton Tompson.
 Zu haben in der
Volksbuchhandlung Leipzig
 Tauchaer Strasse 19/21 und sämtlichen Filialen.

Geld-Lotterie.
 Meissner-Dombaulose, 16. - 21. Sept. Völkerschlauchtlose, 15. November. Los 3 Mk. Porto u. Liste je 30 P. Berl. u. Münch. Kunstl. J. u. 2. Mockauer u. Taubstommenl. 1. Dresden Wohlfahrtsl. 1. Nov. 1.4

Friedrich Köthe
 Leipzig, Albrechtstr. 5.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. September.

Geschichtskalender. 8. September 1778: Der Dichter Clemens Brentano in Ehrenbreitstein geboren. 1831: Der Dichter Wilhelm Raabe in Eschershausen geboren. 1841: Der Komponist Anton Dvorak in Mählfäulen (Böhmen) geboren. 1855: Sebastopol fällt nach der Erstürmung des Malakowturmes in die Hände der Franzosen. 1804: Der Romanschristfeller Johannes Michard zur Megebe in Sagan geboren. 1804: Der Naturforscher Helmholz in Charlottenburg gestorben.

Sonnenaufgang: 5,28, Sonnenuntergang: 6,32. Monduntergang: 3,58 nachm., Mondaufgang: 11,10 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 9. September: Ostwind, heiter, warm, trocken.

Parteiangelegenheiten.

Für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands finden folgende Veranstaltungen statt:

Am Sonntag, den 12. September, abends 7 Uhr, Eröffnung des Parteitages im großen Saale des Volkshauses. Vor Eintritt in die Verhandlungen und nach Schluß derselben singen die Mähleschen Männerchöre die Lieder: Krönt den Tag und Der Sturm.

Montag, früh 9 Uhr, und folgende Tage bis Sonnabend findet im gleichen Lokal die Fortsetzung der Verhandlungen des Parteitages statt.

Dienstag, den 14. September, abends 8 Uhr, Begrüßungsfest der Partei: Mitglieder in der Albertshalle (Kryskopalast), unter Mitwirkung der Mähleschen Männerchöre und der Musiker unter Direktion von Schilke.

Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr, Festvorstellung im Alten Stadttheater. Zur Aufführung gelangen Die Kreuzschreiber von Kugensgruber.

Außerdem findet am Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. September, die Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse statt. Während der Dauer des Parteitages veranstalten die Jugendorganisationen eine Ausstellung von Schriften usw. im Volkshaus.

Für die Presse und die Delegierten ist ein amtliches Hilfspostamt im Volkshaus mit Post-, Telefon- und Telegraphenverkehr errichtet.

Zum Eröffnungstage und zu den Verhandlungen des Parteitages an den Wochentagen werden auch an der Tageskasse, soweit noch Karten vorhanden sind, Eintrittskarten für den Tag geltend ausgegeben. Der Preis der Karte beträgt für Parteimitglieder 0,50 Mk., für Nichtparteimitglieder ist ein höherer Betrag zu entrichten. Genossen und Genossinnen, die Zutritt haben wollen, haben sich als Parteimitglieder auszuweisen. Zweckdienlich wird es sein, die Karten vorher im Bezirksparteisekretariat, Zelter Straße 22, 4. Etage, zu entnehmen. Ein Umtausch von Eintrittskarten gegen Parteitagsondmarken kann nur noch ausnahmsweise in beschränktem Umfang geschehen.

Zu der Begrüßungsfest in der Albertshalle werden, soweit die Plätze nicht für Delegierte und Inhaber von Dauerkarten beansprucht werden, Eintrittskarten à 0,30 Mk. für Sitzplätze und 0,25 Mk. für Galerieplätze abgegeben. Die Ausgabe der Karten erfolgt Ende der Woche und sind von den Bezirksvertretern zu entnehmen. Diese Eintrittskarten können nicht gegen Parteitagsondmarken eingetauscht werden.

Für die Festvorstellung im Alten Theater haben Dauerkarten keine Gültigkeit. Soweit Plätze frei sind, werden sie zum Preise von 1 Mk., Galerie 0,25 Mk. an Parteigenossen abgegeben. Eintrittskarten sind ebenfalls von den Bezirksvertretern zu entnehmen.

Die Plätze in der Albertshalle und im Alten Stadttheater werden, mit Ausnahme der der Delegierten und der Galerieplätze, untergeschloß ausgelegt.

Wir bitten, vorstehendes zu beachten und dem Komitee sowie den zur Dienstleistung für den Parteitag berufenen Genossen damit die Arbeit wesentlich zu erleichtern.

Das Parteitagskomitee. Alf. Ripinski.

Mittelständlerische Wahlagitation.

Ueber die Aufgaben des Landtags sprach Herr Stadtverordneter und Architekt Höhne, der als Mittelständler-Mischmarisch-Kandidat im 3. Leipziger Wahlkreis aufgestellt ist, in einer Wählerversammlung im großen Saale des Schloßhellers. Zur festgesetzten Zeit hatten sich ganze 15 Personen eingefunden, trotzdem die Nationalliberalen ihre Anhänger noch besonders zum Besuche der Versammlung aufgefordert hatten. Erst nach einstündigem Warten konnte Herr Höhne vor den Erschienenen, deren Zahl auf etwa 100 angeschwollen war, sein „Programm“ entwickeln. Herr Höhne will nur ein Vertreter des Mittelstandes sein und auf die Stimmen der Mittelständler allein rechnet er. Dafür verspricht er diesen, für alles einzutreten, was bisher die konservativ-antiliberalen Mittelstandsfreunde zur „Retten des Mittelstandes“ gefordert haben. Die Gewerbetreibenden leiden unter dem Submissionswesen und der Konkurrenz der Staatsbetriebe, mithin muß hier eine durchgreifende Aenderung eintreten, zumal die großen Staatsbetriebe — teurer arbeiten als die Kleinbetriebe! Den Kleinkaufleuten ist die Konkurrenz der Warenhäuser und Konsumvereine gefährlich, also muß eine hohe Umsatzsteuer her. Für die armen Hausbesitzer hat Herr Höhne ein besonders warmes Herz. Die Ärmsten leiden unter dem sächsischen Baugesetz, das ihnen verbietet, jeden Winkel ihres Hauses als Wohnung zu vermieten, und das deshalb beseitigt werden muß. Ferner werden sie so von Steuern und Abgaben bedrückt, daß Herr Höhne schon den schrecklichen Tag nahe sieht, wo der hohen Abgaben wegen überhaupt kein Besitzwechsel mehr stattfinden wird.

Daß er die Wertzuwachssteuer verwirft, versteht sich am Rande. Ebenso müssen den Baugenossenschaften die billigen Baugelder entzogen werden. Dem „neuen Mittelstand“ will Herr Höhne helfen, indem er den Beamten und sonstigen Angestellten verspricht, nach Möglichkeit für die Einschränkung der Frauenarbeit einzutreten. Schließlich fordert er noch eine Reform der Ersten Kammer, weil diese den modernen Ansprüchen nicht genügt, denn sie hat ja — die Umsatzsteuer abgelehnt.

Das ist das Programm des Herrn Höhne. Mit keinem Worte berührte er die Wahlrechtsfrage, mit keinem Worte das Finanzelend Sachsens. Es muß überall gesparrt werden — das war alles, was er zu sagen mußte. Und dieser Kandidat bezeichnet sich als einen Liberalen, ja sogar einen freisinnigen Mann!

Der gewerbliche Mittelstand mag in einem solchen konsensuellen Politikfeld, der die ganze Welt vom Krämerstandpunkt aus eingerichtet wissen will, seinen Mann erkennen, bei der übrigen Wählerschaft aber hat er nicht einmal auf die Unterstützung durch den „neuen“ Mittelstand zu rechnen. Wie ein eben von dem Vorsitzenden des Vereins der Festbesoldeten an die Mitglieder verbreitetes Flugblatt mittelst, haben die Reform- und Mittelstandspartei dem Verein der Festbesoldeten auf seine Anfrage, wie sie sich zu seinen Forderungen stellen, gar keine Antwort gegeben. Der Verein hat deshalb beschlossen, die liberalen Kandidaten zu unterstützen. Das wird einen schönen Durchfall für den Mittelständler Höhne geben!

Änderung der Verkehrsordnung. Die Stadtverordneten beantragten in der Sitzung vom 3. März auf Grund einer Eingabe der Verwaltungsstelle Leipzig des deutschen Transportarbeiterverbandes verschiedene Änderungen des § 48 der Verkehrsordnung. Der Rat ist dem Antrag zwar nicht in vollem Umfang beigetreten, hat aber im Einverständnis mit dem Polizeiamt beschlossen, an die Stelle der Absätze 1 und 2 des § 48 der Verkehrsordnung folgende Vorschriften als Absatz 1 treten zu lassen:

Bespannte Fuhrwerke dürfen nicht ohne Kuffst auf den Straßen und Plätzen stehen. Abweichend hiervon ist den Fuhrwerkführern solcher Fuhrwerke, die ruhige, an das Stillstehen gewöhnte Zugtiere haben, wenn dadurch der Verkehr nicht wesentlich gefährdet wird, nachgelassen a) in allen Straßen des Stadtgebietes sich zu halten, mit der Verwendung der Fuhrwerke unmittelbar zusammenhängenden Verrichtungen so lange, als unumgänglich nötig ist, jedoch keinesfalls länger als 10 Minuten von den Fuhrwerkführern zu entfernen, b) in den Straßen, in denen der Hausverkehr nicht beschränkt oder verboten ist oder die nicht ausdrücklich ausgenommen werden, bis zur Dauer von höchstens 20 Minuten in Schenk- oder Gastwirtschaft einzufahren. In diesem Falle dürfen sie jedoch ihre Geschirre nur unmittelbar vor dem Grundstück der Schenk- oder Gastwirtschaft, in die sie einkehren wollen, stehen lassen.

Diese Neuregelung soll zunächst nur als Versuch angesehen werden. Nach Jahresfrist will der Rat erwägen, ob es bei der Neuregelung ohne Schädigung der Verkehrsverhältnisse bleiben kann.

Mehr Licht will der Rat nun auch in der Schillerstraße, der Goethestraße sowie auf der Westseite und in der Mittelstraße des Augustusplatzes schaffen, nachdem seitens des Publikums und der Geschäftswelt die öffentliche Beleuchtung der Hauptverkehrsstraßen als nicht ausreichend bezeichnet wurde. Es sollen Versuche gemacht werden mit Intensivgaslicht und Gasdampflicht, das anderwärts schon seit längerer Zeit in großem Umfang und mit vollem Erfolge bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung Verwendung findet.

Nach dem Projekte, das der Rat den Stadtverordneten durch eine Vorlage unterbreitet, ist für das Straßenbild vom Peterstore bis zur Grimmaischen Straße Hängelichtbeleuchtung und für das Straßenbild von der Grimmaischen Straße bis zum Brühl Präflustgasbeleuchtung — Phoroslicht — vorgesehen. Die letztere Beleuchtungsart soll auch auf der Mittelstraße des Augustusplatzes Verwendung finden. Die Kosten für die geplante Hängelichtanlage belaufen sich auf 4500 Mk. Die Präflustgasbeleuchtungsanlage ist auf 11500 Mk. berechnet. Insgesamt erfordern sonach die in Aussicht genommenen Lichtanlagen einen Aufwand von 16000 Mk. Die gegenwärtigen Beleuchtungskosten auf der Westseite des Augustusplatzes von der Grimmaischen Straße bis zur Schule für Frauenberufe und auf der Schillerstraße von der Schule bis zum Peterstore betragen 2052,10 Mk. im Jahre. Die geplante Hängelichtbeleuchtung wird einen Jahresaufwand von rund 3488 Mk. erfordern. Die Betriebskosten steigen also um etwa ein Drittel; die Helligkeit dagegen wird sich um über das Dreifache erhöhen, noch günstiger ist das Verhältnis der Betriebskosten für die Präflustgasbeleuchtung. Zurzeit belaufen sich die Jahresbetriebskosten der Gasbeleuchtung auf der Mittelstraße des Augustusplatzes und auf der Goethestraße von der Grimmaischen Straße bis zum Brühl auf 2700 Mk. Wird dagegen für diese Straßen die Präflustgasbeleuchtung in dem mit dieser Vorlage beantragten Umfang eingeführt, dann werden die jährlichen Betriebskosten auf rund 2400 Mk. sinken, die erzielte Helligkeit dagegen wird von 5800 auf 10500 Fernerkerzen steigen. Außer acht gelassen ist dabei ein etwaiger bei Abgabe von Präflust an Private zu erwartender Gewinn.

Ein Bureaukratenstücklein, in dem der Rat von Leipzig den Arbeitern die Mißachtung ausdrückt, findet sich in einer Bekanntmachung in Nr. 246 des Leipziger Tageblattes. Es wird da über freiwillige Gaben quittiert: Durch Herrn Rechtsanwalt B. 30 Mk., durch Herrn Friedensrichter B. eine Anzahl Beträge, von dem Handarbeiter Otto N., von Herrn Prokurist Hugo S. verschuldete Beträge; dann heißt es: 5 Mk. von Herrn Julius G. an uns abgetretene, ihm an den Schlosser Rudolf Eich Sch. zustehenden Forderung.

Man sieht, die Leipziger Stadtvertretung paßt sich in den Rahmen des sächsischen Staates mit seinen vierklassigen Wählern, sie sieht sich genau vor mit der Klassifizierung der Einwohner, daß dem Arbeiter nicht die gleiche Ehre in der Anrede zuteil wird wie dem Herrn Rechtsanwalt, dem Herrn Friedensrichter und dem Prokuristen.

Hilfe im Bierkrieg sollen die Gastwirte erhalten. Drei Herren, die über ein Vermögen von vier Millionen Mark verfügen, sollen sich an das Aktionskomitee der Gastwirte gewandt und sich bereit erklärt haben, drei Millionen Mark den Gastwirten zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre Verbindlichkeiten bei den Brauereien lösen können. Die Geldgeber sollen dann beabsichtigen, eine Brauerei zu erwerben und zu einem Großbetrieb umzu-

gestalten. Dem Aktionsausschuß ist, wie man uns mitteilt, offiziell dieses Anerbieten nicht gemacht worden. Es ist also mindestens zweifelhaft, ob sich die am Freitag stattfindende Versammlung der Gastwirte schon mit dieser Angelegenheit befassen wird, wie man verschiedenfach annimmt.

Die Flaschenbierhändler wollten zur Bierpreisfrage gestern in einer Versammlung im Pantheon Stellung nehmen. Es waren jedoch nur wenig Händler erschienen und konnte die Versammlung aus diesem Grunde nicht stattfinden.

Eine Nachbewilligung von 10125 Mark für Beschaffung von Packlager zu der Straßenbefestigung über Kabelgruben des Elektrizitätswerkes fordert der Rat von den Stadtverordneten. Die Forderung wird damit begründet, daß im laufenden Jahre seitens des städtischen Elektrizitätswerkes in allen Teilen der Stadt zum Zweck der Kabellegung so viele und umfangreiche Aufgrabungen vorgenommen wurden, daß die zur Verfügung stehende Summe nicht ausreichte.

Grundstücksverkäufe in Leipzig. Im Monat August 1909 sind 40 bebauten Grundstücke zum Gesamtpreis von 5654754 Mk. und 16 unbebaute Grundstücke für die Kaufsumme von 613938,50 Mk. verkauft worden.

Gefärbte und gefälschte Wurst. In den Brühwürstchen des Fleischer B. war Kartoffelstärke gefunden worden; derartige Stoffe erwartet das laufende Publikum nicht, und da der Verkauf der Würstchen unter Verschweigung dieses Umstandes erfolgte, so ist das Publikum dadurch getäuscht worden. Ferner war die Hülle der Würstchen mit einem Teerfarbstoff rötlich im Fleischofen gefärbt, was ebenfalls unzulässig ist. Der Angeklagte machte geltend, daß die Fleischerinnung ihren Mitgliedern bekannt gegeben hat, daß 2 Prozent Kartoffelstärke in der Wurst enthalten sein dürfen. Hierauf stellte der Sachverständige fest, daß der Rat der Stadt nur bekannt gegeben habe, daß er es nicht verfolgen wolle, wenn nicht über 2 Proz. Kartoffelstärke verwendet werden; Bedingung aber sei, daß die Kartoffelstärke deklariert wird. Der Angeklagte wurde wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Versicherungsangestellten. Wohl in keinem Berufe sind die Lebensverhältnisse der Angestellten derart unter aller Kritik, wie im Versicherungsgewerbe. Trotzdem hat diese Kategorie von Arbeitern bisher die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens nicht begriffen. Das bewies wieder einmal eine Versammlung, die von dem neugegründeten gelben Verband der deutschen Versicherungsbeamten einberufen war, und in dem ein „Herr Kollege“ Bening aus München einen Vortrag hielt. Der sozialistische Grundsatz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, wurde von diesem „nationalen“ Herrn in der Weise verhandelt, daß er als Entschädigung der Zersplitterung der Handlungsgehilfen den Satz prägte: Das Werk der Befreiung (i) der Versicherungsbeamten muß das Werk der Versicherungsbeamten selbst sein.

Das Referat bewegte sich in den von dieser Sorte Organisationen bekannten Redemotiven: Verbesserungen unserer Verhältnisse sind „nur“ mit Hilfe der Herren Direktoren und Generalagenten möglich; — nichts gegen die Chefs; — Standesbewußtsein; — da wir auf streng nationalem Boden stehen, ist Streik oder Boykott ausgeschlossen; — die Hebung des Ansehens unseres „Standes“ usw. Ein einziges serviles Bitteln um die Gnade der Chefs, die die Angestellten so schlecht bezahlen und sie zwingen, Arbeiterverbände zu suchen, ist der ganze Grundgedanke dieser gelben Vereine. Der Referent wies auf die Tatsache hin, daß der neue Verband bereits 4000 Mitglieder zähle. Von dem Druck und dem Terrorismus der Oberkollegen, der die jüngeren Angestellten in diesen gelben Verein hineindrückt, sagte der Referent nichts. „Wir haben schon viel getan“, sagte der Referent. Was — sagte er nicht. Außer einigen Festlichkeiten ist auch niemand etwas davon bekannt. Zum Schluß sang der Referent noch ein Loblied auf den Männerklub von Prinzipsaltronen, was sich bei diesem Gelben ganz besonders gut ausnahm, und meldete eine Petition an, die an die Versicherungsgehilfen Ende dieses Jahres verfaßt werden soll und in der die Ausbeuter auf die mißliche Lage der Versicherungsbeamten hingewiesen werden sollen.

An der Diskussion durften sich nur Versicherungsangestellte beteiligen. Einem Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen wurde das Wort verweigert. Auf den Vorwurf der Feigheit und des Verfriedens vor anderer Meinung reagierten diese Gelben nur mit einem verlegenen Lächeln. Natürlich gab es dann überhaupt keine Aussprache. Und die Herren schämten sich nicht! Die Versicherungsangestellten gehören nicht in diese gelbe Organisation, sondern in den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Schiffmann Deutschlands.

Der Hansabund hat nun auch in Leipzig eine Ortsgruppe. Gestern wurde sie unter großem Hallo unter einem beträchtlichen Aufwand von schwülstigen Prosen aus der Taufe gehoben. Vom Lokalkomitee hatte man sich den Reichstagsabgeordneten Dr. Weber verschrieben, der über die Ziele des Hansabundes referierte. Er brachte nichts Neues, sondern gab im wesentlichen nur das verkürzt wieder, was bereits in der Gründungsversammlung im Circus Schumann in Berlin gesagt wurde; außerdem tat man ein übriges und ließ Flugblätter verteilen, in denen alles enthalten war, was Dr. Weber weit-schweifig zu erzählen hatte. Bezeichnenderweise ging Dr. Weber auf die vplksbelastenden Steuern nur im Vorübergehen ein, während er die Interessen des Geldsacks zu verteidigen suchte. Aus der gutbesuchten Versammlung meldete sich niemand zum Wort. Die Mittelständlervereinigung hatte ihren Gefinnungsgenossen vom Besuch der Versammlung durch ein Flugblatt abgeraten.

Anmeldung von Tabak nach dem neuen Gesetz. Der eigentliche Wortlaut des neuen Tabaksteuergesetzes ermöglicht keine zweifelsfreie Auslegung. Nicht nur bei Laien entstehen irrtümliche Ansichten, auch Juristen sind bereits Irrtümer unterlaufen. Deshalb macht die Süddeutsche Tabakzeitung über die Anmeldung von Tabaken folgende Angaben:

Nach der Nachvervollzugsordnung, § 4, hat derjenige die Waren anzumelden, der 1. Tabake im Besitz oder Gewahrsam hat, die der Nachvervollzug oder Nachversteuerung unterliegen, (das können also nur bereits bezollte Tabake sein, denn unverzollte Tabake, die noch unter dem Händler liegen, sei es in einer öffentlichen Niederlage oder in einer Privatniederlage unter amtlichem Mitverschluß, unterliegen einer Nachvervollzug nicht, sind hierunter also nicht zu verstehen, folglich auch nicht anmeldspflichtig). 2. Jeder Verarbeiter, der am 15. August 1909 unverzollte ausländische Tabakblätter in einer öffentlichen Niederlage (der sie also für sich unter seinem Namen dort liegen hat) oder in seinem Privatlager unter amtlichem Mitverschluß lagern hat. Diese letztere Bestimmung namentlich wird immer falsch verstanden. Für diese Bestimmung ist das Muster Nr. 5 vorzugeschrieben und auch daraus geht hervor, daß nur der Fabrikant anzumelden hat, der den Tabak in seinem Namen in einer öffent-

Neben Niederlage oder in seiner eigenen Transforniederlage hat, dem es heißt ausdrücklich in der Aufschrift zur Anmeldung: „Unverzollt in einer öffentlichen Niederlage oder dem Privatlager des Anmelders.“ Die Bestimmung dieses § 4 der Nachvervollzugsordnung hängt zusammen mit der Bestimmung des § 2 Abs. 3 des Gesetzes, worin es heißt: „Die Feststellung des Vollausmaßes erfolgt beim Uebergang des Tabaks in die Hände des Verarbeiters“, und mit § 4 der Ausführungsbestimmungen, worin es heißt: „Vom Verarbeiter in eine öffentliche oder in eine Privatniederlage gebrachte Tabake unterliegen sofort bei der Einlagerung der Wertfeststellung.“

Wer ist der Tote? Im Fleischnußgraben in P.-Döhlitz wurde gestern nachmittags in der zweiten Stunde der Leichnam eines etwa 50 Jahre alten Mannes aufgefunden. Der Tote ist 1,05 Meter groß, mittlerer Statur, er trug dunkelbraunen Jackettanzug, blaue gestreiftes Hemd und grauwollenes Strümpfen.

Totgefahren. In der Teichstraße in L.-Döhlitz lief gestern abend gegen 7/7 Uhr die zweilundehalbte Fahr alle Tochter des Zahnarztes Meyer hinter einem Wagen weg über die Straße direkt in einen Motorwagen der Großen Leipziger Straße. Er und wurde auf der Stelle totgefahren. Die Erörterungen über den Unfall sind noch im Gange.

Verhaftet. Vier Personen im Alter von 17-21 Jahren verübten in der Charlottenstraße einen Einbruchsdiebstahl, wobei ihnen außer Ringen und andern Sachen 50 Mk. Geld in die Hände fielen. Das Geld wurde auf der Messe vergeudet und die Spitzhaken dabei verhaftet.

Beim Verkauf eines wertvollen Spazierstockes mit goldenem Griff wurde in Eilenburg ein 22 Jahre alter Kleiner angehalten. Er will den Stock auf der Landstraße zwischen Leipzig und Eilenburg von einem Unbekannten gekauft haben. Wahrscheinlich aber ist der Stock gestohlen worden.

Unfälle. Beim Ueberschreiten der Gasse der elektrischen Bahn am Nabensteinplatz blieb gestern eine Dame mit dem Koffen in den Schienen hängen und brach das rechte Bein.

Beim Tapezieren eines Zimmers in der Westhofenstraße stürzte heute früh 1/8 Uhr ein Gehilfe von der Leiter und zog sich einen komplizierten Bruch des rechten Beckens zu.

Von einem Radfahrer wurde gestern nachmittags ein Gaspoker aus Pöhlitz auf der Straßenkreuzung Zweinaumburger Straße und Täubchenweg so unglücklich angefahren, daß er gegen einen entgegenkommenden Motorwagen der Großen Leipziger Straße stürzte. Glücklicherweise kam der Mann mit einer Kopfverletzung, sowie einer Brust- und Rückenverletzung davon, obwohl der Sturz ganz gefährlich ausfiel. Mittels Rettungsautomobils kam der Verletzte nach dem Krankenhaus.

Vermißt wird seit dem 21. August die in der Friedrichstraße wohnhaft gewesene Händlerweib Auguste Drechsler geb. Frommhold aus Eilenburg. Die Vermißte hat sich nach anwärts begeben, um Einkäufe zu machen und ist nicht wieder zurückgekehrt. Sie ist 1,00 Meter groß, schlank, hat schwarzes Haar, rundes gesundfarbiges Gesicht, braune Augen, schmalste Zähne, trägt blaues Kleid, schwarzen Umhang und grünen Strohhut. Möglicherweise ist der Frau ein Unfall zugestoßen. Ferner wird aus seiner Wohnung in der Roskitzerstraße seit 4 September der Bergarbeiter Joseph Hommes aus Düsseldorf vermißt. Der Mann ist nervenleidend.

Diebstähle. In der vergangenen Nacht wurde in einem Schmiedehaus in Eilenburg eingebrochen und eine große Anzahl goldene und silberne Herren- und Damenuhren gestohlen. Gestohlen wurde aus einem Geschäft am Neumarkt ein schwarzes, glatter Sommerüberzieher; auf derselben Straße ein schwarzes, ledernes Handtäschchen, enthaltend ein Portemonnaie mit Geld; in Gohlitz ein silbergrauer, zweirädriger Tasterwagen; von einem Kollwagen in der Reichstraße ein Vallen, A. B. 884 gezeichnet, Kettzeug enthaltend; eine größere Partie Zahn-, Taschen-, Kopf- und Kleiderbistchen aus einem Verkaufsstande auf dem Neuplatz; aus einer Wohnung in der Sonnenstraße ein grünes Kleid mit weißblauer Brustleiste sowie eine Anzahl Frauenkleidungsstücke; 3 Fahrräder in der Gärtenberg- und Bayerischen Straße und im Preussengäßchen.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Donnerstag: Die Abelsungen (I. Der gehörnte Siegfried; II. Siegfrieds Tod). Freitag: Die Hochzeit des Figaro. Sonnabend: Fufarenstieber. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Mitternachtsfeier von Nürnberg. Montag: Die Welt ohne Männer. Dienstag: Lauris der Narr. Drama in 5 Akten von Ernst Hardt (Erstaufführung). — **Altes Theater.** Donnerstag: Die Barfüßler. Freitag: Die Welt ohne Männer. Sonnabend: Der Jägerbaron (neu einstudiert). Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungs-Institut (Der Widerspenstigen Zähmung), abends 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum. Montag: Der Jägerbaron.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 7 1/2 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Im Café Roblesse (halbe Preise). Freitag: Rechte herum. Sonnabend: Iriny (halbe Preise). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein L.-West (Rechte herum), abends: D. diese Ventnants! — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasing). Donnerstag: Der Prinzpapa. Freitag: Der lustige Krieg. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung (Juni), abends: Der Prinzpapa. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein der Postunterbeamten (Der lustige Krieg), abends 7 1/2 Uhr: Der Prinzpapa.

Vallenberg-Theater. Donnerstag: Aenne-Heise. Freitag: D. diese Männer! Sonnabend: Hans Dackelstein.

Alte Theater (Stadttheater). Gastspiel des Berliner Thalia-Ensembles. Abend für Abend: Krone und Fessel.

Die russische Hofschauspielerin Madeleine Dolly, die mit einer eignen französischen Truppe eine internationale Tournee unternimmt, wird am 18. und 19. November im Krähallpalast gastieren.

Von Nah und Fern.

Cook's Nordpolfahrt.

Kopenhagen, 8. September. Der Vortrag, den Dr. Cook vor überfülltem Saal gestern abend in der Geographischen Gesellschaft hielt, rief allgemeine Enttäuschung hervor. Man hatte erwartet, daß Dr. Cook vor dem Forum der Gelehrten mit wissenschaftlichen Argumenten erscheinen würde; aber nichts dergleichen geschah. Der Inhalt des Vortrags deckte sich mit dem, was Cook bereits in New York herab mitgeteilt hat. Er legte keine Karten oder Photographien vor. Das einzig Neue, was er in seinem Vortrag vorbrachte, war die Erklärung, weshalb er allein zum Nordpol gegangen sei. Er begründete dies damit, daß jeder Europäer, den er mitnehme, ein totes Gewicht sei und man für jeden Europäer lieber zwei Eskimos mitnehmen müsse. — Dr. Cook hat von der Geographischen Gesellschaft die große Medaille erhalten. Doch ist ihm die goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft mit der Krone nicht verliehen worden. Uebrigens ist jede Auszeichnung des Königs ausgeblieben, seitdem man gesehen, daß Cook kein annehmbares Beweismaterial nicht vorlegen kann.

Peary und Cook. London, 8. September. Aus New York wird nach hier telegraphiert: Die Sun erhielt ein Telegramm aus St. Johns des Inhalts, daß Peary und seine Begleiter Dr. Cooks Behauptung durchaus keinen Glauben schenken. Sie erklären, daß Cook gar keine Andeutung für ein solches Unternehmen hatte und daß er nicht in die Nähe des Nordpols kam. Er sei westlich von der Route aller früheren Reisenden gegangen, um auf einen Teil des Arktischen Ozeans zu kommen, in dem keine Kontrolle möglich erscheine.

Explosion. Harburg, 7. September. Ein Teil der Zündschnurfabrik von Deino Marx ist heute nachmittags 1 Uhr infolge einer Explosion in die Luft geflogen. In der Nachbarschaft wurden die Fenster Scheiben zertrümmert. Menschen sind nicht verletzt.

Mord. Meisenberg (Böhmen), 8. September. Der hier ansässige Jakob Hahn aus Wien wurde gestern an der Stadtgrenze durch acht Messerschläge in bestialischer Weise ermordet aufgefunden. Versteht wurde nichts, weshalb man über das Motiv zu der Tat völlig im unklaren ist.

Ueberschwemmung. New York, 8. September. Neue Ueberschwemmungen sind in der Umgegend von Monterey zu verzeichnen. Ferner verheerte eine Plutwelle die Stadt Loto la Marina. 200 Personen sollen ertrunken sein.

Ein Messerschnepper. Wien, 8. September. Nach dem Muster des Berliner Messerschneppers hat gestern abend im Bezirk Favoriten ein Arbeiter namens Huber zwei Frauen durch Messerschläge in den Unterleib schwer verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden.

Abgestürzt? Innsbruck, 8. September. Vier Touristen aus Meran, welche eine Partie in das Inzinger Gebiet unternahmen, werden vermißt. Rettungsdeputationen sind abgegangen.

Unfälle. Mailand, 8. September. Gestern nachmittags stürzte der Luftschiffer Rossi während eines Flugversuches mit seinem Eindecker ab. Er hatte noch einen Passagier mitgenommen. Der Apparat brach plötzlich entzwei. Beide Insassen wurden schwer verletzt. Der Zustand Rossis ist bedenklich.

Polen. 8. September. Der bekannte Chirurg Professor Dr. Raff ist an den Folgen eines kürzlichen Unfalls gestern gestorben.

Selbstmord. Berlin, 7. September. In dem Keller des Verwaltungsgebäudes der Charité erschoss sich ein unbemerkt dahin gelangter Restaurateur Appelt aus Dohrenschönhausen, weil er eine Hypothek, die er in Berlin beschaffen wollte, nicht erhalten hat. Im Hotel Gussana in Heringsdorf erschoss sich ein angelegter Touraghändler Ellberstein aus Berlin.

Einbruch. Hamburg, 7. September. Die Kontorboden Bödewig und Duche, im Alter von 17 und 10 Jahren, brangen nachts in das Kontor eines Banquiers in der Kleinen Reichensstraße ein, erbrachen das Pult eines Kontoristen, entnahmen daraus den Schlüssel des Geldschrankes, entwendeten 10500 Mk. und entflohen.

Verunglückt. Paris, 8. September. Auf dem Flugfelde bei Juvisy ist gestern der 31 Jahre alte Aviatiker Lesèvre tödlich verunglückt. Lesèvre unternahm mit seinem Aeroplan nach dem System Wright einen Flugversuch. Als er sich in einer Höhe von 10 Metern befand, verlagte der Motor. Der Aeroplan stürzte herab und begrub Lesèvre unter seinen Trümmern, wo er schwer verletzt liegen blieb. Er dürfte kaum mit dem Leben davontkommen, da er einen Schädelbruch erlitt.

Juvisy, 8. September. Der Aviatiker Lesèvre ist seinen Verletzungen erlegen.

Verbrennt. Nürnberg (Oberbayern), 7. September. Während des nächtlichen Brandes eines Bauernhauses sind drei Kinder im Alter von 7 bis 10 Jahren in den Flammen umgekommen. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der Bruder des Besitzers des abgebrannten Bauernhauses verhaftet.

Aufmord. Prag, 7. September. In dem böhmischen Dorfe Nemes wurde der 74 Jahre alte Hausbesitzer Kiech und seine Haushälterin in der Wohnung erschlagen aufgefunden. Es liegt Doppeltraumord vor.

156. Sächsische Landeslotterie.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark gezogen.

(Ohne Gewähr.) Ziehung vom 8. September. (Nachdruck verboten.)

30000 auf Nr. 27504 bei Herrn F. Pindelmann in Glauchau u. Otto Seidler & Co. in Chemnitz.	20000 auf Nr. 107590 bei Herrn Martin Lewin in Leipzig.	5000 auf Nr. 70508 bei Herrn Fr. Hermann Vertram in L.-Gomewitz.	3000 auf Nr. 8880 bei Herrn Reinhold Walfher in Leipzig.	3000 auf Nr. 62870 bei Herrn George Meyer in Leipzig.	3000 auf Nr. 65006 bei Herrn Alfred Stein in Deberan.
014 99 404 674 408 072 014 248 244 788 1020 808 87 087 106 089 824 394 (500) 942 382 807 289 (500) 2040 117 104 719 275 270 15 941 849 880 789 808 440 708 508 778 3704 298 17 995 (1000) 84 836 186 (500) 074 824 598 388 785 578 259 291 080 328 271 112 644 577 4451 085 118 862 290 06 087 074 014 628 089 (500) 411 433 885 339 847 076 (500) 61 722 371 (2000) 415 607 878 615 421 880	5604 830 080 820 200 20 299 005 001 388 600 757 891 80 999 048 358 (500) 824 105 6299 39 03 201 290 074 390 434 279 709 027 472 859 875 147 (500) 170 248 7587 574 875 881 895 150 499 042 722 819 108 687 220 80 858 88 19 848 374 70 025 477 517 395 8445 374 198 411 302 076 080 (3000) 506 294 127 018 310 70 484 219 042 298 20 129 (500) 902 (500) 890 895 548 888 800 085 9550 574 018 (500) 680 821 15 887 849 929 89 328 188 184 364 881 68 108 13 687 824 (500) 477 00 121	10495 54 000 200 081 847 347 436 878 (500) 64 (500) 11107 655 028 712 184 281 161 700 248 220 785 905 234 912 497 204 477 894 939 111 720 104 657 12384 320 408 301 871 86 294 110 997 544 698 878 928 (500) 535 890 985 807 97 13429 868 359 805 409 850 128 368 201 278 186 010 300 168 907 080 224 14000 91 424 (500) 340 481 388 282 174 845 988 844 347 490 70 948 70 487	15759 603 123 450 071 39 628 510 258 84 218 574 10052 553 056 078 107 726 813 742 (500) 69 785 102 (2000) 872 880 207 318 757 17873 787 842 250 180 557 712 005 389 80 032 030 782 1 34 392 (1000) 900 549 769 154 771 708 850 (500) 997 12206 401 296 778 185 275 784 990 878 90 870 10282 262 229 (500) 795 958 (500) 400 674 908 985	20525 442 475 438 708 (2000) 789 288 522 476 341 21529 990 885 995 440 581 008 400 484 194 (1000) 751 899 154 290 799 309 1 788 497 583 168 88 22324 11 107 183 011 439 4 745 090 (500) 981 625 550 925 35 258 402 104 23460 124 387 214 282 822 (500) 948 067 138 859 04 799 158 259 088 810 228 382 341 837 24408 271 519 (500) 790 (500) 564 (500) 308 181 709 21 (500) 944 859 465 (1000) 06 628 45 865 174 802 051 970 299 873 849 540 638	25202 086 857 170 847 98 578 006 725 121 (500) 805 142 044 821 118 311 261 170 804 786 564 26290 581 683 895 307 3428 087 188 810 44 840 609 290 458 27408 895 673 420 302

55 886 318 (500) 840 207 499 428 706 (500) 48 28108 (500) 4 708 938 (500) 376 101 548 477 414 813 804 681 882 (500) 020 76 20388 985 826 134 553 409 384 15 750 (500) 367 20 700 510 555 110 187 281 809 (500) 990 528 (500) 590 495 519 3 30610 (500) 986 101 116 395 473 144 (500) 98 418 852 894 489 628 801 890 994 698 791 81044 5 109 149 167 632 487 115 042 619 456 488 588 401 200 55 580 831 (500) 154 989 271 32528 288 932 89 194 105 841 854 822 201 (500) 88 296 305 858 28 (500) 700 303 306 528 170 33178 125 280 704 445 448 931 468 44 521 517 (500) 887 879 098 206 34021 898 280 002 900 (500) 602 820 855 061 178 048 580 498 201	86986 848 721 620 112 71 770 248 150 516 264 2 167 888 288 517 887 942 255 89000 76 042 424 885 287 889 402 011 998 728 714 28 598 78 809 557 15 37997 450 588 285 (1000) 800 741 504 (30 000) 748 (500) 778 895 858 503 359 924 (500) 262 388 742 598 (1000) 282 865 500 870 38208 504 (500) 168 769 244 204 276 907 807 415 198 991 69 408 39038 85 978 067 802 690 881 (500) 924 794 564 713 624 278 287 442 50 40745 078 882 180 892 408 520 922 881 550 495 420 880 883 41502 408 270 504 898 (500) 019 846 (500) 869 498 044 (500) 245 587 428 820 002 748 626 888 091 (1000) 882 020 221 007 771 169 42400 170 752 680 887 902 151 861 320 209 (1000) 405 187 280 421 43021 823 710 463 558 989 942 438 037 741 154 104 44500 515 349 030 204 611 890 980 509 782 044 (500) 280 45451 769 694 804 671 723 937 754 87 644 594 285 988 06 40 40209 862 862 701 898 768 85 491 711 452 (1000) 243 10 900 300 945 874 393 757 861 299 147 528 47965 (500) 11 869 949 228 257 410 878 990 728 189 192 424 48682 304 069 784 (500) 289 (1000) 596 258 (2000) 500 594 410 484 527 162 084 161 504 (500) 21 571 (500) 388 178 808 200 784 710 705 49181 80 138 478 545 784 (500) 25 028 (500) 558 972 478 (1000) 648 230 740 810 65 684 302 852 40 (500) 104 430 554 805 41 50943 (500) 985 806 707 341 (500) 728 90 (500) 923 280 49 677 848 445 51345 509 848 918 1 (500) 001 8 454 187 300 483 408 249 90 094 571 521 3 (500) 001 689 52227 798 272 140 870 448 726 585 790 002 (500) 934 872 290 437 981 802 199 (500) 58550 705 318 648 841 508 (500) 410 (500) 700 849 328 671 909 342 68 425 427 23 (500) 259 820 209 078 54865 290 990 814 79 188 795 785 148 689 410 787 427 192 255 011 91 407 (500)	55111 112 95 65 047 044 874 928 898 820 828 710 915 777 822 398 976 (1000) 486 788 880 56478 (500) 14 848 255 98 1 737 406 (500) 516 909 217 008 906 257 (500) 139 985 353 165 37590 167 258 41 725 (500) 708 546 388 (1000) 718 (500) 320 944 (1000) 307 455 376 781 972 58571 574 890 (1000) 744 262 384 481 874 748 644 308 (500) 108 50906 (500) 325 188 577 889 800 947 109 598 728 203 805 60047 205 (500) 465 257 771 62 001 314 853 045 120 305 742 875 894 961 935 401 61309 856 129 113 478 (1000) 203 051 (500) 191 688 790 213 (500) 908 508 304 347 686 412 306 200 262 62049 900 241 179 908 154 160 174 65 851 625 679 (3000) 542 148 940 878 568 685 487 351 508 63796 076 971 077 272 604 220 946 (500) 424 724 614 241 (500) 210 483 107 (500) 64724 384 705 558 (2000) 628 752 751 702 56 (500) 244 302 490 357 215 015 867 (500) 242 508 898 65078 870 90 140 18 906 834 315 778 950 803 80 354 909 080 003 559 49 789 (500) 98 962 424 (1000) 104 63 853 6 60202 392 50 559 594 48 786 359 229 347 221 (500) 214 (500) 605 187 778 238 057 307 67878 781 96 502 580 (500) 601 45 (500) 140 544 858 801 002 1 978 568 400 60917 777 786 (500) 157 767 802 301 616 177 216 484 272 875 547 701 895 321 586 60002 690 128 948 436 686 106 (500) 84 747 010 (1000) 781 (500) 352 945 408 552 745 645 (500) 957 708 245 26 790 4 (500) 785 670 949 053 951 980 70665 60 894 184 515 023 028 200 970 596 (5000) 85 261 075 (500) 803 921 114 (500) 885 700 484 270 882 71711 (500) 7 142 763 739 577 442 088 290 851 39 329 145 851 52 (500) 172 324 178 72161 58 890 19 874 704 140 844 330 408 829 418 91 800 485 108 624 462 725 499 516 73612 616 800 180 400 749 (500) 541 879 714 287 10 873 487 545 890 708 306 268 74789 954 097 576 547 414 711 932 115 762 828 589 029 457 158 75901 640 902 708 880 440 70653 8 818 248 840 358 887 (1000) 324 97 156 (500) 789 747 588 109 65 016 481 (500) 77720 992 998 498 922 344 198 584 945 89 770 840 262 556 796 (500) 81 846 957 78188 701 675 895 177 289 880 585 904 247 750 359 093 184 172 297 30 79941 610 378 940 365 885 125 104 (500) 951 529 542 015 589 80008 308 701 201 817 993 900 890 568 507 24 257 375 476 329 (500) 20 107 889 812 773 81902 (500) 908 498 000 40 532 398 137 585 (1000) 776 929 948 510 826 9 81 82005 58 428 908 881 210 568 202 (500) 581 457 890 851 681 288 890 735 93904 100 955 427 (500) 840 555 448 388 020 295 080 82 819 919 896 6 958 599 461 84100 590 816 217 819 726 4 829 932 400 (500) 983 404 888 948 (500) 92 554 538 414 916 02 788 518 400 725 736 85316 727 327 47 562 97 628 745 227 506 543 107 668 40 122 977 268 3 724 296 550 584 492 635 749 538 (500) 597 461 86404 529 527 578 794 290 700 74 287 755 774 943 889 178 289 058 844 375 156 87879 685 448 (2000) 670 270 218 800 80 20 (1000) 42 02 613 648 194 104 13 37 88636 867 78 447 072 161 710 900 107 140 487 95 896 587 713 (500) 692 988 63 898 590 725 998 (500) 89499 040 961 108 872 160 894 (500) 571 589 848 7 088 785 370 73 71 277 90375 872 960 101 798 682 874 849 48 506 259 394 456 50 006 464 568 811 (1000) 158 047 (500) 907 246 420 879 (500) 852 91899 51 598 184 21 59 932 801 523 (500) 800 777 374 277 983 853 789 147 546 (500) 408 106 87 628 883 71 552 (2000) 98000 144 326 912 24 59 810 658 978 918 21 189 (1000) 490 123 701 99 889 94791 146 184 708 (500) 648 126 (500) 297 453 827 708 542 328 308 (500) 615 908 564 (500) 834 361 (500) 172 (500) 451 98 948 (500) 897 (500) 688 95265 704 802 106 300 918 900 (3000) 840 950 474 96000 000 705 075 187 242 968 794 442 890 000 278 891 180 63 201 120 (500) 894 71 97180 284 101 761 515 978 090 088 401 780 102 (500) 547 873 403 541 98158 522 954 389 380 510 549 89 202 (1000) 531 046 282 773 75 396 457 498 368 771 525 108 985 99616 678 687 780 955 40 217 988 854 704 907 583 374 702 41 140
--	---	--

Jahresversammlung der freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen.

Aue, 6. September.

In der Vorversammlung wurde die vorläufige Tagesordnung akzeptiert und als Vorsitzende Fräulein Dresden, Wollender-Leipzig und Fräulein Aue, als Schriftführer Starke-Dresden und Danbold-Ghemmitz gewählt.

Fräulein Dresden eröffnet im Namen der geschäftsführenden Kasse den Kongress. Als Vertreter der Kreishauptmannschaft Zwickau ist Regierungsrat Dr. Eyser, als Vertreter der Stadtverwaltung Bürgermeister Dr. Kretschmar erschienen.

Fräulein Dresden erteilt in seinen begrüßenden Worten den Entwurf zur Reichsversicherungsordnung und stellt fest, daß weder Arbeiter noch Unternehmer mit den gemachten Vorschlägen einverstanden seien. Er weist die Angriffe auf die Krankenversicherungen zurück und bemerkt, daß in diesem Jahre (am 1. Dezember) die Krankenversicherung 25 Jahre besteht. Die Arbeiter hätten erkannt, daß die Krankenversicherung das wichtigste Glied der Versicherungsorganisation sei. Auch Sachsen habe sich auf diesem Gebiet gearbeitet und gerade die Selbstverwaltung habe gute Erfolge gezeitigt. Das möge auch in Zukunft so bleiben.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Vororts über die Ausführung der Beschlüsse der vorjährigen Landesversammlung und über die wirtschaftlichen Ergebnisse nimmt Obersekretär Stelzner von der Dresdener Ortskrankenkasse das Wort. Aus dem ersten Teil des Berichts geht hervor, daß die sächsischen Oberbehörden die Eingaben und Beschlüsse der Ortskrankenkassen absolut ignoriert haben; es ist nicht einmal eine Antwort auf die Eingaben der geschäftsführenden Kasse erfolgt, was von dem Kongress mit lebhaften Ausdrücken des Unwillens aufgenommen wird.

Ueber die wirtschaftlichen Ergebnisse der sächsischen Ortskrankenkassen sind folgende Angaben interessant: Der Freien Vereinigung gehörten 153 Kassen an. Von 151 Kassen sind die ausgegebenen Fragebogen beantwortet worden; diese Kassen haben zusammen 680 720 Mitglieder. Im Durchschnitt entfallen auf eine Städteklasse 6000 Versicherte gegen 6000 im Vorjahre, auf eine Landklasse 1824 gegen 1200 im Vorjahre. Die Kassenbeiträge sind durchschnittlich um 90 Pfg. pro Kopf gestiegen, und zwar mit 2.20 M. bei den Städteklassen, mit 1.07 M. bei den Landklassen. 110 Kassen hatten Kassenärzte angestellt, bei 41 Kassen war dies nicht der Fall. 10 Kassen zahlten feste Honorare, 68 Kassen Pauschalgebühren, 77 Kassen nach Einzelleistungen. Das Arzt Honorar erhöhte sich durchschnittlich von 5.81 M. auf 6.08 M. Familienunterstützung wird von 61 Kassen gewährt, am zahlreichsten von den Kassen im Dresdener und Leipziger Bezirk. Der Aufwand für Arznei und Heilmittel stieg von 3.32 auf 3.50 M. Der Absatz der Apotheken lag von 15.08 Prozent auf 15.82 Prozent zurück. Die Erkrankungsfälle betrafen 37 Prozent der Mitglieder, 6,75 Prozent mehr als im Vorjahre. An Krankengeld wurden von den Berichtskassen zusammen 7 127 100 M. gezahlt, das sind 1047 M. mehr als im Vorjahre. An Verpflegungskosten an Heilanstalten wurden insgesamt 1 858 007 M. ausgegeben. Sterbefälle waren 5440, d. i. 201 mehr als im Vorjahre, zu verzeichnen. Den Reservefonds hatten 44 Kassen erfüllt, 107 Kassen nicht.

Pollender-Leipzig fordert trotz des negativen Ausfalls der Petitionen auf, nicht nachzulassen, eine angemessene Entschädigung für die Versorgung der Geschäfte der Invalidenversicherung durch die Ortskrankenkassen zu fordern. Ein dahin zielender Antrag Fräulein Dresden wird angenommen, erneut an die Versicherungsanstalt heranzutreten.

Ueber die Reichsversicherungsordnung und die Stellungnahme der Ortskrankenkassen zu derselben spricht Starke-Dresden. Er stellt fest, daß im Deutschen Reich 11 Millionen Versicherte in 20 000 Kassen versichert sind, davon über die Hälfte in den 4700 Ortskrankenkassen. Das beweist die Bedeutung der Stellungnahme der Ortskrankenkassen zu dieser Frage, um dann an der Hand der auf den großen deutschen Krankentagen von sozialpolitisch fortgeschrittenen Sachkennern gemachten Ausführungen eine herbe Kritik an dem Entwurf zu üben. Einstimmig wird nachfolgende von ihm eingebrachte Resolution angenommen:

Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung enthält einige Verbesserungen, doch sind sie sehr gering und bleiben in den allerersten Anfängen stehen. Er enthält aber eine unglaublich große Zahl von Verschlechterungen direkter und indirekter Art, insbesondere auf dem Gebiet der Krankenversicherung, so daß von seiner Gesetzgebung nicht die Rede sein kann. Bezüglich der Beurteilung im einzelnen ist die Stellungnahme der beiden großen Kongresse durchaus zuzufassen. Die Versammlung verlangt einen wirksamen, den Interessen der Versicherten und damit zugleich denen des Volkes dienenden und auf gesunder Grundlage beruhenden Ausbau der Arbeiterversicherung unter möglichster Ausschaltung des in sich abgeschlossenen Bürokratismus und unter Betätigung der im Volke frei wirkenden Kräfte auf breiter Grundlage der Selbstverwaltung.

Ueber die sächsische Ärzteordnung und die Notwendigkeit ihrer Abänderung sprach Obersekretär Stelzner-Dresden. Er zeigt die traurigen Zustände, die durch die sächsische Ärzteordnung und ihre skrupellosen Anwendung durch die Ärzte Leipziger Observanz entstanden sind, und empfiehlt folgende Resolution:

Der Vorort wird beauftragt, bei der königlichen Staatsregierung und bei dem Landtag um eine Aenderung der ärztlichen Standesgesetzgebung dahin zu petitionieren: 1. daß dem Forum der ärztlichen Ehrengerichte alle Fragen wirtschaftlicher Natur unbedingt entzogen werden; 2. daß es als unstatthaft erklärt wird, in wirtschaftlichen Fragen ein Ehrenwort zu fordern oder zu geben; 3. daß solche bereits gegebenen ehrenwürdigen Verpflichtungen als nichtig erklärt werden; 4. daß völlige Objektivität und Unparteilichkeit der Ehrengerichte jedem Arzt und jeder Nebenregierung gegenüber gewährleistet wird.

Die Resolution wird einstimmig akzeptiert. Fräulein Dresden referiert über das Landesmedizinalkollegium und die Ortskrankenkassen. Er bespricht die Notwendigkeit größeren Einflusses auf die Entschlüsse dieser Körperschaft, besonders mit Bezug auf die ärztliche Gebührenordnung. Auf seinen Antrag wird folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung beauftragt den Vorort, bei dem Ministerium des Innern dahin vorstellig zu werden, daß dasselbe Bestimmungen erlasse, nachdem bei Beratung von Gegenständen, welche das Interesse der Ortskrankenkassen betreffen oder welche Fragen allgemeiner hygienischer Natur betreffen, vom künftigen Ministerium zu wählende Vertreter von Ortskrankenkassen und Vertrauensärzten von solchen zu den Sitzungen des Landesmedizinalkollegiums hinzuzuziehen sind.

Ueber den folgenden Punkt: Die ärztliche Gebührenordnung und die Ortskrankenkassen, referiert ebenfalls Fräulein Dresden. Er berichtet über eine Unterredung, die er in Gemeinschaft mit Pollender-Leipzig und Smid-Baugen mit dem früheren Minister Hohensthal gehabt habe. Dieser habe wohl Zusicherungen betr. der Beachtung der Wünsche der Ortskrankenkassen mit Bezug auf die Gebührenordnung gemacht. Am 15. September

sei er aber abgegangen und eine neue Anregung in der Frage bei der Regierung sei notwendig. Die Frage sei für die Kassen äußerst wichtig. Die Versammlung beschließt eine erneute Eingabe an die Regierung.

Es schließt sich eine kurze Debatte an diesen Punkt, wobei Fräulein Dresden die Stellungnahme des Chemnitzer Bezirks zur Arztfrage kritisiert. Sie entsetze durchaus nicht den auf den Krankentagen zur Geltung gelangten Ansichten zur freien Arztwahl. Es wird festgestellt, daß der Referent auf der angeführten Tagung sich nur für die beschränkte freie Arztwahl ausgesprochen.

Die geschäftsführende Kasse wird beauftragt, wegen Erleichterung des Geldverkehrs durch die Giroverbände der Gemeinden ein entsprechendes Zirkular zu erlassen.

Fräulein Dresden macht von dem Verlangen der Ausschüsse in Dresden Mitteilung, die für die Aufbewahrung der Wertpapiere eine Entschädigung von 1300 M. verlange. Er warnt die Kassen, sich auf derartige ungerechtfertigte Verlangen einzulassen.

Miem-Dresden erstattet Bericht über die Tätigkeit des Bezirksstarikamts. Er erteilt einige Streiflichter, u. a. mit der Leipziger Ortskrankenkasse, und empfiehlt, da nimmere drei Jahre seit dem Dörschdorfer Beschlusse verstrichen sind, den Kassen, überall den Tarif durchzuführen. Seit dem Bestehen der Tarifgemeinschaft habe sich das Verhältnis zwischen Beamten und der Kasse zweifellos gebessert.

Pollender und Fräulein Dresden besprechen die Zuständigkeit der Organe der Tarifgemeinschaft für Kassen, die nicht diese anerkannt. Miem vertritt den Standpunkt, daß durch Mehrheitsbeschlüsse in Dörschdorf die Frage im gegenteiligen Sinne erledigt sei. Steinbrück-Dresden tritt für völlige Aufhebung der Tarifgemeinschaft ein, ihm treten Fräulein Dresden und Miem entgegen. Auf Antrag Pollenders beschließt die Jahresversammlung, daß das Bezirksstarikat nur für tariftarif-Kassen zuständig sein soll. Ins Bezirksstarikat werden Miem-Dresden, Schmidt-Meißen und Miemann-Dresden, als Stellvertreter Demuth-Röhschenbroda, Roth-Madebeul und Schröder-Meißen gewählt.

Als geschäftsführende Kasse für 1910/11 wird Leipzig, als Tagungsort der nächstjährigen Landesversammlung ebenfalls Leipzig gewählt und dann durch Fräulein Dresden die Jahresversammlung geschlossen.

Haus der Umgebung.

Paunsdorf. Die letzte diesjährige Impfung findet Dienstag, den 14. September, vormittags 1/10 Uhr, im Alten Gasthofe statt. Die Nachschau erfolgt eine Woche später zur selben Zeit und am selben Orte. Die Eltern und Erzieher werden aufgefordert, ihre impfpflichtigen Kinder zur Vermehrung der geschützten Strafen im Impferminne vorzuführen oder die Befreiung von der Impfung durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen. Aus einem Hause, in dem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Group, Keuchhusten, Flecktyphus, totenartige Entzündungen oder die nekrotischen Pocken herrschen, dürfen die Impfungen zum allgemeinen Termin nicht gebracht werden. Die Kinder müssen zum Impftermin mit reinem Körper und mit reinen Kleidern gebracht werden.

Brandis. In der öffentlichen Stadtgemeinderatsitzung vom 3. September wurde von einem Dankschreiben des Expedienten Böbel Kenntnis genommen. Die Amtshauptmannschaft hat dem Stadtgemeinderat den Ministerialerlaß über das Anleiheverfahren übermittelt. Der Ministerialerlaß will Anleihen zu Anlagen nur dann zulassen, wenn sie zu Zwecken aufgenommen werden, die die Gemeinden nicht unnötig belasten. Die vorläufige Genehmigung zum Wasserwerksbau ist eingegangen. Nach den Weisungen, die die vorerwähnte Ministerialverordnung vorseht, soll nunmehr die Schuldurkunde vollzogen werden. Weiter wurde beschlossen, Vorkerkungen zu treffen, die auch den späteren Anschluß zu Hausleitungen ermöglichen. Man will demnach davon absehen, die Einführung der Wasserleitung obligatorisch zu machen. Ob sich dann die Eigentümer mehrerer Mietshäuser, die in Leipzig wohnen, entschließen werden, die Leitung in Anspruch zu nehmen, muß bezweifelt werden. Die Schaffung bzw. die Revidierung des Regulativs für die Wasserversorgung wird unerlässlich. Die Inbetriebnahme v. m. b. f. hat den Plan zur Umformung bei der Amtshauptmannschaft eingereicht. Eine Kopie lag dem Stadtgemeinderate vor. Ausstellungen wurden nicht gemacht. Nach einer Neuprüfung des Stadtvorordneten Dietrich soll die Umformung 80 000 M. kosten. Es entsteht nun die Frage, ob man sich vertraglich verpflichtet hat, diese Umformung für die Stadt zu erwerben? Man hätte dann eine teure Anlage, müßte aber den Strom hoch extra schaffen. Da der Gemeindevorstand für Leipzig-Land Brandis die Möglichkeit abschneidet, an Nachbargemeinden jemals Strom zu liefern, ist diese Frage sehr ernsthaft zu prüfen. Wäre Brandis geneigt, diese Anlage später zu übernehmen, so würde das einen Schaden bedeuten, denn es wäre eine nutzlose Geldverschwendung. Anstatt eines Baukostenplanes soll ein Abwasserplan aufgestellt werden. Die Armen- und Bezirkskassenrechnungen sollen geprüfert werden. — Der verstorbene Sohn ist außerdem im Krankenhaus verpflegt worden. Die eingegangene Rechnung wurde anerkannt. Die Amtshauptmannschaft hat dem Stadtgemeinderat die Sache betreffs der Angelegenheit Gutz in Rämmerlei mit dem Bemerten zurückgegeben, dem Stadtgemeinderat sei es überlassen, selbst Erörterungen anzustellen, und wenn es sich ergebe, daß der Bürgermeister sich etwas habe zuschulden kommen lassen, Anzeige an der Staatsanwaltschaft zu machen. Herr Dr. Die hielt die Beweismittel für ausreichend und stellte den Antrag, die Sache, die sich vor 9 Jahren abgespielt hat, der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Stadtrat Schmidt meint, etwas genaues liege nicht vor, da Gutz verstorben sei. Außerdem sei die Sache verjähr. Bei der Abstimmung, die geheim war, zeigte es sich, daß Stadtrat Schmidt allein geblieben war. Dr. Die betonte, daß bei dem schwebenden Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister diese Sache erscheinend ins Gewicht fallen müsse. Es sei eine Ungehörigkeit, von einem armen Manne zu verlangen. Stadtrat Schmidt meinte hierauf, daß andere Leute darauf auch keine Rücksicht nehmen und auch hohe Rechnungen ausstellen. (Hat Herr Stadtrat Schmidt damit vielleicht Doktorrechnungen gemeint? Der Berichterstatter.) Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Der andern eine Grube gräbt. Eine patentierte Staatsstille, der Steinseggmeister Dörner, der so gerne hier in Brandis einen Reichsverein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie à la Diebert, gründen wollte, zeigte vor kurzem der Militärverwaltung an, daß der Soldat Kubner, dessen Bruder sein Konkurrent ist, ein paar Kommissien verkauft habe. Als Kubner dann nach Ueberführung eines Urlasses schwermütig wurde und Selbstmordgedanken äußerte, wurde auch die Denunziation Dörners lebhaft besprochen. Dabei wurde von Leuten, die früher bei D. gearbeitet hatten, behauptet, Dörner habe Materialien von Bauten, so vom Schulbau eine eiserne Schiene, entwendet, die die Verhältnisse auf sein Geheiß verscharrten müßten. Die Nachforschungen haben ergeben, daß diese Behauptung begründet ist. Da wird der Militärverein seinen Fahnenträger wohl einbüßen.

Wodka. Von den Hauswirtschaftsvorständen gewünschte Einzelhauslisten-Formulare für die nächstjährige Einschätzung zur Einkommensteuer sind von den Hausbesitzern

begun. deren Stellvertretern bis spätestens 20. d. M. schriftlich zu beantragen.

Leipzig. Gemeinderatsitzung vom 2. September. Mit der Feststellung der Strafen für den fünftägigen Müllstreifen in Leipziger Flur erklärte man sich einverstanden, wenn gleichzeitig die Verbindung zwischen Leipzig und Leipzig durch den Wald nach dem Frankfurter Tor erfolgt. Von der Strafen- und Mampfenrichtung der Schönauer Straße an der Ueberführung der Merseburger Straße wurde Kenntnis genommen. Die von E. V. für die Fußwegregulierung in der Schönauer Straße geforderte Kautionshöhe von 2310 M. wurde bis 1910 gestundet. Bei Beratung des Pantomimengesellschafts von S. in der Kurze Straße wurde das Stehenlassen des Hintergebäudes abgelehnt. Das Gesuch des Vereins für Volksaufklärung von der geforderten Anlegung einer Sammelgrube für Abfallwasser abzusehen, wurde gleichfalls abgelehnt. Dem Furaustausch in Bebauungspläne, Leipzig-Stadt stimmte man zu. Ebenso dem Teilbebauungspläne E., betr. einen besseren Uebergang der Bauweise an der verlängerten Leibnizstraße. Infolge der nicht vorgegebenen erheblichen Kosten (zirka 2000 M.) wurde die Erweiterung des Brausebades bis zur Beratung des nächsten Haushaltsplanes vertagt. Dem Strafenwärter Ludwig wurden 40 M. Unzulässigkeiten bewilligt. Eine Kassenrevision, die am 10. August stattgefunden hat, hat zu einigen Neuerungen der Kassenführung Anlaß gegeben. Die Strafen an der Müllischen Villa soll den Namen Schützstraße erhalten, zur Erinnerung an den früheren Pastor Schütz. Schließlich wurde noch der Beitritt zum Gemeindevorstand für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land beschlossen, und zwar unter Vorbehalt wegen der etwaigen Einverleibung. Als Vertreter wurden Gemeindevorstand Goldig und Gemeindevorstand Höpner, und als Stellvertreter Gemeindevorstand Nischke und Jahn gewählt.

Anauhain. Der Gemeinderat hielt am 3. September eine Sitzung ab. Als Vertreter für die Ueberlandzentrale wurden die Herren Gustav Darnitz und Gemeindevorstand Nischke, und als Stellvertreter die Herren Klemm und Leonhardt für 3 Jahre gewählt. Weiter wurde die Verordnung des Ministeriums über die Anleiheverwaltung der Gemeinden bekannt gegeben, die für die Verhältnisse in unserem Orte nicht in Betracht kommt. Ferner lag ein Schreiben des Grafen Hohensthal vor über die Genehmigung eines Grundstückes mit Zu- und Abfuhrstraße. Mit dem Bevollmächtigten des Grafen sollen weitere Verhandlungen geführt werden.

Anauhain. Eine öffentliche Versammlung hatte der Landtagsabgeordnete der Reformier, Mittergutsbesitzer v. Pollenfer-Rupke am Montag nach dem Gasthof an der Mühle einberufen. Die Versammlung war von ungefähr 250 Personen besucht. Gut vier Fünftel der Anwesenden waren unsere Parteigenossen, denen auch die Leitung der Versammlung übertragen wurde. Sichtlich erfreut über den starken Versammlungsbesuch, entwickelte der Referent in eifriger Rede sein „Programm“. Er versprach einzutreten für das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht, Hebung der Volksschule, Abschaffung von Privilegien der Besitzenden usw. Wie immer bei den Wahlen, machte auch hier der Referent alle möglichen Versprechungen, um die Wähler für sich zu gewinnen. Was derartige Versprechungen aus dem Munde bürgerlicher Politiker zu bedeuten haben, ist ja zur Genüge bekannt. Näher auf die Ausführungen des Referenten einzugehen, erübrigt sich, da Herr Pollenfer-Rupke den Wählern des 22. Landtagswahlkreises voranschreitlich genügend Gelegenheit geben wird, sich anzusehen und bewundern zu können, vorausgesetzt, daß sich die Wähler für seine Person interessieren. In der Diskussion traten dem Referenten die Herren Jäschke, Apelt, Klemm und Gottschalk entgegen. In kurzen Worten wiesen die Herren nach, daß die Interessen der werktätigen Bevölkerung bisher nur von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei mit Nachdruck vertreten worden sind und forderten die Anwesenden auf, bei der Wahl ihre Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Grafen Karl Rypfel, abzugeben. Von ordnungsparteilicher Seite beteiligte sich niemand an der Diskussion. Unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung konstatierte der Vorsitzende die einstimmige Annahme (die Gegner hatten sich der Stimme enthalten) folgender Resolution:

„Die am 6. September 1909 im Gasthof an der Mühle in Anauhain tagende, vom Mittergutsbesitzer R. von Pollenfer-Rupke einberufene öffentliche Einwohnerversammlung erklärt sich mit dem Programm der deutschen Sozialdemokratie einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Interessen der werktätigen Bevölkerung einzig und allein von der deutschen Sozialdemokratie richtig vertreten werden können. Sie erwartet von den Mittelständlern, daß sie sich mit den Sozialdemokraten solidarisch erklären, um so mehr, als der Mittelstand fast die gleichen Forderungen an die kapitalistische Gesellschaft zu stellen hat, wie die sozialdemokratische Partei. Die Versammlung erklärt hierdurch, ihre Stimme bei der Landtagswahl nur dem sozialdemokratischen Kandidaten für den 22. sächsischen Landtagswahlkreis, dem Parteisekretär Karl Rypfel, zu geben.“

In seinem Schlußwort drückte der Referent u. a. den Wunsch aus, man möge in den von ihm veranstalteten Versammlungen das Abstimmen über Resolutionen unterlassen. Dem Vorsitzenden wurde ihm entgegen, daß das Ganze der Versammlung und nicht der Leitung sei; dem Wunsch könne Rechnung getragen werden, doch müsse er den Herrn Landtagskandidaten darauf aufmerksam machen, daß er sich ebenfalls, wenn auch stillschweigend, mit der Resolution einverstanden erklärt habe. (Heiterkeit.) Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Cytha. Wie das neue sächsische Wahlrecht wirkt, zeigt die Zusammensetzung der für unseren Ort aufgestellten Wählerliste. Danach haben 147 Wähler mit je 1 Stimme 147 Stimmen, 91 Wähler mit je 2 Stimmen 182 Stimmen, 20 Wähler mit je 3 Stimmen 60 Stimmen und 24 Wähler mit je 4 Stimmen 96 Stimmen. Auf diese Weise schafft man in Sachsen Ruhe und Zufriedenheit unter den Wählern.

Rötha. In der Stadtvorordnetensitzung vom 6. September wurde mitgeteilt, daß am 8. und 9. Oktober in Delitzsch ein Fortbildungskursus für Sachsen stattfindet. Ferner, daß der Druggis Morgenstern für 75 Mark Kesselführer gemacht hat und deshalb die Stadt von dem Schadenersatzanspruch an Morgenstern Abstand nimmt. Der Förber Hartmann, Marktrahnd, beabsichtigt in der G-Straße ein Wohnhaus mit Zubehör zu errichten. Das Kollegium genehmigte den Plan unter den üblichen Baubedingungen. Gleichzeitig wurde die Schienenweiterführung in der G-Straße beschlossen. Da der Straßenhandel immer mehr zunimmt, wurde beschlossen, postzeitliche Vorschriften zu erlassen, die das Ausruhen und Äußeln, sowie überhaupt den Straßenhandel im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der hiesigen Geschäftsleute einschränken. Die Stadtkassenrechnung für 1907, die Armentassenrechnung für 1907, die Gasanstaltsrechnung für 1906/07 und die Sparfassenrechnung für 1908 wurden richtig gesprochen. Die Wasperrre läuft am 10. September ab. Obwohl der Bebauungsplan noch nicht fertiggestellt ist, wurde die Sperre nicht wieder erneuert. Ferner, wurden noch einige bauliche Verbesserungen an der Gasanstalt beschlossen, die der Baumeister Wölner ausführen soll. — In nächstöffentlicher Sitzung wurden die Wohnungsarbeiten und die Bearbeitung des Wasserleitungsprojektes der Firma Franke und Bergold in Madebeul übertragen. Hierzu hat die Amtshauptmannschaft die Verwendung von 1600 M. aus dem Reingewinn der Sportasse genehmigt. Die Aufstellung von 18 Gassatern

nach der Ostweinfächte soll gegen eine Entschädigung von 50 Mark erfolgen. Ferner soll an Stelle der zwei Paternitätswörter eine Person mit dem Gehalte von 1200 Mark angestellt werden, die gleichzeitig Nachdienst mit zu verrichten hat.

Glühwürmchen. Netze Zustände. Von mehreren Abonnenten wird uns geschrieben: Es ist wohl kaum ein Jahr her, daß hier in Glühwürmchen der Typhus wütete und auch etliche Opfer forderte. Jetzt ist schon wieder eine neue Erkrankung an Typhus vorgekommen, wofür wohl in der Hauptsache die unhygienischen sanitären Verhältnisse in unserem Orte die Ursache sind. Man hätte erwarten sollen, daß bereits nach den Fällen im vorigen Jahre die Behörden veranlaßt worden wären, einzugreifen und eine gründliche Untersuchung des Trinkwassers vorzunehmen. Das kann wohl kaum geschehen sein. Es wäre sonst ganz undenkbar, daß sich die Wasserhältnisse hier in einem Zustande befinden, der jeder Beschreibung spottet. So befindet sich auf der Rittergutswiese ein „Brunnen“, ein Loch, kaum einen Meter tief, wo alles Oberwasser hineinfließen kann. Dicht neben dem „Brunnen“ läuft ein Schlammgraben entlang, in dem man schon oft ein verendetes Tier liegen sah. Geradüber läuft die Schiene in den Graben. Das Loch selbst ist nicht genügend abgedeckt, so daß die Kinder schon alle möglichen Gegenstände hineingeworfen haben. Und da müssen die Leute ihr Trinkwasser holen. Ist es da ein Wunder, wenn Epidemien ausbrechen und sich verbreiten? Hier hätte die Behörde die Pflicht, unverzüglich einzugreifen und Abhilfe zu schaffen. Dazu kann man sich aber der Kosten wegen nicht entschließen, obwohl man von einem Weidmangel bei anderen Gelegenheiten, wie Kirchenbauten usw. nichts spürt. Wohl wenn es gilt, der Allgemeinheit dienende Aufgaben zu erfüllen, ist kein Geld da. Solche Zustände sind nur möglich, weil die große Masse der Arbeiter in der Gemeinde nichts zu sagen hat und viele so gleichgültig sind, daß sie sich noch nicht zu einem entschlossenen Vorgehen aufrufen konnten. Hoffentlich trägt die Art und Weise, wie die Besitzenden die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen, dazu bei, daß den Arbeitern endlich die Augen aufgehen, und sie sich Mann für Mann in einer gemeinsamen Organisation, die ihre Interessen vertritt — das ist der sozialdemokratische Ortsverein — zusammenschließen.

Zwenkau. Die „Gerechtigkeit“ des von den Konservativen und Nationalliberalen ausgehenden Wahl„unrechts“ kommt recht drastisch auch in unserer Stadt zum Ausdruck. Die von den 707 Wählern aufzubringenden 1504 Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Klassen wie folgt:

1. Klasse mit 4 Stimmen	104 Wähler	= 416 Stimmen
2. „ „ 3 „	81 „	= 243 „
3. „ „ 2 „	233 „	= 466 „
4. „ „ 1 „	379 „	= 379 „
707 Wähler		1504 Stimmen

Die 379 Wähler mit einer Stimme, obwohl 3,65mal soviel an Zahl als die Wähler erster Klasse, unterliegen diesen mit 37 Stimmen. In Prozenten ausgedrückt, zeigt sich folgendes Bild:

	Klasse	Wähler	Prozent der Wähler	Prozent der Stimmen
1.	1.	104	14,72	27,61
2.	2.	81	11,46	16,20
3.	3.	233	33,00	30,99
4.	4.	379	53,82	25,20

Besser als in vorstehender Aufstellung kann das Produkt konservativ-liberaler Paarung nicht illustriert werden. Es hat jeden Anspruch darauf verloren, zur Beruhigung des aufgeregten Volkes beitragen zu können. Auch den indifferenteren Arbeitern, denen es noch gefällt, bürgerliche Vereine zu bevölkern, müßten die Augen aufgehen, um zu sehen, wie mit ihnen Schindluder getrieben wird. Denn die Arbeiter sind zum Teil die „Blindfliegen“, die mit einer Stimme abgepeißt werden. Die bevorstehende Landtagswahl bietet ihnen Gelegenheit die Quittung für die angetane Schmach zu geben.

Gerichtssaal.

Landgericht.

§ 175 und der Expressparagraf kommen bekanntlich häufig zusammen zur Anwendung. So auch bei einer Verhandlung gegen den 18 Jahre alten Arbeiter A., der mit einem Regierungsdienstsupernumerarius (d. h. mit einem überzähligen im Vorbereitungsdienst stehenden Beamten) Manie geübt und diesem einen Geldbetrag zu entlocken getrachtet hatte, indem er ihm drohte: Wenn Du mich zu Grunde richtest, richte ich Dich auch zu Grunde. Diese Drohung war aber nach dem Dafürhalten des Gerichts nicht in Schroffer, sondern in höflicher Form geschehen, weshalb der jugendliche Angeklagte mit einer verhältnismäßig milden Strafe davon kam, nämlich mit drei Monaten Gefängnis, wovon zwei Wochen durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Schöffengericht.

Feldiebe. Dem Feldhändler G. wurden in drei Malen Hühner gestohlen, einmal 30, später 70, und endlich 80 Stück. Das Stück ist im Durchschnitt 1,90 Mk. wert. Als Diebe wurden der 17 Jahre alte Markthelfer Paul Emil K. und der noch unermittelte Markthelfer B. entdeckt. Der 27 Jahre alte Maler Hugo S. hat sich ebenfalls unterzogen, die Hühner an den Mann zu bringen, ebenso hat seine Ehefrau davon gewußt und es gebuldet. S. hat für seine Hilfestellung 1, 3, 4 und schließlich bei der „Rippe“ 27 Mk. erhalten. S. vertritt sich damit herauszureden, daß der jugendliche Angeklagte ihm gesagt habe, er kaufe im Winter, wenn nichts zu tun ist, Hühner, um damit zu handeln. Diese Angabe stieß beim Gericht auf erhebliche Zweifel, zumal der S. bereits wegen Diebstahls zweimal lange Gefängnisstrafen verbüßt hat. K. wurde wegen der Diebstahle zu zwei Monaten, S. wegen Hehlerei zu acht Monaten und Frau S. ebenfalls wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Da K. noch nicht 18 Jahre alt und bisher unbescholten war, wird ihm möglicherweise eine Bewährungsfrist zugestanden. Dem S. wurden dagegen auf ein Jahr die Ehrenrechte aberkannt.

Versammlungen

im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein für Anantleeburg, Anauthain, Hartmannsdorf und Umgebung

Hielt am 4. September im Gasthause einen Vereinsabend ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Versammelten zu Ehren des verstorbenen Genossen Gieseke von den Plänen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, in der Parteitagswoche eine öffentliche Volksversammlung im Orte abzuhalten. Alles Nähere wird noch durch Annonce und Handzettel bekanntgegeben. Als Beisitzer für Anantleeburg wurde Genosse Hübner gewählt. Der Ankauf von drei Büchern zur Bibliothek durch den Vorstand wurde gutgeheißen. Eine längere Debatte entspann sich über die Bierfrage beim Kinderfest. Während der kommenden Ferien soll mit den größeren Kindern ein Spaziergang nach dem Zoologischen Garten veranstaltet werden. Einige Anfragen über die Krankenkasse wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Der Ortsverein von Großschöcher-Windorf

Hielt am 4. September eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Hennig einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Peter Mosseger hielt. Ueber Gemeindeangelegenheiten berichtete Johann der Vertreter Arnhold. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende einige Ausführungen zur kommenden

Landtagswahl. Die Wähler wurden ersucht, ihre Namen in die aushängenden Listen einzutragen zwecks Einschneidung in die Wählerliste. Ferner erging die Aufforderung an jeden, sich rege am Wahlkampfe zu beteiligen. Nach dem Parteitage soll eine öffentliche Versammlung für Anantleeburg und die nähere Umgebung abgehalten werden. Dem Ankauf einiger Bücher für die Bibliothek wurde zugestimmt.

Der Ortsverein Mötze

Hielt am 4. September im Gasthof zu Mitten eine Mitgliederversammlung ab. Da der Wirt vom Gasthof Gschwind den Arbeitern seinen Saal zu politischen Versammlungen verweigert, waren die Arbeiter gezwungen, nach auswärtig zu gehen. Dem Rufe des Vorstands waren gegen 100 Mitglieder gefolgt. Die Versammlung hat bis jetzt die höchste Besucherzahl aufzuweisen. Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahmen die veränderten Lokalverhältnisse und die Landtagswahlen ein. Dem Wunsch des Bibliothekars, einen neuen Schrank anzukaufen, da sich der alte als zu klein erweist, wurde Rechnung getragen und zu diesem Zwecke 40 Mk. bewilligt. Eine rege Debatte rief der Beschluß hervor, für den Parteitag eine 30 Pf.-Extramarkte herauszugeben. Auch an den Bericht der Stadtverordneten schloß sich eine lebhaft ausgeführte, besonders über den Bahn- und Wasserleitungsbau. Ein Antrag, die Geschäftsleitung der Volkszeitung möge dahin wirken, daß die Volkszeitung gleich nach dem Erscheinen auf den Bahnhöfen des Ortsteils befördert wird, um den Lesern in Mötze und Umgebung das Blatt rechtzeitig liefern zu können, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß gab der Vorsitzende die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern bekannt.

Vereine und Versammlungen.

Das Gewerkschaftskomitee Mötze.

Nach der Wahl des Vorstandes sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß die Arbeiter des Mariells segensreich und zum Wohle und Nutzen der Arbeiterschaft Mötzes wirken mögen. Von den angeschlossenen Gewerkschaften zählen die Kürschner 260 männliche und 85 weibliche, die Maurer 181, und die Zimmerer 40, insgesamt 516 Mitglieder. Eingefügt wurden eine Herbergs-, eine Arbeiterchöre- und eine Agitationskommission. Letztere soll vor allem unter den Landarbeitern ihre Tätigkeit entfalten. Auch eine Kommission zur Auskunfts-erteilung wurde gewählt, die am 1. Januar 1910 ihre Tätigkeit beginnen soll. Die Beschaffung der erforderlichen Bücher und des Stempels wurde genehmigt. Die Regelung der Versammlungen und Stungen der einzelnen Korporationen wurde dem Vorsitzenden übertragen. Die Lokalfrage rief eine längere Debatte hervor. Da der Wirt des Gasthofs Gschwind sein Lokal der Partei verweigert hat, erklärten sich auch die Gewerkschaften solidarisch. Die Lokalfrage soll nun so geregelt werden wie im 14. Reichstagswahlkreis. Weiter wurde der Wunsch ausgesprochen, die Gewerkschaften möchten ihre Bibliotheken mit der des Ortsvereins vereinen. In die Kürschnerorganisation soll eine Aufforderung ergehen, eine Statistik aufzustellen über die Zustände in den Arbeitsstätten in hygienischer Hinsicht. Im übrigen soll mehr Geselligkeit und Unterhaltung mit den Hilfsarbeitern in den Gewerkschaften gepflegt und unter der Arbeiterschaft mehr Aufklärung verbreitet werden. In einer Gewerkschaftsversammlung in Stadt Leipzig soll Genosse Pollender auf Leipzig über: Das neue Reichsversicherungsgezet sprechen. Schließlich wurden die Delegierten aufgefordert, in ihren Gewerkschaften für eine rege Beteiligung an der Flugblattverbreitung zur Landtagswahl zu sorgen.

Eine außerordentliche Kürschnerversammlung in Schöndorf

erklärte sich gegen die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages und für die Wahl des Hauptvorstandes durch Urabstimmung. In Betracht gezogen wurden vor allem die verhältnismäßig zu hohen Kosten. Der Kollege Regge soll beauftragt werden, den Bericht von der internationalen Konferenz in Brüssel zu geben. Dem Falstarife, der die bisherigen Streitigkeiten unter den Kollegen regeln soll, wurde zugestimmt. Weiter wurde auch der Antrag zugestimmt, daß ein Kollege, der auswärts arbeitet, weiter der Filiale angehören kann. Die Kontrolle soll der Werkstelle überlassen bleiben. Auf die Beschwerde einer Kollegin wurde der Vorstand beauftragt, sich mit den Verhältnissen bei der Firma Müller u. Komp. zu beschäftigen.

Metallarbeiter.

Am Freitag, den 3. September, sollte sich eine Metallarbeiterversammlung mit den hohen Löhnen der Firma Preusse u. Co. beschäftigen. Schon lange vor Beginn hatten sich Meister und Beamte vollständig eingefunden. Den Arbeitern war aber von verschiedenen Gegenseiten, so sich Meister und Beamte nennen, verboten worden, die Versammlung zu besuchen; andernfalls sie entlassen würden. Es hatten sich deshalb nur 20 bei der Firma beschäftigte Arbeiter exkl. 14 Meister und Beamte eingefunden. Daß in einer derartig zusammengesetzten Versammlung nicht über die Löhne und die Lage der Arbeiter gesprochen zu werden brauchte, hatte der Meister Kollege Krüger auch gleich richtig erkannt. Er unterzog deshalb das Verhalten verschiedener Beamten und Meister einer derben Kritik. Vor sich doch in diesem Kreise die beste Gelegenheit, den Herren einmal den Spiegel vorzuhalten. Daß die Diebe, die Krüger ausstellte, konnte man deutlich von den Gesichtern der eine Tafelrunde bildenden Herren ablesen. Sah doch der Betroffene mit finsterner Miene am Tisch, währenddem die andern jedesmal mit Wächeln die bittere Wahrheit hinunterzubringen suchten. Der Referent erklärte unter anderem: da man die Werkstättenversammlungen illusorisch zu machen sucht, lade ich die versammelten Meister und Beamten zu einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung ein, die jedenfalls für die Firma angenehmer ist. Ganz besonders schwer schien es einem Herrn — vom Referenten versehenlich Meister Hahn genannt, (durch einen Zwischenruf betonte der Herr aber, daß er geduldet sei) — auf die Herren gefallen zu sein, zu hören, daß er doch nur die Arbeiter einzuschüchtern suche. In der Diskussion widersprach außer dem Herrn Obermeister Höfler, der erklärte, er habe keinem Arbeiter den Besuch der Versammlung verboten, da er die letzten Tage gar nicht im Betrieb anwesend war, kein Meister und Meister. Dies bewies, daß an den Tatsachen im Referat nichts zu entkräften war. Herr Sauer, Bezirksleiter (S.-D.), erklärte, man hätte die Meister nicht so angreifen sollen, das wäre nicht agitatorisch. Ihm schloßen sich zwei seiner Vereinsgenossen an. Sie ernteten von den Meistern und Beamten den wohlverdienten Beifall. Daraufhin schwoll dem Hausbesitzer Kießling der Kamm. Er suchte sich, indem er auf den Deutschen Metallarbeiterverband und seine Mitglieder einzuhauen versuchte und indem er etwaige Streit-Resolutionsverhalte vertrat, bei den Meistern in empfindliche Erinnerung zu bringen. Der Referent sowie mehrere anwesende Kollegen konnten ihm jedoch sein Gewebe zerpfücken. Im Schlußwort wies Krüger darauf hin, daß der Einwurf des Herrn Sauer uns nicht abhalten könne, die Wahrheit einmal zu sagen, wo es nottut. Die Taktik unserer Organisation sei anders als die der Pirche. Mit einer Einladung zur öffentlichen Versammlung wurde die Versammlung geschlossen.

Hus der Jugendbewegung.

Die Jugendkommissionen der Provinz Schleswig-Holstein hielten vor einigen Tagen eine Konferenz ab. Vertreten waren 20 Jugendkommissionen durch 26 Delegierte. Auf der Konferenz trat das erwartete Resultat zutage, daß die Jugendbewegung in Schleswig-Holstein prächtige Fortschritte gemacht hat. In 21 Orten der Provinz sind Jugendkommissionen vorhanden und

in 17 Orten (im Vorjahre nur in drei) Jugendorganisationsstellen, die insgesamt ca. 1300 Mitglieder haben.

Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der es für wünschenswert erklärt wird, daß für die Jugendbewegung in der Provinz Schleswig-Holstein eine Zentralkomitee geschaffen wird. Die einzelnen Jugendkommissionen sollen zu der Schaffung einer solchen Zentralkomitee Stellung nehmen. Bis zur Abhaltung einer weiteren Konferenz wurde die Rietzer Jugendkommission provisorisch als Zentralkomitee eingesetzt. Die Abhaltung einer Reichskonferenz wurde von der Konferenz als noch vorrätig bezeichnet, nötiger sei die Gründung von Bezirksverbänden.

Quittung.

Bei unterzeichnetem Komitee gingen im Monat August nachstehende Parteibeiträge ein:

R. N.	1000.—
Zinsen, S. in R.	30.—
Bezgl. G. B., Leipzig	54.38
18. Wahlkreis, Jahresbeitrag, durch Ruffel	8500.—

Das Agitationskomitee des 11., 12., 13. und 14. sächsischen Reichstagswahlkreises.

Bei allen Anfragen an die Redaktion ist die Abonnementsquittung vom letzten Quartal mit einzulegen. Anfragen, denen die Quittung nicht beigelegt ist, werden nicht beantwortet.

Gericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag, den 7. September 1909.

(Mitgeteilt von Gebr. Gsch.)

Ware	Spezifikation	Preis	
Weizen per 1000 kg netto behauptet	inländischer, neuer	204—210 bez. Brf.	
	Argentinier	245—250 bez. Brf.	
	Rußischer	230—245 bez. Brf.	
	Australischer	—	
	inländischer, alter	—	
	do. neuer	168—174 bez. Brf.	
	Preußischer, alter	—	
	do. neuer	—	
	ausländischer	—	
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste, hiesige	173—187 bez. Brf.	
	feinste über Notiz	180—192 bez. Brf.	
	Saale-Gerste	—	
	auswärtige	142—166 bez. Brf.	
	Malz- u. Futterm.	200—205 bez. Brf.	
	inländischer, alter	164—170 bez. Brf.	
	do. neuer	175—182 bez. Brf.	
	ausländischer	—	
	amerikanischer	155—160 bez. Brf.	
	runder	184—194 bez. Brf.	
	Cinquantini	—	
	Raps	—	
Malz per 100 kg netto	bestes ab Fabrik	32,00—34,00	
	selbsta	29,00—30,00	
	loco	210—220	
	loco große	230—240	
	do. kleine	220—230	
	do. Futter	200—210	
	loco	220—230	
	rot nach Qualität	100—130	
	weiß nach Qualität	90—120	
	gelb nach Qualität	90—70	
	schwed. u. Qualität	120—150	
Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig u. Umgebung notieren:			
Weizenmehl Nr. 00	32,00	Roggenmehl Nr. 0	25,00
„ „ 0	32,00	per 100 kg	II 18,00—20,00
„ „ 1	23,00—25,00	exkl. Sack	III 15,00—17,00
„ „ 2	21,00—23,00		
Weizenmehl 12,00—12,50		Roggenmehl	18,00—14,25
		per 100 kg exkl. Sack.	

Erwas was Sie interessiert!

Miriam

Die neue 2 1/2 Pfg.-Cigarette.

In Deutschland nach orientalischem System von garantiert naturrell aromatischen Tabaken hergestellt, kann diese Cigarette trotz der hervorragend guten Qualität schon mit



das Stück verkauft werden.

Beachten Sie den Namen

Miriam und die Yenedze

Zu haben in den einschlägigen durch

Plakate kenntlich gemachten

Geschäften.

[15474*

Persil

Das ideale und vollkommenste selbsttätige
Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und Bleichkraft. **Wäscht die Wäsche von selbst** in einviertel bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz **enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld!** Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes **Seifenpulver**. Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch der Rasenbleiche. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

In Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengerät und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.



So wie die Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überträgt, so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett **Palmolin** alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte.

Palmolin eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.

Was ist
Kavaller

Kavaller ist unbestritten die beste Lederputz-Creme der Welt. Färbt in der Nahe nicht ab, macht das Leder geschmeidig und wasserfest. Gibt ohne Mühe sofort schönsten Hochglanz.

Ausgetümmtes Haar kauft | Aufpolstern u. Tapez. v. Rimm, Windmühlstr. 2, Friseurgeschäft. | Kausch., Konradstr. 20, Schmidt.

Merseburger Biere sind die besten und bekömmlichsten.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Osten.

Neu-Mockau, am Berl. Kreuzstr. 3, 2 Stb., 2 Ka., Kl., Gärtchen zc. per 1./10., 380 M., z. verm.

Westen.

Vindenu, Siemeringstr. 17, I. Log. f. 8 Pers. pass., 250 M., 1.10. z. verm.
Kleinshocher, Eytzhaer Str. 84, Wohn. m. Garten per 1. Okt. für 800-880 M. v. m. Näh. Paulstr. 4, II. I.
Großshocher, Hermann-Beyer-Str. 1-8, Wohnungen v. 250 bis 440 M. per 1. Okt. z. verm. [*]
Vindenu, Dolteistraße 13, I. r. leere Stube zu vermieten.
Kleinshocher, Dieskaustr. 84, II. I. leere Stube zu verm. [15957]

Norden.

Gohlis, Göthner Str. 20, Wohnung: 2 Stb., 2 Kam., Küche, Speisek. u. Zubehör, auch geteilt, per 1. Oktober zu verm. [15990]

Verkäufe und Käufe.

Trauringe massiv Gold von **Gustav Kaniss** Tauchaer Strasse 6. 10 Prozent Rabatt. [11832*]

Kummers Monatsgarderobe Kantstädt. Steinweg 18, II., mod. w. getr. Maß. Anz. 8-20, Hosen 3-10, u. d. d. Heberg, 5-25, Schuhe bill.

Wirklicher Gelegenheitskauf!

Ein Posten moderne gute neue **Knaben- u. Burschen-Anzüge** jede Größe, für die Hälfte des Wertes zu verkaufen. [15220*]
Reichsstrasse 30, nur 1. Etage.*

W. Lory

Gelegenheitskäufe!
Reve u. netz. Anzüge, Gehörte, Jacketts, Paletots, Hosen, Schuhwaren, Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder, Operngläser, Revolver, Harmonikas, Leihhauswesen-Ein- u. Verkauf.
Gr. Fleischergasse 28, I. Lad.

Vitragen

billig, crème und weiss gestreift, fertige Fenster 3/4 Gardinen, Reste sehr billig.
Dorotheenstrasse 2.

Elisabeth Heidorn

Kluge Frauen beden ihren Bedarf an Gummiwaren, Reiterpfeifen, Monatsbinden zc. nur bei **G. Flehmig**, Zweinaundorfer Str. 11, pt. r.

2 Tür. Klarschr., hoch, 23, Vertiko 25, Vitst. 3, m. M. 14-20, Kom. Wascht., hoch, n. h. R. R. d. r. u. Vertiko, Trum. Spieg. 28, Sof., Küchen zc. ganze Wohnungs-Einricht. spottb. **Oberbögler**, Gerberstraße 5, I.*

Achtung, Brautleute!

Ganze Wirtschaften verkauft z. billigt. Preis., da keine Badenmiete
Kleinshocher, Clarastr. 6, pt. I. Eleg. Säulen-Plüschsofa sofort f. 30 M. u. v. Weststr. 8, Hof pt. 2. Einf. Sofa 15, Möbel, Spieg. 5 M., Weststr. m. 11. 5. Universitätsstr. 12, I.*

Neue u. geb. Möbel, Sof., Bettst. m. M., gr. u. kl. Spiegel, spottb. **Konradstr. 20**.
Eleg. Plüschsofa mit Plüschauflage 80 M. zu verk. **Markt 2, V.**
Gehr. Kleidschr., Sofa, Küchschr., Kom., Ausziehtisch, Vertik. m. M., Stül. spb. zu verk. **Sophienstr. 52**.
Guterh. Küchenschrank bill. zu verk. **Kutsch, Hauptstr. 92, pt.**

Watragen

fertig t. billig u. gut *
Londel, Nureltenst. 4.
Damenbüste, gr. f. Schneiderin zu verk. **Wind. Köhner Str. 82, I. I.**
Bandonen, gut, 100t., 18. Dur., 65 M., v. R. f. Sch., Campstr. 12, 5. I. r.
Gute Nähmasch., w. n., m. a. H. App. bill. G. u. Neu. **Dallische Str. 74, I. I.**

Singer-Nähmaschinen

v. 15 M. an, geb., z. v. l. bei **Sohubs, Petersstr. 84, 5.***
Sehr g. Schuh-Armmasch. f. 15 M. v. **E. Weber**, Lindenthal, Bahnhst. 14.
Strickmaschine m. all. Zubeh. weg. **Plahm. z. v. R. Strauß-Str. 1b, IV.**
Eleg. Freil.-Rad m. Glocke, Pumpe, 45 M. G. u. Neu. **Dallische Str. 74, I. I.**

Luftschluche Mk. 2,50
3,50 4 4,50, **Laufdecken** Mk. 2,75 4 4,50 6 7,50 10
Alte Decken und Schluche werd. in Zahlung genommen.
Hamburger Spezialhaus für Fahrradzubehör
Leipzig, **Johannisplatz 3.**

Fussluftpump., Fahrradteile

Reparaturen bill. R., **Feldstr. 27.***

Laufdecken 3., Luftschluche 2,50, Sommerlatte

Blücherplatz. [*]
Guterh. Sportwagen in G. R. **Schönefeld**, Leipz. Str. 122, III. M.

Nr. 31 c., wie Abbild., nur 18 M. St., Porz. Griff, 28 M. an. Zellzahlung, gr. Raten ohne Aufschlag. [*]
Johannisstraße 10.

Hand- u. Geschlitzwagen bill. Vollm., Rabel 50.*

Hand- u. Geschlitzwag. bill. A., **Wörthstr. 17.***

Zweirad-Federhandwagen bill. **Plagwitz, Poststr. 4, v. II. I.**

Waggonkass. spb. **Th. Meibenh. St. 51.***

Alle Sorten Waschgefäße a. **Laq. Kutzurek**, Gohlis, **Pall. Str. 112.**

Paube, Bolksbadewanne, eiserne **Westfische**, **Wilmmerstr. 12, III. r.**

Aquarien

u. Zubehör liefert enorm billig **A. Glaschke**, **Tauch. Str. 26.** Illust. Preisl. u. Anleitg. frei.*

Vogelfutter

Märk., Samenbill., **St. Markt 2.***
Gadern, Anochen, Papier zc. **St. 1.** hochl. Preis. **Sauerstr. 42, 5.***

Kartoffel-Vorkäufe.

Kartoffelausgabe

täglich am **Wiertelsweg** hinter dem **Franzosenviertel** in **Gohlis**. 15717] **Alwin Neumann.**

Patentbureau

Große weiße Kartoffeln (vorzügliche Speiseware) gibt täglich am **Gehöft** aus **15970] Rittergutökonomie Paunsdorf.**

Kartoffel-Ausgabe

am **Gundorf-Schönaauer Pfaffenwege**. **Rittergut Gundorf.***

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der **Leipziger Volkszeitung.**

Taxameterkutscher gef.

Gohlis, Göthner Str. 20.
Gesucht 4 tüchtige **Erdarbeiter**
Vindenu, **Calvisiusstr. 26/30**

Rock-, Hosen- u. Tag-Schneider

auf Werkstatt sowie außer dem Hause sofort gesucht. [15901
Gehr. Rockmann, **Dresden. St. 75.**

Licht-Bildwaren-Zurichter

gesucht **Beuthsch, Querstr. 8.**
Ein tüchtiger, selbständig arbeitender **Packer**
wird für Dauer gesucht.
Internationaler Möbeltransport dem **Franzosenviertel** in **Gohlis**. **H. u. C. Formont**, **Frankfurt a. M.** **Danjabaus. F15473***

Anger & Ullrich, Grimmaischer

Steinweg 4, prüfen Ideen kostenlos. **Vorzügliche Verwertung.**

Saub. Knopflochnäherin f. **Wäsche** gef. **Sohlens., Seumestr. 27, III. r.**
Aolt. Frau für 2 Kinder u. etw. Hausarbeit sofort aufs Land gef. **Wahren, Königstr. 70, III. I.**

Junges Mädchen,

welches bei d. Eltern schläft, sucht **Reinsch., Windorf. Str. 88c, u. Schulmoch. gef. Lanohst. Str. 18, I. M.**

Unterriocht.

Einzel-Tanzunterricht erteilt **Curt Volk**, **Rzsch., Panigst. 2. Nth. Sonnabend**

Vermischte Anzeigen.

Rat

in all. Rechtsang., schriftl. **Arb.**, **Struerrell**, **Schul- u. Kl. Kl. Kl.**, **Gefuch**, **Gingaden**, **Zeilmantel** zc. bef. **Paul Kaiser**, **Reichstr. 22, II.**

Möbeltransporte

auch mit Rollwagen. **Auswärtige Transporte** Lagerung **Hans Eißner**, **Rochstr. 63**

Aufpolstern!

Matr. 3,50, Sofa 7,00 **Lind., Nureltenst. 4.***
Schwarzer nied. Spth. auf den **Ramen** **Freih. Hörenb.**, **St. 3.**, **5348**, **entlaufen**. **Gegen 5 M.** **Belohnung** **abzugeben** **Böhlitz**, **Ehrenberg**, **Göhstr. 16, I.** [15928]

sehr gut zu einer Verklebung bei der gewerblichen Verarbeitung des Eisens geeignet, dem Schweißen, das einen weisglühenden oder glühendflüssigen Zustand des Eisens erfordert. Mit der Bezeichnung „Schweißen“ meint man im Schmiedehandwerk die Verklebung zweier Eisenstücke, die an ihren Enden im Schmiedebrenner zu heftigerem Dampfbild gebracht, auf den Amboss gelegt und schnell so ineinandergehämmert werden, daß beide Teile nach dem Erkalten zu einem einzigen Stück durch die Glühstelle verbunden sind. Gewiß mußte sich die Sache praktischer und vorteilhafter gestalten, wenn man die Eisenden anstatt in dem Kohlenfeuer auf dem Schmiedeherd mit der Flamme des Knallgasbrenners zur schweißrechten Dampfbild erhitzte; die Schweißung von Eisen wäre damit zu einer ähnlichen Manipulation geworden, wie die vorhin erwähnte Lösung mittels Knallgasflamme.

Eine Schweißung auf solcher Basis ist jedoch nicht so ganz einfach, vor allem stellt sie gewisse Anforderungen an die Beschaffenheit der Knallgasflamme, die durchaus nicht immer gleich, sondern von der Art der Gasmischung und der Bauart des Brenners abhängig ist. Der Daniellische Hahn ist für diese Zwecke nicht leicht zu gebrauchen, weil dadurch, daß die Mischung der Gase erst im letzten Augenblick erfolgt, die Flamme zwei verschiedene Zonen glühenden Gases behält, die in ihren Eigenschaften und Wirkungen nicht übereinstimmen. Für die Eisenverklebung zum Schweißen mußte man vielmehr neue Brenner konstruieren, in denen sich die Gase schon vor der Verbrennung mengen, ohne Explosionen zu erzeugen. Brauchbare Brennersysteme erschienen von verschiedenen Seiten; ein recht gutes ist das Trägerische. Das eigentliche Instrument ist etwa 40 bis 50 Zentimeter lang und besteht in seiner hinteren Hälfte aus zwei parallel nebeneinanderlaufenden Metallröhren, die in einem besonders eingerichteten Zwischenstück zusammenstreffen. Daran ist vorn ein gemeinsames Abzugsrohr geschraubt, das am Ende rechtwinklig umgebogen und mit einer Düse als Mundstück versehen ist. Die zwei Parallelröhren an der entgegen gesetzten Seite sind dort mit einem doppelten Hahn ausgestattet, womit dem sie augenblicklich abgesperrt werden können. Dahinter sind ihre Enden etwas ausgebeugt, und da wird für den Betrieb je ein Gummischlauch übergesteckt.

Von denen führt der eine nach der Stahlflasche mit Wasserstoff, der andre nach der mit Sauerstoff, die am Arbeitsplatz ausreicht hingestellt werden. Die Schlauchenden darf man indes nicht direkt an den Ventilen der Flaschen befestigen, weil die austretenden Gasmenge infolge des innen herrschenden großen Druckes sich kaum regulieren lassen. Man hat deshalb Armaturen mit besonderen Mechanismen geschaffen, Druckreduzierventile, die man vor der Mündung der Schlauchventile festschraubt. Sie mäßigen den Druck so sehr, daß an einem vorderen Hahn, wo man den Schlauch anbringt, nur die zu der gewöhnlichen Größe der Flamme nötige Gasspannung wirkt. Ein Manometer, bei dem ein über eine runde Skala gleitender Zeiger den jeweiligen Druck erkennen läßt, kontrolliert sie. So strömen die Gase durch die Schläuche in die Schenkelröhre des Brenners, zunächst noch getrennt, bis sie sich in dem erwähnten Zwischenstück vereinigen. Während sie das Abzugsrohr passieren, mengen sie sich gründlich und verbrennen vor der Düse als Knallgasflamme. Damit sich aber die Entzündung nicht auch der Gasmischung innerhalb des Abzugsrohrs mitteilt und sie zur Explosion bringt, trifft man besondere Maßregeln. Die Geschwindigkeit der Entzündung und Explosion hängt nämlich wesentlich von dem Verhältnis der Gasqualitäten ab, die im Knallgas miteinander gemischt sind, z. B. ergeben zwei Teile Wasserstoff und ein Teil Sauerstoff das am schnellsten und heftigsten explodierende Gasgemenge. Wenn man dagegen den Gasstrom durch jenen Brenner so leitet, daß stets die vier- oder fünffache Menge Wasserstoff im Verhältnis zum Sauerstoff hindurchgeht, verbrennt die Knallgasmischung langsamer und die Flamme findet keine Zeit, das fortwährend aus der Düse hervorströmende Gas zu überholen und in das Rohr zurückzuschlagen. Natürlich muß der Brenner fest genug gebaut sein, um auch einer Explosion Widerstand zu leisten, die mit einem unheimlichen Knall eintritt, sobald einmal das Gasgemisch zu sauerstoffreich wird. Für gewöhnlich aber erscheint eine eigentümliche, bläuliche Gasflamme, die außer einem kleinen, dicht vor der Düsenmündung sichtbaren Flammenkegel keine Zonen enthält. Um die richtige Gasmenge genau einzustellen zu können, befindet sich unabhängig vom Drosselhahn am Reduzierventil eine Regulierschraube, deren Stellung stets die Anzeige des genannten Niederdruckmanometers verrät.

Wenn diese wasserstoffreiche Knallgasflamme eine etwas niedrigere Temperatur als die mit dem Daniellischen Hahn erzeugte hat, ungefähr 1000 Grad, ist sie eigentlich zur Eisenverklebung desto passender. Diese vollzieht man in folgender Weise. Man spant zum Beispiel zwei Eisenstücke so in eine Klemmvorrichtung, daß die zu vereinigen Enden frei zusammenstoßen; natürlich müssen sie nach den Regeln der Schweißkunst hübsch geglättet sein. Damit die Knallgasflamme in ihrer Größe und Beschaffenheit den Verhältnissen entspricht, schraubt man zunächst ein für die Dicke des Eisens bestimmtes Mundstück an den Brenner und reguliert mit Unterstützung der Manometerkontrolle für die Flamme selbst die richtige Stärke der Gasströme ein. Das geschieht ebenfalls mit Rücksicht auf die Dicke des Eisens; da aber nach unserm Vorhergehenden auch die Gasquantitäten eine Rolle in der Flamme spielen und die Wahl der Dinge demnach kompliziert würde, ist an den Niederdruckmanometer beider Gasflaschen direkt an der Skala gleichzeitig die für den jeweiligen Zeigerstand übliche Materialdicke aufgeschrieben. Ist alles in Ordnung, so richtet man den Brenner auf die Stoßstelle der beiden Eisenstücke und fährt mit der Flamme langsam darüber, wobei man an ihr den in der Temperatur günstigsten Punkt, nahe am Düsenende, beobachtet. Die außergewöhnliche Hitze der Knallgasflamme macht sich sofort bemerkbar; das Eisen schmilzt und leuchtet mit blendendem Glanze, die Ranten der Stoßstelle laufen ineinander und sind bald vollständig verschmolzen, so daß sie sich nach dem Erkalten nicht mehr lösen. Es ist derselbe Schweißeffekt, den man sonst im Schmiedebrenner erzielt, nur bedarf es keiner besonderen Verarbeitung mit dem Hammer. Der Verlauf des ganzen Arbeitsprozesses wird richtig durch die Bezeichnung „autogene Schweißung“ charakterisiert, mit der das „selbstherzeugende“ angegeben werden soll.

Die Vorteile der autogenen Schweißung gegenüber der bisherigen Methode des Schmiedebrenners wären einmal die geringere Umständlichkeit, zum andern die Möglichkeit, mit der Arbeit überall und jederzeit beginnen zu können. Man hat ja nur nötig, die Stahlflaschen und die übrigen Apparate an den betreffenden Ort zu schaffen. Dann aber eignet sich die autogene Schweißung besonders zur Verklebung von Rohren und Blechen. Welche Gestalt die Rohre und ihre Stoßstellen haben, ist gleich; wenn man ihnen mit der Flamme richtig folgen kann, können sie auch geschweißt werden. Der Praktiker weiß am besten, welche Schwierigkeiten für solche Verklebungen ein Schmiedebrenner bieten würde. Weiter ist die autogene Schweißung insofern sehr vorteilhaft, als man bei Reparaturen umfangreicher und unbewegbarer Gegenstände überall Schweißnähte ausführen kann; die Stahlflaschen finden schließlich allerorten Platz, und den an den Schläuchen leicht beweglichen Brenner kann man überallhin richten. Sie erweist sich praktisch zur Verklebung von Ventiltellen, Rohren bei großen Apparaten, tags für Apparate: Mäntel, Deckel, Stüben selbst usw. Gerade bei der Reparatur von Dampfesseln ist Vorsicht geboten, sonst ist das Anwendungsfeld der autogenen Schweißerei fast unbeschränkt. Die fertigen Schweißnähte an den Gegenständen haben, von gelübten Schweißern hergestellt, ein sehr hübsches und gefälliges Aussehen.

Zum guten Gelingen der Sache trägt die „reduzierende“ Eigenschaft dieser Art Knallgasflammen viel bei. Der Ausdruc

stammt aus der Chemie und bedeutet, daß der sonst beim Schweißen lästige Sauerstoff der Luft, der sich im gewöhnlichen Feuer mit dem Eisen verbindet und es zu Glühspan, Hamerschlag, oxydirt, hier mit solchen Wirkungen ausgeschlossen ist, weil eben nur soviel Sauerstoffgas eingeblasen wird, daß eine starke Dase entsteht, die Flamme aber in überwiegender Maße brennendes Wasserstoffgas enthält. Freilich, einen Nachteil hätte die autogene Schweißung wohl. Sie bleibt nur so lange wirtschaftlich, als man Bleche und Rohre zwischen einhalb und acht Millimeter Materialdicke bearbeitet, während eine andre Gasflammen-Schweißmethode, die wir später einmal betrachten wollen, viel stärkere Stübe beherrscht.

Jüngeren Datums als die autogene Schweißung mit Wasserstoff ist die mittels Acetylen, die in derselben Weise ausgeführt wird. Das Verfahren stammt von Fouqué in Paris und wurde danach von einigen Fabriken in Deutschland angenommen. Das Acetylen ist heutzutage reichlich bekannt, denn Räder und Automobilen wollen die schöne, intensiv weiße Flamme, die das Gas liefert, in ihren Laternen auf düsteren Pfaden nicht mehr entbehren. Es entweicht aus dem Kalziumkarbid, dem schwärzlich-grauen, steinharten Stoff, sobald der mit Wasser zusammentritt. Kalziumkarbid, eine chemische Verbindung von Kalk und Kohle, zerfällt bei Kalziumhydroxyd, Acetylen und dem aus Kohlen- und Wasserstoff vereinten Acetylen. Zu dessen Erzeugung im mittleren und größeren Maße dienen besondere Apparate, bei denen meist in kleinen Blechlagern die langsame Auflösung des Kalziumkarbids vor sich geht, während das entstandene Acetylen aus einem gleich dazu gehörigen, wenig umfangreichen Gasometer gesammelt wird. Weiter ist die Einrichtung angeordnet, daß der unter der Ansammlung immer mehr steigende Gasometer den Zutritt des Kalziumkarbids mit Wasser durch Absperrung der Ventile hemmt, und umgekehrt beim Sinken freiläßt. Von dem Gasometer aus leitet man wie sonst das fertige Gas durch Rohre und Schläuche zur Verbrauchsstelle. Eine derartige kleine Acetylenanlage braucht man ebenfalls zu jener Schweißmethode, denn dieses Gas in Stahlflaschen zu komprimieren und wie mit dem Wasserstoffgas zu manipulieren, davon sieht man meist ab. Es wäre nur einigermassen sicher, wenn das behandelte Acetylen absolut chemisch rein ist, aber sobald es in stark gepresstem Zustande mit geringen Mengen Luft und andern Gasen vermischt ist, wirkt es als ungeschicklicher, sehr empfindlicher Explosionsstoff. Natürlich ist der Druck im Gasometer einer solchen Selbstverlebungsdarum niedrig, das Gas strömt also nicht mit der Gewalt in den Brenner, die vom Ventil einer Stahlflasche an herrscht. Der eigentliche Schweißbrenner ist deshalb ähnlich konstruiert wie der für Wasserstoff, nur muß das Sauerstoffgas, das wie gewöhnlich in einer Stahlflasche unter Druck transportiert wird, mit seiner Spannungsgewalt auch die Strömung des Acetylen-gases beschleunigen. Beide Gase kommen von ihren Apparaten zuerst in zwei verschiedenen Schläuchen, nach den beiden gesonderten Rohren des Brenners, dann aber begegnen sie einander in dem gemeinsamen Abzugsrohr, und hier saugt der mit Druck einschließende, stärkere Sauerstoffstrom den gelinderen des Acetylen-gases an, wenn sich nicht mit ihm und führt ihn vorne zum Düsenrohr hinaus. Dort entzündet man das Gasgemisch, eine kleine, eigenartige blaue und spitze Flamme erscheint, diese behält eine höhere Hitze als die des Wasserstoffbrenners. Jedenfalls ist die Flamme aus Acetylen und Sauerstoff, besonders aus zweieinhalb Teilen Sauerstoffgas und einem Teil Acetylen, die höchste Temperatur, die man überhaupt auf rein chemischem Wege erzielen kann. In dem beschriebenen Mischgasbrenner gibt man jedoch nur 1,7 Teile Sauerstoff, und dennoch resultiert eine Flamme von 2400 Grad. Was die technischen Details anbelangt, mag sich die Acetylen-Schweißmethode allerdings in manchem anders gestalten, die Anwendungsgebiete aber sind mit der Wasserstoffmethode die gleichen. Wohl ist die Gefährdungsmöglichkeit am Acetylen bei mangelhafter Funktion der Anlage unstrittig größer. Würde sich etwa Luft oder gar Sauerstoffgas irgendwie bis in den Gasometer zurückdrücken, könnte im Augenblick, wo man den Brenner entzünden wollte, die Flamme sofort in das Innere des Behälters gelangen und eine furchtbare Explosion verursachen. Diesem Mangel hat man durch verschiedene Maßregeln, Einschaltung von Rückschlag- und Sicherheitsventilen in die Acetylenleitung usw. abzuwehren gesucht.

Kunstchronik.

Ordinarie für Musikwissenschaft an deutschen Universitäten. Die Musikwissenschaft hat in letzter Zeit wieder ganz bedeutende Erfolge an deutschen Universitäten zu verzeichnen. Nicht weniger als zwei Universitäten haben fast zu gleicher Zeit Ordinarie für diesen Zweig der Kunstwissenschaft errichtet, München und Prag (deutsche Universität), und wenn man will, kann man noch Halle dazunehmen, das eine ordentliche Honorar-Professur erhielt. Das alles bezeichnet so bedeutende Fortschritte, daß wenigstens einige Worte darüber angebracht sind.

Vor einigen Jahren besaß Deutschland noch keine einzige ordentliche Professur für Musikwissenschaft, sondern nur eine Anzahl außerordentliche Professoren mit sogenanntem Lehrauftrag. Berlin ging hier voran; die Universität berief den Leipziger außerordentlichen Universitätsprofessor Hermann Kretschmar, weit aus dem hervorragenden Universitätsdozenten unserer Zeit auf diesem Gebiet, nach Preußen. Sachsen machte ein erlautes Beispiel, und mit vollem Recht. Gegen zehn Jahre hatte Kretschmar an der Leipziger Universität gewirkt, eine Schule begründet — wie wenige ordentliche Professoren können das von sich sagen! — und in den letzten fünf Jahren, nachdem er seine sämtlichen musikalischen Künste als Dirigent ausgeübt, sich ganz der Universität gewidmet. Aber dafür besaß man hier kein Verständnis und war dann recht verwundert, als Kretschmar nach Berlin berufen wurde, wo eigens für ihn eine ordentliche Professur errichtet wurde. Berlin hätte ungewissheit schon früher eine solche errichtet, aber es fehlte der geeignete Mann, denn Philipp Spitta, der große Bachbiograph, starb schon 1884, und damals war in Deutschland die Zeit für ordentliche Professuren auf diesem Gebiet noch nicht da. Von den übrigen Berliner Dozenten für Musikwissenschaften wäre aber vor fünf Jahren keiner in Betracht gekommen; bestmögliche eine ordentliche Professur hätte errichtet werden können. So berief man dann eben Kretschmar aus Leipzig, und damit kam die erste ordentliche Professur für Musikwissenschaft in Deutschland zustande. Leipzig hat sich, abgesehen davon, daß es Kretschmar verlor, auch das immerhin nicht unwesentliche Verdienst entgegen lassen, die erste Universität in Deutschland zu sein, die der Musikwissenschaft den ihr gebührenden Platz unter den andern Wissenschaften einräumte. Auch so ein Zeichen dafür, daß das beliebte Wort von der Musikstadt Leipzig nicht mehr so recht klagen will. Man merkte eben auch hier nicht, woher der Wind zu wehen begann. Die glänzende die hiesige Universität über Musik orientiert ist, das hat ja das Universitätsjubiläum in unangenehm greller Beleuchtung gezeigt. Es kommt alles so, wie es kommen muß.

So Preußen voranget, da kann Bayern auf die Länge nicht zurückbleiben. Das ist — oft glücklicherweise — nun einmal so. Bayern hätte sicher schon vor einigen Jahren eine ordentliche Musikprofessur errichtet, wenn der in Frage kommende Mann, der überaus wichtige Gelehrte Adolf Sandberger, vollständig gesund gewesen wäre. Jetzt nach seiner Wiederherstellung, ärgerte man nicht länger, und so hat denn die zweitgrößte Universität Deutschlands dieser Tage die Professur erhalten.

Letztes Frühjahr schon war Preußen wieder einen Schritt weiter gegangen, indem es den holländischen Privatdozenten Her-

mann Albert, einen unserer vielseitigsten jüngeren Musikgelehrten, direkt zum ordentlichen Honorarprofessor ernannte. Das ist nun allerdings in erster Linie ein Ehrentitel, bedeutet aber eine beträchtliche Auszeichnung und damit eine Ehrung der Musikwissenschaft überhaupt. Man fand es allem Anschein nach zu wenig, Albert nur zum außerordentlichen Professor zu machen und wählte den angehenden Ausweg. Kleinere Universitäten sind auch heute für ordentliche Professuren noch nicht „reif“.

Etwas anders liegen die Verhältnisse in Oesterreich. In diesem Musikland war man rascher fortgeschritten. Schon Eduard Hanslick bekleidete in Wien meines Wissens eine ordentliche Professur, sein Nachfolger wurde Guido Adler, der bis dahin (1898) in Prag gewirkt hatte. Oesterreich war auch zuerst auf dem Plan, die monumentalen Denkmäler der Tonkunst herauszugeben. Nun ist aber auch Prag gefolgt; vor einigen Wochen ist Heinrich Nietsch, bis dahin außerordentlicher Professor, zum ordentlichen Professor ernannt worden. Damit hat nun die erste kleine Universität eine ordentliche Professur für Musikwissenschaft erhalten; allmählich werden andre nachfolgen.

Und wieder fragt man: wo bleibt Sachsen mit der drittgrößten Universität Deutschlands? Besteht die Universität etwa keinen würdigen Mann? Seit 14 Jahren lehrt hier Hugo Riemann, einer der größten Theoretiker, den die Musikgeschichte kennt. Kretschmar und Riemann wirkten jahrelang an der Leipziger Universität als die beiden bedeutendsten und angesehensten Vertreter ihres Faches, keine andre Universität konnte einen, geschweige zwei derartige Männer aufweisen, aber das bedeutete hier alles nichts. Man hat einen Riemann bis in sein 55. Lebensjahr als Privatdozenten herumgehen lassen, bis man sich endlich entschloß, ihn aus dieser — man darf hier so sagen — unwürdigen Stellung zu befreien. Schon vor zehn Jahren hatte eine ausländische Universität, Edinburgh, diesem eigentümlichen Privatdozenten eine der höchsten Ehren, die eine Universität vergeben kann, verliehen, den Titel eines Ehrendoktors; da besann man sich dann endlich. Man wird immer bitter, wenn man auf das Kapitel: Die Musik und die Leipziger Universität zu sprechen kommt. Aber wie solls anders sein? Hat nicht vor etwa einem Jahr ein Leipziger Universitätsprofessor, Professor Dr. Eulenburg, Chinesisch, Kolonialrecht und Musikwissenschaft öffentlich als in gleichem Maße untergeordnete Fächer hingestellt?

Man kann nur gespannt sein, wie lange es noch dauern wird, bis die hiesige Universität eine ordentliche Musikprofessur erhält. Bereits sind einige viel kleinere Universitäten als die Leipziger zur Errichtung einer ordentlichen Professur geschritten. Versteht man auch diese Zukunftsmusik nicht?

Theaternachrichten siehe unter Leipziger Angelegenheiten.

Notizen.

Dreiße Wright, der amerikanische Flugkünstler, hat sich einem Journalisten gegenüber dahin geäußert, er glaube nicht, daß die leibbaren Luftschiffe noch eine wesentliche Weiterentwicklung erfahren könnten. „Ich möchte nicht mißverstehen werden,“ fuhr er fort, „als ob ich irgendeinen Vergleich zwischen Luftschiff und Flugmaschine ziehen wollte. Beide sind einander diametral entgegengesetzt. Die reizvolle Leichtigkeit und augenscheinliche Genauigkeit, mit der Graf Zeppelin sein Luftschiff steuern kann, war während des eindrucksvollen Fluges über Berlin klar zu erkennen. Und doch hat sich meine Ueberszeugung jetzt noch mehr gefestigt, daß das Luftschiff fast an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gelangt ist. Wenn ich einen Vergleich mit der Flugmaschine ziehe, so möchte ich sagen, daß das Luftschiff jetzt dieselbe Stellung einnimmt wie die Dampfmaschine gegenüber der Gasmaschine. Die technischen Möglichkeiten der ersteren sind wohl ganz und gar erschöpft. Ungeachtete Dinge sind nur noch von der Gasmaschine zu erwarten. Ich glaube, daß Graf Zeppelin vielleicht einen Irrtum begangen hat, indem er so völlig an der Metallkonstruktion festhielt, soweit die Propeller in Frage kommen. Ich bin überzeugt, daß er noch zum Holz übergehen wird, das wir seit jeher benutzt haben, nicht nur bei den Propellern, sondern überall da, wo es irgend möglich ist.“

Von Robert Peary ist in Newyork ein Telegramm eingetroffen, wonach er den Nordpol am 6. April erreicht hat. Wo etwa ein Jahr später als Cook, der am 21. April vorigen Jahres an Ort und Stelle gewesen sein will. Peary hat, wie Kapitän Bartlett von Pearys Schiff Roosevelt mittelst von Cook keine Spur gefunden. Der Vorkämpfer der Akademie von Worcester (Massachusetts) Abercrombie, erhielt folgende Depesche aus Indian Harbour: „Den nördlichsten Punkt der Erde endlich erreicht. Gräße an die Fakultät und die Studenten. D. B. Mac Millan. Mac Millan ist der Mathematiklehrer an der Akademie und ein Mitglied der Expedition Pearys.“

Peary trat seine Expedition im Juli 1908 auf dem Dampfer Roosevelt an, der vom Artikkklub in Newyork ausgerüstet wurde. Sein Plan war, an der Nordküste von Grantland, das er auf der vorigen Expedition erforscht hatte, also unter dem 84. Breitengrad, zu überwintern und von dort aus auf Schlitzenreisen den Nordpol zu erreichen. Es war ihm nicht bekannt, daß sein früherer Gefährte Cook auf dieser Zeit schon den Pol erreicht hatte und sich bereits auf der Rückreise befand. Seit dem vorigen Jahre hatte man von dessen Expedition nichts mehr gehört.

Robert Peary, der der amerikanischen Marine angehört, wurde am 6. Mai 1856 in Cresson (Pennsylvania) geboren, steht also im 54. Lebensjahre. 1881 und 1883 reiste er im Auftrage der Akademie der Wissenschaften zu Philadelphia in Grönland, um die nördliche Küste des Landes festzustellen; seine Frau begleitete ihn. 1886 und 1887 unternahm er weitere Expeditionen nach Grönland, um die bereits von James Ross bei Kap York entdeckte, angeblich meteorische Eisenmasse zu bergen, was ihm auch auf der zweiten dieser Reisen gelang. 1898 begann Peary auf dem Windward eine Polarsfahrt, auf der er den Pol zu erreichen hoffte, er gelangte aber nur bis 84 Grad 17 Min. nördlicher Breite. Am 10. Juli 1905 brach Peary mit dem eigens für diese Polarsfahrt erbauten Schiffe Roosevelt zu einem neuen Vorstoß nach dem Pol auf. Er traf sehr günstige Eisverhältnisse und gewann am 21. April 1908 den nördlichsten bisher erreichten Punkt unter 87 Grad 6 Min. nördlicher Breite. Wegen Mangels an Nahrungsmitteln mußte er umkehren und traf am 3. November 1907 wieder in Labrador ein. Jetzt hat er nun endlich das so lange erstrebte Ziel erreicht.

Eingelaufene Schriften.

Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. Leipzig, Verlag von W. G. Teubner. Preis des Bandes gebunden 1.25 Mk. — Nr. 208: Professor Dr. Karl von Bardeleben, Staat und Mechanik des menschlichen Körpers (der Körper in Ruhe und Bewegung). Die Anatomie des Menschen. V. Teil. Mit 20 Abbildungen im Text. — Nr. 209, 210: Friedrich Müllers, Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. Erster Teil: Der nationale Sozialismus. Zweiter Teil: Proudhon und der entwicklungs-geschichtliche Sozialismus. — Nr. 211: Ehr. Kant, Geschichte der Gartenkunst. Mit 41 Abbildungen im Text.

Dr. Konrad Guenther, Der Kampf um das Weib in Tier- und Menschenentwicklung. Mit 4 Tafeln und 50 Textabbildungen. Stuttgart, Verlag von Strecker u. Schröder. Preis 1.50 Mk.